

buch | essenzen

20
21

buch | essenzen
der Friedrich-
Ebert-Stiftung
2020 | 21

buch | essenzen

2021

Inhaltsverzeichnis – Ein Überblick.

- 005 **Vorwort**
- 007 **buch | essenzen**
- 009 **Gesellschaftstheorie**
- 010 **Im Grunde gut: Eine neue Geschichte der Menschheit.** Von Rutger Bregman.
- 018 **Eine Theorie der Gerechtigkeit.**
Von John Rawls.
- 025 **Die Gesellschaft der Singularitäten.**
Von Andreas Reckwitz.
- 035 **Demokratie**
- 036 **Politik trotz Globalisierung.**
Von Gesine Schwan.
- 043 **Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland.**
Von Lea Elsässer.
- 051 **Furcht und Freiheit. Für einen anderen Liberalismus.** Von Jan-Werner Müller.
- 059 **Die demokratische Regression.**
Von Armin Schäfer und Michael Zürn.
- 068 **(Ent-)Demokratisierung der Demokratie.**
Von Philip Manow.
- 076 **Der Triumph der Ungerechtigkeit.**
Von Emmanuel Saez und Gabriel Zucman.
- 085 **Wirtschaft**
- 086 **The Deficit Myth: Modern Monetary Theory and the Birth of the People's Economy.**
Von Stephanie Kelton.
- 093 **Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft.** Von Mariana Mazzucato.
- 101 **Unsere Welt neu denken.**
Von Maja Göpel.

- 109 **Kapital und Ideologie.**
Von Thomas Piketty.
- 118 **Die Rettung der Arbeit. Ein politischer Aufruf.** Von Lisa Herzog.
- 125 **Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik.**
Von Foundational Economy Collective.
- 133 **Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit.**
Von Philipp Staab.
- 141 Arbeit**
- 142 **Working Class. Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können.**
Von Julia Friedrichs.
- 151 Geschlechtergerechtigkeit**
- 152 **Es geht nur gemeinsam! Wie wir endlich Geschlechtergerechtigkeit erreichen.**
Von Jutta Allmendinger.
- 159 **Unsichtbare Frauen. Wie eine von Daten beherrschte Welt die Hälfte der Bevölkerung ignoriert.**
Von Caroline Criado-Perez.
- 167 Europa**
- 168 **Weniger Markt, mehr Politik. Europa rehabilitieren.**
Von Björn Hacker.
- 175 Migration**
- 176 **Flucht – Eine Menschheitsgeschichte.**
Von Andreas Kossert.
- 184 Impressum**

**buch | essenZ –
Prägnante Buchzusammen-
fassungen mit politischer
Einordnung.**

Vorwort

Mit der **buch|essenz** stellt die Akademie für Soziale Demokratie Sachbücher von besonderer Bedeutung für den gesellschaftlichen Diskurs als Buchzusammenfassungen bereit. Sowohl in schriftlicher Form als auch als Audio-Version bieten wir unseren Leser_innen kostenfrei prägnante Zusammenfassungen mit hohem inhaltlichem Anspruch und einer Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie.

Das Beste an der **buch|essenz**: Man muss Sachbücher mit mehreren hundert oder gar tausend Seiten nicht gänzlich lesen, um die Kernaussagen und Argumente der Autoren zu verstehen – denn genau dies decken unsere kompakten **buch|essenzen** ab. In 10 bis 15 Minuten bekommt man einen fundierten Eindruck von den Inhalten wichtiger Werke und erhält zugleich

eine thematische Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie.

Die Buchzusammenfassungen kommen in zwei Versionen: die gesprochene **buch|essenz** und eine Audio-Version; beide können über die Website <https://www.fes.de/akademie-fuer-soziale-demokratie/buch-essenz> überall abgerufen und angehört werden.

In dem hier vorliegenden Sammelband haben wir die **buch|essenzen** vom November 2020 bis Dezember 2021 zusammengefasst. Wir haben in dieser Zeit einige sehr interessante und für die politische Debatte relevante Bücher vorgestellt.

Bonn, Dezember 2022

buch | essenzen

2020 | 21

buch | essenzen

01

—

Gesellschafts- theorie

Im Grunde gut: Eine neue Geschichte der Menschheit. Von Rutger Bregman.



Kernaussagen

„Der Mensch ist von Natur aus böse.“ Dieser weitverbreiteten Meinung stellt sich Rutger Bregman entgegen. Ausgehend von seiner wissenschaftlichen Recherche zur Geschichte und Psychologie menschlichen Verhaltens argumentiert er dafür, den Menschen als „im Grunde gut“ zu betrachten. Zwar tun Menschen Böses, aber gerade wegen des negativen Bildes anderen Menschen gegenüber. Erst die Überwindung unseres Zerrbildes über uns als Menschheit wird dazu beitragen, eine gerechtere und ökologisch verantwortliche Gesellschaft zu schaffen.

Von **Rutger Bregman**, erschienen 2020 im Rowohlt Verlag, Hamburg. **Kurzgefasst und eingeordnet von Carsten Schwäbe***.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Bregman zeigt auf, dass wir in vielen Politikbereichen neu über unser Menschenbild nachdenken müssen. Das betrifft auch die Soziale Demokratie, die nach einer langen, schmerzhaften Debatte über die Neugestaltung von Hartz IV eine Überwindung von Sanktionen fordert. Um Menschen in ihrer inneren Motivation zu stärken, bedarf es aber laut Bregman einer breiten Strategie von der Bildung über die Unternehmensorganisation bis hin zur Weiterentwicklung unserer Demokratie. Als eine Bewegung, die von einem positiven Menschenbild ausgeht, kann die Soziale Demokratie diesen gesellschaftlichen Entwicklungsprozess in Gang setzen, aber nur, wenn sie auch selbst bereit ist, eigene alte Glaubenssätze neu zu hinterfragen.

buch | autor

Rutger Bregman, geboren 1988, ist niederländischer Journalist und Autor. In seinen Büchern setzt er sich mit Utopien auseinander und wie sie realistisch werden können. Dabei argumentiert er für ein bedingungsloses Grundeinkommen, die

15-Stunden-Woche oder beim Weltwirtschaftsforum in Davos auch für eine deutlich höhere Besteuerung von Reichen und die Überwindung globaler Steuerflucht.

buch | kapitel

„Der Mensch wird von Angst angetrieben. Die Angst vor dem anderen und die Angst vor dem Tod. Wir sehnen uns nach Sicherheit und haben ein fortwährendes und rastloses Verlangen nach immer neuer Macht, das nur mit dem Tode endet. Das Ergebnis? Ein Krieg jeder gegen jeden.“

So beschreibt Bregman das Menschenbild, das ausgehend von Thomas Hobbes im 17. Jahrhundert westlich-liberales Denken bis heute prägt. Zivilisation sei lediglich eine Fassade, die das gewalttätige Verhalten überdeckt und schon bei kleineren Krisen einstürzt.



Laut dieser Fassadentheorie könne der destruktiven Natur des Menschen nur mit der Aufgabe von Freiheit und einem zivilisierenden Staat begegnet werden.

Demgegenüber steht die Idee von Jean-Jacques Rousseau, dass erst die Zivilisation das Schlechte im Menschen hervorgebracht habe. Die Erfindung des Privateigentums führte dazu, dass Menschen sich über den Besitz von Ländern blutig zerstritten. Im Naturzustand gehörten die Früchte der Erde allen, die Erde selbst jedoch keinem. Bregman löst die Debatte über das Menschenbild durch eine interdisziplinäre Recherche – von der Anthropologie über die Biologie bis zur Psychologie.

„In diesem Buch werde ich nicht behaupten, dass wir alle uneingeschränkt gut sind. Menschen sind keine Engel. Wir haben eine gute und eine schlechte Seite, die Frage ist, welche Seite wir stärken wollen.“

Menschen sind besser als ihr Ruf

Blickt man auf die Evolutionsbiologie, so unterscheiden sich Menschen nicht durch eine höhere Intelligenz von Artverwandten wie Schimpansen oder Orang-Utans, sondern durch die sozialen Lernfähigkeiten. Menschen allein erröten bei einer emotionalen Reaktion oder geben ihre Blickrichtung durch das Weiße in den Augen preis, wohingegen alle anderen Primaten verdunkelte Augäpfel besitzen.

Auf diese Weise sind wir ein offenes Buch für unsere Mitmenschen, was Kommunikation, Vertrauen und damit gegenseitiges Lernen erleichtert.

Während hohe Intelligenz den Erfundungsgeist fördert, geht sie oft mit einer geringeren sozialen Kompetenz einher. Je geringer die soziale Kompetenz ist, desto schwieriger wird das Lernen voneinander. Das soziale Lernen gilt jedoch als die größte Stärke des Menschen. Denn soziales Lernen ermöglicht eine schnellere kollektive Anpassung an neue Umweltentwicklungen. Die Neandertaler hingegen waren dazu nicht in der Lage; trotz ihrer individuell großen Intelligenz.

Auch die These, dass Menschen von Natur aus zu Gewalt neigen, ist aus heutiger Sicht wissenschaftlich nicht haltbar. Vergangene Studien, die die Gewaltneigung zu belegen glaubten, haben sich in vielerlei Hinsicht als methodisch falsch erwiesen. Zum Beispiel wurden in einer bekannten Studie zu Unrecht Tote als Opfer der Gewalt im untersuchten Volke gezählt, obwohl sie eigentlich von zivilisierten Nachbarn erschossen worden waren. Neue Studien zur Entwicklung von „Jägern und Sammler“-Gesellschaften belegen sogar die große Freundlichkeit der Menschen. Kleine Nomadengruppen reisen fortwährend, aber wenn sie sich treffen, dann essen und feiern sie gemeinsam und nicht selten vermischen sich die Gruppen immer wieder untereinander.

„Zum größten Teil unserer Geschichte haben wir nicht Besitztümer angehäuft, sondern Freundschaften.“

Auch Ausgrabungen des Homo sapiens aus der Zeit seines Naturzustandes, vor dem Beginn der Landwirtschaft, bieten keinerlei Beweise für eine massenhafte Gewaltneigung. Gewalt trat etwa bei Fehlverhalten Einzelner auf, die sich ohne Grund über die Interessen der Gruppe zu stellen versuchten. Gleichheit war innerhalb der Gruppe besonders wichtig. Von ihr wurde nur dann abgewichen, wenn ein Stammesmitglied durch eine Fähigkeit oder Kompetenz temporär der Gruppe als Ganzes helfen konnte. Im Vergleich zu den Neandertalern war Gleichheit in den Stämmen des Homo sapiens auch durch die Gleichberechtigung der Geschlechter viel stärker und führte zu einem vielfältigeren Netzwerk und einem intensiveren Wissensaustausch.

Wann begannen aber dann die ersten Kriege und warum? Nach der letzten Eiszeit vor 15.000 Jahren fingen Menschen an, sich im verbesserten Klima zwischen Nil und Tigris niederzulassen, weil dort besonders fruchtbare Natur zur Verfügung stand.

„Faszinierend ist, dass in genau dieser Periode nach dem Ende der Eiszeit auch die ersten Kriege ausbrechen. Genau zu der Zeit, als wir uns an einem Ort niederließen, errichteten wir auch die ersten militärischen Befestigungen,

zeigt sich an archäologischen Untersuchungen. [...] Es sind zahlreiche Skelettüberreste ausgegraben worden, die sich auf diese Zeit datieren lassen; sie zeigen deutliche Anzeichen von Gewalt. Wie konnte es so weit kommen? Wissenschaftler vermuten wenigstens zwei Ursachen. An erster Stelle gab es jetzt Besitz, um den man kämpfen konnte, vor allem um Land. An zweiter Stelle hat uns das sesshafte Leben miss-trauischer gegenüber Fremden gemacht.“

Die wachsende Bevölkerung auf engstem Raum führte zu mehr Krankheit, mehr Landwirtschaft, mehr Arbeit und damit weniger Zeit für soziale Kontakte. Frauen wurden an den Hof gebunden. Die Obsession der Jungfräulichkeit vor der Ehe diente auch dem Schutz vor Geschlechtskrankheiten, die es vorher nicht gab. Eine Rückkehr zur alten Lebensweise war unmöglich, denn die größere Bevölkerung musste ernährt werden, das Wissen über Sammeln und Jagen ging verloren und die Weiterreise in andere Regionen hätte zu Konflikten mit den dortigen Bewohnern geführt. Vor vielen dieser Zivilisationsprobleme stehen die Menschen noch heute. Es ist noch offen, ob und wann wir es schaffen, diese Probleme zu lösen.

Warum gute Menschen Böses tun

Wenn Menschen im Grunde gut sein sollten, ergibt sich die Frage, wie Gewalt dann überhaupt entstehen kann und warum es in Zeiten der Zivilisation und der Moderne besonders krasse Formen der Gewalt gab und noch gibt.

„Das größte Verbrechen in der Geschichte der Menschheit wurde nicht in einem primitiven Land begangen. Es geschah in einem der reichsten Länder der Erde, dem Land von Kant und Goethe, Bach und Beethoven.“

Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Menschen Böses tun, ist die Überzeugung, damit etwas Gutes zu erreichen. So waren die Gräueltaten der Nazis nicht einfach von oben herab vorgegeben. Vielmehr arbeitete der Apparat Hitler zu. Sie standen in einem Wettbewerb um die beste Umsetzung von Hitlers Ideologie, wodurch sie sich mit immer radikaleren Maßnahmen übertrafen.

„Der Weg zur Hölle ist mit guten Absichten gepflastert. Aber das Böse ist nicht an der Oberfläche, es muss mit großer Mühe nach oben gepumpt werden. Und noch wichtiger: Es muss sich immer als das Gute tarnen.“

Auch die Philosophin Hannah Arendt zeigte sich während ihrer Beobachtung des Eichmann-Prozesses beunruhigt darüber, dass Adolf Eichmann schrecklich normal und seine Bosheit erschreckend banal erklärbar war. Nicht Gehorsamkeit, sondern Konformismus drängen den Menschen dazu, auch dann noch Böses zu tun, wenn es seiner eigentlichen Natur widerspricht.

Die deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg zum Beispiel waren bekannt für ihre Willensstärke. Interviews unter gefangenen Wehrmachtssoldaten zeigten jedoch, dass der Grund für ihre Moral nicht die starke Identifikation mit der Nazi-Ideologie war. Die Opferbereitschaft der Soldaten erwuchs aus der Freundschaft zueinander, die die Wehrmacht gezielt zu fördern wusste.

„Der Mechanismus, der uns zur liebenswertesten Spezies macht, hat uns auch in die grausamste Gattung auf dem Planeten verwandelt.“

Die Empathie zu unseren nächsten Mitmenschen kann uns blind dafür machen, welches Leid wir zum Wohle der einen anderen zufügen. Ähnlich verhält es sich mit dem Verhältnis der Menschen zu Macht. Experimente zu Gruppendynamiken unter jungen Menschen haben ergeben, dass eher die freundlichsten und sympathischsten eine Führungsrolle erlangen. Aber wenn Macht einmal erreicht wurde, ändert sich das Verhalten.

„Sie verhalten sich so, als hätten sie einen Hirnschaden erlitten. Im wörtlichen Sinne. Sie sind impulsiver, egoistischer, rücksichtsloser [...].“

Unglücklicherweise verhält sich dieser Effekt auch umgekehrt. Fühlen sich Menschen machtlos, werden sie unsicher und zweifeln an sich. Hier handelt es sich um das Gegenteil des Placebos, den Nocebo-Effekt: Wird suggeriert, ein Medikament mache fälschlicherweise krank, fühlt sich auch der Patient so. Wenn aber Mächtige sich Überlegenheit und Machtlose sich Schwäche einreden, verstärkt dies das Auseinanderdriften noch weiter.

Ein realistischeres Menschenbild lohnt sich für alle

Erwartungen an uns haben so einen zentralen Einfluss auf unser Verhalten. Wie negativ beeinflussen uns aber dann die Regeln in Wirtschaft und Gesellschaft, die wesentlich von einem negativen, egoistischen Menschenbild geprägt sind? Studien belegen immer wieder einen negativen Effekt auf Regeln mit einem bestrafenden Charakter. Bußgelder führen nicht dazu, dass Menschen ihr Verhalten ändern, sondern werden als Kompensation für Regelbrüche akzeptiert. Ähnliches geschieht bei Anreizen: Wer nach Stunden bezahlt wird, bekommt mehr Arbeit in Stunden, aber nicht unbedingt eine qualitativ bessere Arbeit. Was diese Art von Regeln hingegen nicht direkt beeinflussen, ist die Kraft unserer inneren Motivation.

„Man denke ans Bergsteigen (anstrengend!), Freiwilligenarbeit (unbezahlt!) und Kinderkriegen (heftig!). Wir tun die ganze Zeit Dinge, die kein Geld einbringen und sogar sterbenslangweilig sind, ohne dazu gezwungen zu werden.“

Schulen oder Unternehmen setzen oft auf genaue Regeln, die diese innere Motivation nicht aktivieren. Dass es auch anders gehen kann, zeigt ein niederländisches Pflegeunternehmen. Um den Pflegeberuf wieder in den Vordergrund der Arbeit zu rücken, verzichtet es weitgehend auf Regeln und das Management. Die Teams von etwa 12 Pflegekräften planen ihre Woche selbst, stellen neues Personal eigenständig ein und unterscheiden nicht zwischen einer Vielzahl von Pflegeprodukten. Dies vereinfacht die Alltagsarbeit, macht die Teams produktiver und das Unternehmen zu einem beliebten Arbeitgeber. Die Teams konnten den großen Ermessensspielraum dazu nutzen, individuell auf die Bedürfnisse der Gepflegten und der Pflegenden einzugehen, was ihre innere Motivation stärkte. Ähnlich positive Effekte konnten Schulen erzielen, die den Kindern mehr Freiheiten bei Inhalten und Lernzielen überließen und Lehrkräfte mehr Raum und Zeit für eine individuellere, projektbezogene Betreuung gewährten.

Schließlich hat ein positives Menschenbild auch für unser individuelles Zusammenleben viele Vorteile. Gehen wir im Zweifelsfall vom Guten aus, können wir viele negative Vorurteile, die durch Medien

verstärkt werden, überwinden. Wir erweitern unser Mitgefühl auch auf diejenigen, die nicht unserem unmittelbaren Umfeld entstammen, wenn wir Menschen grundsätzlich positiv betrachten. Wir vertiefen unser Verständnis, wenn wir uns auch auf Menschen mit anderen Auffassungen unvoreingenommen einlassen. Und indem wir selbst Menschen positiv zugewandt sind, schaffen wir positive Eindrücke auch für andere, sodass sich ein positives Menschenbild auch durch uns selbst verbreiten kann.

buch | votum

Rutger Bregman legt eine überzeugende Analyse über die positiven Eigenschaften der Menschen dar und schärft dadurch das eigene Bewusstsein für die Bedingungen, durch die Menschen von einem guten Weg abkommen. Das über 400 Seiten umfassende Werk ist mit vielen Geschichten und Fallbeispielen gespickt, die Bregman in seinem spannenden Erzählfluss miteinander verknüpft, ohne seine zentrale These aus den Augen zu verlieren: Als Individuen und als Gesellschaft müssen wir uns neu mit unserem Bild voneinander auseinandersetzen.

Das Menschenbild politischer Bewegungen prägt ihr politisches Programm. So war es auch bei der Sozialen Demokratie, die historisch gesehen die Idee der Solidarität und des Sozialstaates mit einem positiven Menschenbild begründete. Deswegen war die Einführung von Hartz IV Gegenstand harter Debatten, weil sie damit dem neo-

liberalen Zeitgeist mit einem skeptischen Menschenbild, insbesondere von Arbeitslosen, Rechnung trug. Hartz IV war verbunden mit einer Vielzahl von Regeln, durch die man zum Ausdruck brachte, dass man den Menschen nicht eigenständig zutraute, sich eine berufliche Perspektive aufzubauen. Das neue Sozialstaatskonzept von 2019 befriedete die Debatte durch die Forderung nach einem auskömmlichen Bürgergeld und die Überwindung von Sanktionen.

Ähnliche Debatten über unser Menschenbild stehen in vielen anderen Politikfeldern an, zum Beispiel dem Klimaschutz. Bemerkenswert ist dabei Bregmans Hinweis zum Menschenbild der Klimabewegung, die den Menschen ausschließlich auf seine negative Rolle als Ursache des Klimawandels reduziert.

„Zu viele Umweltschützer unterschätzen die Wehrhaftigkeit des Menschen. Und ich fürchte, dass ihr Zynismus zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden kann, ein Nocebo, das entmutigt und die Erderwärmung dadurch nur beschleunigt. Auch die Klimabewegung braucht einen neuen Realismus.“

Menschen stellen aber auch die Lösung für den Klimawandel dar, wenn sie in der Breite mobilisiert werden, neue Lösungen für das Wirtschaften und Zusammenleben zu finden. Das gilt für neue Mobilitätskonzepte in der Stadt genauso wie für eine Installation von Windkraftanlagen

auf dem Land, die für die Menschen akzeptabel und profitabel sind. Wie Menschen auf dem Weg in Transformationsprozesse mitgenommen werden können, ist eine Herausforderung, die die repräsentative Demokratie allein wahrscheinlich schwierig zu gestalten vermag. Neue Instrumente direkter Beteiligung wie Bürgerhaushalte oder zufällig zusammengesetzte Bürgerräte könnten diese Prozesse auf lokaler Ebene anstoßen, wenn hierfür die politischen Rahmenbedingungen stimmen, etwa durch Beteiligungen der Leute an den Gewinnen örtlicher Windparks.

Eine Theorie der Gerechtigkeit. Von John Rawls.



Kernaussagen

Eine gerechte Gesellschaft orientiert sich an zwei Grundsätzen: Sie verwirklicht ein größtmögliches Maß an Freiheiten für alle Menschen in diesen Gesellschaften gleichermaßen. Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Vermögen sind nur dann zu akzeptieren, wenn sie den am wenigsten Begünstigten den größten Vorteil bieten.

Von John Rawls, erschienen 1979 im Suhrkamp Verlag, Berlin; Erstveröffentlichung „A Theory of Justice“ 1971 in der Harvard University Press. Kurzgefasst und eingeordnet von Christian Krell*.

buch | essenz

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Wer sich mit der Ideengeschichte der Sozialen Demokratie auseinandersetzt wird feststellen, dass sie an vielen Stellen vom Liberalismus geprägt ist. Ab dem 19. Jahrhundert entwickelten die Ideen liberaler Denker von Rechten des Einzelnen – unabhängig von seinem Stand – politische Wirkmacht. Wahlfreiheit, Redefreiheit, Meinungsfreiheit, Koalitionsfreiheit usw. wurden nach und nach in verschiedenen

Gesellschaften durchgesetzt. In der politischen Programmatik und Praxis der Sozialen Demokratie wurde diese Dimension bürgerlicher und politischer Freiheitsrechte ergänzt durch einen Blick auf soziale und ökonomische Fragen. Denn die Freiheit des Einzelnen – so die Vorstellung Sozialer Demokratie – kann sich nicht allein durch das Erklären von Freiheitsrechten entfalten. Es müssen auch die materiellen Grundlagen zum Leben und Nutzen dieser Freiheiten vorhanden sind.

Der immense Einfluss von Rawls Theorie der Gerechtigkeit auch in der Sozialen Demokratie erklärt sich dadurch, dass Rawls genau diese Schnittstelle zwischen politischen Freiheitsrechten und der Verteilung begrenzter Güter berührt. Dass die von Rawls mitentwickelte Idee gleicher Freiheit heute programmatischer Kern vieler dieser Parteien ist, ist kein Zufall.

buch | autor

John Rawls (1921–2002) war einer der wichtigsten Philosophen des 20. Jahrhunderts. Er hat an der Harvard University, USA, gelehrt. Sein Buch „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ gehört inzwischen zu den philosophischen Standardwerken und hat großen Einfluss auf die philosophische und politische Diskussion, wie gerechte Gesellschaften beschaffen sein müssen.



buch | inhalt

Was ist gerecht? Diese Frage ist so alt wie die Menschheit selbst. Immer wieder gab und gibt es Überlegungen darüber, wie Güter in einer Gesellschaft verteilt werden, wenn mehr als eines oder gar jedes Mitglied der Gesellschaft Interesse an diesen Gütern hat. Ob es sich bei diesen Gütern um materielle Größen handelt wie Nahrungsmittel, Geld, Wohnraum oder um immaterielle Größen wie Bildung oder Mitspracherechte, ist dabei zunächst egal.

Eine Theorie der Gerechtigkeit ist wichtig für eine Welt, in der es keine grenzenlose Erfüllung aller Wünsche und Bedürfnisse gibt. Gäbe es Letzteres, bräuchte es keine Gerechtigkeit. Denn bei Gerechtigkeit geht es um die Verteilung von begrenzten Gütern, um Verfahrensregeln für diese Verteilung und um gerecht agierende soziale Institutionen. Da wir aber in keiner Welt mit grenzenloser Erfüllung aller Bedürfnisse leben, müssen wir klären, was gerecht ist.

John Rawls hat sich dieser Frage mit einem spannenden Gedankenexperiment genähert. Er überlegt, wie freie und vernünftige Menschen über eine gerechte Güterverteilung entscheiden würden, wenn sie mit einem Schleier des Nichtwissens umgeben wären. Die Menschen in dieser Situation wissen weder, mit welchen Talenten und Begabungen sie ausgestattet sind, noch, ob sie reich oder arm, mächtig oder einflusslos sind. Sie wissen zwar um die gesellschaftlichen Verhältnisse, ihre aktuelle gesellschaftliche Position ist ihnen aber unbekannt.

Der Urzustand

In diesem Urzustand sollen nun alle Mitglieder der Gesellschaft darüber beraten, wie eine gerechte Gesellschaftsordnung aussehen könne, der sich alle Mitglieder der Gesellschaft freiwillig anschließen würden.

Die Idee hinter dem Schleier des Nichtwissens ist, dass nun solche Regeln gesucht werden, die für alle in der Gesellschaft und die gesamte Gesellschaft vorteilhaft sind; nicht nur für diejenigen, die bestimmte gesellschaftliche Positionen innehaben. Denn niemand kennt seinen Platz in der Gesellschaft. Es ist also durch den Schleier des Nichtwissens möglich, Regeln und Verteilungsmechanismen herbeizuführen, denen jeder zustimmen kann, unabhängig von ihrem/seinem Platz in der Gesellschaft.

Fest steht allerdings, dass die Wahrscheinlichkeit, in einer wenig privilegierten Position zu leben, recht hoch ist. Wenn man sich die Welt (und ihre Güterverteilung) anschaut, so wie sie ist, ist die Zahl der weniger Privilegierten höher als die Zahl der Privilegierten. Das legt nahe, dass die Regeln, die in einem solchen Zustand Zustimmung finden, eher denjenigen zu Gute kommen, die wenig begünstigt sind.

Einen solchen Urzustand hat es nie gegeben und es wird ihn wohl auch nie geben. Und trotzdem ist es wertvoll, sich ihn vorzustellen. Mit ihm können Gerechtigkeitsprinzipien entwickelt werden, die zwar die aktuellen gesellschaftlichen Gegebenheiten reflektieren, aber die Stellung des

Einzelnen in dieser Gesellschaft ausblenden und so einen für alle Mitglieder der Gesellschaft zustimmungsfähigen Konsens darstellen. Weil die Bedingungen für das Aushandeln eines solchen Konsenses im Urzustand fair sind, kann diese Theorie auch als „Gerechtigkeit als Fairness“ bezeichnet werden.

Die Beratungen im Urzustand sind davon geprägt, dass die Menschen grundsätzlich zu vernünftigen Handeln und zu Kooperation in der Lage sind. Zwar konkurrieren alle Menschen um die gleichen begrenzten Güter. Aber sie haben auch gleiche Interessen wie das Bedürfnis nach Frieden, Sicherheit oder Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Die Fähigkeit, einen Gerechtigkeitssinn und gerechte Lösungen zu entwickeln, ist bei der überwältigenden Mehrheit der Menschen vorhanden. Damit orientiert sich Rawls an einem realistischen Menschenbild, wie es der Philosoph Immanuel Kant entworfen hat: Menschen sind nicht per se gut oder schlecht, aber sie sind zu vernunftorientiertem Handeln und zur Verständigung in der Lage. Sie würden auf dieser Grundlage sogar Einschränkungen akzeptieren, die sich für ihre Bedürfnisse und Ziele durch allgemein verabredete Gerechtigkeitsgrundsätze ergeben würden.

Die Gerechtigkeitsgrundsätze

In einem solchen vernünftigen Prozess des Aushandelns und Abwägens unter fairen Bedingungen würden sich zwei Grundsätze ergeben:

**„Erster Grundsatz:
Jedermann hat gleiches
Recht auf das umfangreichste
Gesamtsystem gleicher Grund-
freiheiten, das für alle möglich
ist.“**

**„Zweiter Grundsatz:
Soziale und wirtschaft-
liche Ungleichheiten müssen
folgendermaßen beschaffen
sein:**

**(a) sie müssen unter
der Einschränkung des gerech-
ten Spargrundsatzes den am
wenigsten Begünstigten den
größtmöglichen Vorteil brin-
gen, und**

**(b) sie müssen mit
Ämtern und Positionen
verbunden sein, die allen
gemäß fairer Chancengleich-
heit offenstehen.“ (336)**

Diese Gerechtigkeitsgrundsätze beziehen sich auf die Zuweisung von Rechten und Pflichten in einer Gesellschaft und auf die Verteilung gesellschaftlicher Güter. Der Anspruch ist dabei hoch. Unser Handeln und unsere Lebensweise sollen diesen Grundsätzen jederzeit entsprechen; egal, an welcher Position wir uns in der Gesellschaft befinden (489).

Der erste Grundsatz bezieht sich auf gleiche individuelle Rechte. Damit sind zum Beispiel politische Freiheitsrechte wie Wahlfreiheit oder Versammlungsfreiheit, aber auch das

Recht auf körperliche Unversehrtheit und das Recht auf persönliches Eigentum gemeint. Es geht um gleiche Rechte und Freiheiten, frei von Diskriminierungen.

Der zweite Grundsatz bezieht sich auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen und auf den Zugang zu Positionen, die mit unterschiedlich viel Macht und Verantwortung einhergehen. Hier würde im Urzustand immer eine solche Verteilungsregel gewählt, die den am wenigsten Begünstigten zugutekommt, weil man sich unter dem Eindruck des Nichtwissens auch mit der Vorstellung auseinandersetzen muss, selbst zu den am wenigsten Begünstigten zu gehören.

Die beiden Grundsätze stehen zueinander in lexikalischer Ordnung. Das bedeutet, dass der erste Grundsatz dem zweiten Grundsatz vorgeht. Größerer Nutzen in wirtschaftlicher Hinsicht darf nicht zur Verletzung der im ersten Grundsatz benannten gleichen Grundfreiheiten führen. Rawls formuliert deutlich:

„Jeder Mensch besitzt eine aus der Gerechtigkeit entspringende Unverletzlichkeit, die auch im Namen des Wohles der ganzen Gesellschaft nicht aufgehoben werden kann.“ (19)

Die Würde des Menschen ist, in Anlehnung an Kant, über allen Preis erhaben.

Während es bei dem ersten Grundsatz um ein Gleichheitsprinzip geht, ist bei dem zweiten Grundsatz durchaus eine ungleiche

Verteilung möglich. Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Vermögen sind dann möglich, wenn die am wenigsten Begünstigten davon profitieren.

„Es ist aber nichts Unge-rechtes an den größeren Vorteilen weniger, falls es dadurch auch den nicht so Begünstigten besser geht“, so Rawls (32).

Eine Verteilung gesellschaftlichen Reichtums nach Verdienst ist demgegenüber nicht durchführbar. Denn wie hoch der Verdienst ist, das hängt von Umständen ab, die nicht mit dem Einzelnen und seiner Leistung zusammenhängen. So können sich Angebot und Nachfrage nach einer Tätigkeit erheblich auf Löhne auswirken, ohne dass sich die Leistung des Einzelnen verändert.

Der im zweiten Grundsatz benannte Spargrundsatz bezieht sich auf eine Gerechtigkeit über Generationen hinweg. Denn es geht nicht nur darum, im Hier und Jetzt nur solche Ungleichheiten zuzulassen, von denen die am wenigsten Begünstigten profitieren, sondern auch um nachfolgende Generationen. Auch künftige Entwicklungen müssen im zweiten Gerechtigkeitsgrundsatz eingepreist sein. Der rücksichtslose Verbrauch von Ressourcen, der dazu führt, dass spätere Generationen in ihrer Ressourcennutzung schlechter gestellt werden, ist deshalb abzulehnen.

Die Gerechtigkeit als Fairness grenzt sich von zwei wichtigen Gerechtigkeitsideen ab. Erstens bezieht sie sich nicht auf eine

göttliche oder von Gott gewollte Ordnung. Die Vorstellung, dass die Gesellschaft, so wie sie ist, von Gott geschaffen sei und deshalb auch zu akzeptieren sei – trotz aller Ungerechtigkeiten – wird faktisch abgelehnt. Denn nun beraten freie und aufgeklärte Menschen über Gerechtigkeitsprinzipien. Zweitens wird hier die Vorstellung abgelehnt, dass sich Ideen für die gesellschaftliche Ordnung immer daran orientieren müssen, dass der größte Nutzen für die Gesellschaft als Ganzes verfolgt wird. Im Gegenteil: Es gibt Rechte des Einzelnen, die auch bei größten Vorteilen für die gesamte Gesellschaft nicht verletzt werden dürfen.

Die Institutionen einer wohlgeordneten Gesellschaft

In einer wohlgeordneten Gesellschaft sind die genannten Gerechtigkeitsgrundsätze öffentlich bekannt. Jeder kennt sie und weiß, dass sie auch von anderen anerkannt werden und dass die gesellschaftlichen Institutionen diesen Grundsätzen entsprechen. Wichtig ist, dass jeder und jede in der Gesellschaft die Chance hat, am politischen Leben teilzunehmen und mitzuwirken.

Maßgebliche Institutionen einer wohlgeordneten Gesellschaft, die gleiche Freiheit verwirklichen kann, sind die Institutionen einer verfassungsgemäßen Demokratie. Die politischen Grundfreiheiten sind dort für alle zu verankern und das politische Geschehen gerecht zu organisieren. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Gesetzesherrschaft. Gesetze

sind Zwangsregeln, die allen anderen Teilsystemen der Gesellschaft Vorschriften machen. Wenn sie gerecht sind, sind sie nicht nur eine stabile Grundlage für das Zusammenleben, sondern auch für berechnete gegenseitige Erwartungen und gegenseitiges Vertrauen.

Während Rawls enge Vorgaben für die politisch-institutionelle Ordnung gibt, sind seine Festlegungen in Bezug auf die Wirtschaftsverfassung einer gerechten Gesellschaft offener. Sowohl ein marktwirtschaftlich geordnetes System als auch ein freiheitliches, sozialistisches System ist vorstellbar; und zwar so lange das Ziel verfolgt wird, die langfristigen Aussichten der am wenigsten Bevorzugten unter den Bedingungen der fairen Chancengleichheit zu maximieren und die gleichen Freiheiten für alle zu wahren.

Eine besondere Rolle im Wirtschaftssystem übernehmen der öffentliche Sektor und die öffentlichen Güter. Sie sind öffentlich und unteilbar in dem Sinne, dass jeder von diesem Gut haben möchte. Der Staat kann und muss ihre Bereitstellung und Finanzierung durchsetzen. Steuern oder Abgaben, die letztlich auch mit Zwang erhoben werden, sind dafür ein angemessenes Instrument, denn jeder möchte sicher sein, dass sich auch andere an die gesellschaftlichen Regelungen halten. Freiwillige Spenden oder Ähnliches würden dieses Wissen nicht erzeugen.

Der Einzelne hat in einer gerechten Gesellschaft die Pflicht, den vorhandenen gerechten Institutionen zu gehorchen

und – wenn nötig – neue gerechte Institutionen zu schaffen. Jedermann hat das zu tun, was die gerechte Ordnung von ihm verlangt. Diese Pflicht zur Gerechtigkeit ist wichtig, weil sie verhindert, dass wir uns nur dann an die gerechte Ordnung und ihre Grundsätze halten, wenn wir persönlich davon profitieren.

„Unsere Lebensweise muss ohne Rücksicht auf unsere besonderen Verhältnisse jederzeit den unabhängig davon festgelegten Gerechtigkeitsgrundsätzen entsprechen.“ (489)

Dies schließt auch die Pflicht zur gegenseitigen Hilfe ein, und zwar nicht nur, weil wir selbst in Situationen kommen können, in denen wir Hilfe brauchen, sondern auch, weil es einen großen Einfluss auf die Qualität unseres täglichen Zusammenlebens hat, wenn wir von wechselseitiger Hilfe ausgehen können. Auch deshalb ist eine gerechte Gesellschaft eine stabile Gesellschaft.

buch | votum

Rawls hat die Debatte darüber, was Gerechtigkeit eigentlich ist und wie sie ausgestaltet werden kann, nicht nur neu belebt, sondern auch anhaltend geprägt. Sein Titel ist heute ein absoluter Klassiker, wenn es um Gerechtigkeitsfragen geht. Libertäre Denker wie Robert Nozick haben entsprechend große Anstrengungen unternommen, um Rawls zu entkräften und einen Gegenentwurf zu präsentieren.

Und tatsächlich kann aus unterschiedlichen Perspektiven Kritik an Rawls geübt werden. Der Urzustand ist ein theoretisches Konstrukt. Man kann nicht von der eigenen Situation absehen. Auch Fragen der Geschlechtergerechtigkeit werden bei Rawls kaum berührt.

Gleichwohl prägt das Buch nach wie vor maßgeblich die Debatte um Gerechtigkeit und damit auch die Programmatik der Parteien, die sich eine gerechte Gesellschaft auf die Fahnen geschrieben haben. Was durch Rawls neben vielem anderen für die konkrete politische Praxis bleibt, sind zwei Fragen: Erreichen wir wirklich das Maximum möglicher, gleicher Freiheitsrechte? Und nützen die Ungleichheiten in der Güterverteilung tatsächlich den am wenigsten Begünstigten? Jede politische Maßnahme muss sich daran messen lassen.

Die Gesellschaft der Singularitäten. Von Andreas Reckwitz.

Kernaussagen

1. *Die Gesellschaft der Singularitäten* von Andreas Reckwitz bietet eine umfassende Analyse der spätmodernen, also gegenwärtigen Gesellschaft in ihrem Streben nach Singularisierung. Der Autor untersucht, wie sich dieses Streben im Strukturwandel von Ökonomie, Arbeitswelt, Technologie, Lebensstilen und Politik wiederfindet, und zeigt auf, welche teils widersprüchlichen gesellschaftlichen Dynamiken freigesetzt werden.

2. Die spätmoderne Gesellschaft erhebt, anders als die Gesellschaften zuvor, das Besondere und Singuläre zum gesellschaftlichen Maßstab. Wie wir wohnen, essen, arbeiten, wohin und wie wir reisen, unser Körper, unser Konsum, unsere Freunde, selbst die Politik: Alles soll individuell, besonders, wertvoll sein; Selbstverwirklichung ist das vorherrschende Ziel. Wem sie gelingen kann und wem eher nicht, und welche gesellschaftlichen Unwuchten dies zeitigt, ist Teil dieser großen Gesellschaftsanalyse.



Von **Andreas Reckwitz** erschienen im Jahr 2017 im Suhrkamp-Verlag, Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von **Maike Rocker***.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Das Werk mit dem Anspruch einer Theorie der Moderne zeigt auf, wo in der gegenwärtigen Gesellschaft die Chancen und Gefahren für gelingendes Leben liegen, ohne selbst normativ zu sein. Der Autor will „Sensibilität für die Konfigurationen des Sozialen (..) entwickeln, dafür, wie sie zu Strukturen der Herrschaft und der Hegemonie gerinnen“. Seine Analyse liefert also mögliche Hebel, an denen aus Sicht der Sozialen Demokratie politische und gesellschaftliche Akteur_innen ansetzen können, wenn sie eine gerechtere Gesellschaft gestalten wollen.

buch | autor

Andreas Reckwitz, geboren 1970, ist Professor für Allgemeine Soziologie und Kultursoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Autor zahlreicher soziologischer Schriften. 2019 erhielt er den Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Sein preisgekröntes Werk *Die Gesellschaft der Singularitäten* stand u.a. auf der Shortlist für den Preis der Leipziger Buchmesse in der Kategorie Sachbuch.

buch | inhalt

Einleitung: Die Explosion des Besonderen

Das Besondere, Einzigartige, Singuläre ist zum gesellschaftlichen Maßstab der Erwartungen in nahezu allen lebensweltlichen Bereichen geworden; für Individuen genauso wie für Objekte, Ereignisse, Orte und Kollektive. Vornehmlich gilt das in der neuen, hochqualifizierten Mittelklasse, die zur kulturell dominanten Trägergruppe geworden ist: Das eigene Leben wird sorgfältig *kuratiert*, um dann vor anderen *performed* zu werden. Menschen bewegen sich auf umfassenden sozialen Attraktivitätsmärkten, auf denen sie im Wettbewerb um Sichtbarkeit stehen. Der Definitionskampf darum, was nun als singular gilt und was nicht, ist konstitutiver Bestandteil dieser Ökonomie des Besonderen.



In der Gesellschaft der klassischen Moderne, die ab etwa dem 18. Jahrhundert bis Mitte des 20. Jahrhunderts im Westen vorherrschte, war der Wesenskern hingegen eine soziale Logik des Allgemeinen. Standardisierung, Rationalisierung, Formalisierung herrschten vor – vom Bildungskanon bis Fastfoodketten, von Technikanwendungen bis zu rechtsstaatlichen Normen.

Die Ursache für den Wandel sieht Reckwitz in Ökonomie und Technologie: Dinge, Dienste, Ereignisse, Medienformate sind dann erfolgreich, wenn sie als einzigartig anerkannt werden, und digitale Technologie leistet personalisierte Erfahrungen. Beispiel: Durch Data-Tracking der digitalen Profile jeder einzelnen gliedern sich angezeigte Suchergebnisse, Werbung, Inhalte und mehr.

Ein zentraler Begriff dieser Gesellschaft ist der der Kultur. Kultur ist immer dort, wo ein gesellschaftlicher Wert zugeschrieben wird. Das Soziale wird kulturalisiert, dadurch valorisiert und so singularisiert. Damit verbunden ist die extreme Relevanz der Affekte. Nur was Affekte auslöst, ist attraktiv und authentisch und gilt damit als wertvoll.

Der Prozess der Singularisierung begann allerdings etwa gleichzeitig mit der sozialen Logik des Allgemeinen: Die Romantiker_innen hoben als Erste die Einzigartigkeiten von Menschen, Natur, Orten, Augenblicken und damit die Vorstellung einer emphatischen Individualität des Subjekts hervor, die es zu entfalten und verwirklichen gelte. Sie legten damit den Grundstein

für den postmaterialistischen Wertewandel in den 1970ern, der Ideen der Selbstverwirklichung nach vorne stellt.

„Die Bedeutung der Epoche der Romantik für die Kultur der Besonderheit in der Moderne kann gar nicht überschätzt werden“, betont der Autor mehrfach im Buch.

I. Die Moderne zwischen der sozialen Logik des Allgemeinen und des Besonderen

Die Moderne unterliegt zuerst einem Prozess der formalen Rationalisierung durch Effizienz. Dies kann als eine Antwort auf ein Knappheits- und Ordnungsproblem gelesen werden. Technische Rationalisierung (Stichworte: Maschinen, Logistik, Waren) ist wichtig vor allem bei der Güterproduktion und -distribution. Kognitive Rationalisierung kommt vor allem in den Wissenschaften zum Tragen; Subjekte erlernen so die gleichen Kompetenzen. Normative Rationalisierung bestimmt das Rechtssystem und will eine transparente und gerechte Ordnung schaffen. Diese Logik legt die Basis für gesellschaftliche Funktionsrollen unabhängig von Familien- oder Gruppenzugehörigkeit.

Die in der Spätmoderne aufkommende Kulturalisierung des Sozialen, die von der substrukturell weiterlaufenden Rationalisierung profitiert, lässt sich hingegen als eine Antwort auf die gesellschaftliche Sinn- und Motivationsfrage deuten: Wozu soll

Leben gelebt werden, wenn Mangel und Unordnung gebannt sind?

ist. Also erwarten Menschen diese Einzigartigkeiten auch von sich selbst.

II. Die postindustrielle Ökonomie der Singularitäten

Das Primat der Ökonomie des industriell Allgemeinen wird seit den 1970ern vom Primat der Ökonomie des kulturell Besonderen abgelöst. Konsummuster pluralisieren sich. Aufmerksamkeit und Wertbeimessung sind prägende Elemente auf den Singularitätsmärkten des postindustriellen Kulturkapitalismus. Beispielfhaft konkurrieren darum Religionen, Urlaubsziele oder Filme.

Überall geht es um die Aufführung von Singularitäten: Mediale Formate wie Musiktitel, Romane, Spiele, TV-Shows, Serien, Instagram-Accounts bieten potenziell einzigartige, originelle Welten. Ereignisse und Events wie Sportveranstaltungen, Filmfestspiele, Reisen, Abschlussfeiern herausgehobene Einzigartigkeitsgüter: Sie sind einmalig und rein dem Genuss verschrieben. Es gibt auch langfristige Singularisierungen: Güter, die zu modernen Klassikern, zu Marken, anerkannten Namen avancieren. Ein Beispiel für eine spezielle Ausprägung der Singularisierung der Dingwelt ist der ethische Konsum: Die Dingbiografie wird plötzlich kaufentscheidend.

Menschen sind also permanent von Dingen, Räumen und Diensten umgeben, die Anspruch auf Singularität erheben, und lernen so, dass dies der Normalfall des Sozialen sein muss: Etwas gilt (nur dann) in der Welt, wenn es interessant und wertvoll

III. Die Singularisierung der Arbeitswelt

Auch Arbeitsformen sind der Transformation zu mehr Singularisierung unterworfen. Kriterien wie Kreativität, Profil, Performanz werden prägend. Die industrielle Logik der Arbeitswelt mit standardisierten Kompetenzen erodiert.

Menschen, besonders mit höherer, oft akademischer, Ausbildung arbeiten verstärkt an singulären Gütern, und gleichzeitig an der eigenen Persönlichkeit und an Netzwerken, um möglichst selbst einzigartig-singulär zu sein. Diese kreative Arbeit wird permanent geleistet, so dass die Trennlinie zwischen Arbeit und privater Zeit verschwimmt. Gleichzeitig existieren die industrielle Produktion von Gütern sowie der Sektor der routinierten, unterstützenden Dienstleistungen weiter. Es kommt zu einer Polarisierung der Arbeitswelt. Die gesellschaftliche Wahrnehmung ist: sozial wertvolle und intrinsisch motivierte befriedigende Arbeit hier, standardisierte Arbeit mit geringem Sozialprestige und individueller Befriedigung dort.

IV. Digitalisierung als Singularisierung: Der Aufstieg der Kulturmaschine

Das digitale Netz bietet einen Generator für Singularisierung des Sozialen, denn es verfertigt Kulturformate im weitesten Sinne. Somit wird moderne

Technologie zur immer verfügbaren Kulturmaschine, die dadurch eine Art technologische Neben-Umwelt formt. Extreme Überproduktion von Formaten bei gleichzeitiger Knappheit der Aufmerksamkeit sind kennzeichnend; auch weil bisherige Rezipient_innen jetzt sehr einfach zu Produzent_innen werden können.

Portale wie Google oder Facebook verwandeln durch ihre maschinell-algorithmische Kuratierung nach getrackten Nutzer_innen Interessen die im Prinzip universale kulturelle Welt in unzählige singularisierte Welten. Gleichzeitig wird Menschen mit Partikularinteressen (z.B. Ayurveda-Fans, Verschwörungstheoretiker_innen) ermöglicht, sich zu *Neogemeinschaften* zusammenzuschließen.

Ein Dilemma der digitalen Singularisierungsbewegungen ist, dass eine forcierte Ausrichtung am Besonderen zu einer Erosion der allgemeinen Wirklichkeitsrezeption führen kann, die eine gemeinsame Debattebasis zwischen Menschen verkompliziert und schlimmstenfalls in ein Freund-Feind-Denken umschlägt.

V. Die singularistische Lebensführung: Lebensstile, Klassen, Subjektformen

In den 1950 – 70er Jahren galt, unter anderem in Westdeutschland, als Lebensstil der Normalität das Modell einer allumfassenden Mittelschicht mit vergleichsweise geringer Einkommensungleichheit selbst bei unterschiedlichem Bildungsabschluss. Reckwitz beschreibt den darauf

einsetzenden Individualisierungsprozess als Anfang einer neuen Klassengesellschaft: Die ehemalige Mitte erodiert. Es bildet sich eine Klasse mit hohem kulturellen und mittlerem bis hohem ökonomischen Kapital sowie eine Klasse mit niedrigem kulturellen und ökonomischen Kapital heraus. Dazwischen existiert die alte Mittelklasse weiter, deren Lebensstil jetzt nur noch als Mittelmaß gilt, und eine winzige Oberklasse. Die spätmoderne Gesellschaft ist damit eine *Drei-Drittel-Gesellschaft*.

Die Einkommensschere zwischen Akademiker_innen und Nichtakademiker_innen hat sich seit den 1980er-Jahren deutlich geöffnet. Während in der industriellen Moderne Mühsal der Arbeit noch gegen Status getauscht wurde und dadurch Stolz auf die eigene Arbeit entstand, weil sie einen guten Lebensstandard sicherte, ist dies bei der neuen Dienstleistungs-Unterklasse anders: Materiell ist sie schlechter gestellt, gleichzeitig gesellschaftlich abgewertet, denn die mehrheitsgesellschaftliche Entwertung der Güter und Praktiken, die die neue Unterklasse verwendet, übersetzt sich in eine Entwertung ihrer Subjekte.

Während das Leben der Unterklasse an der Aufrechterhaltung der Normalität und der Befriedigung von Grundbedürfnissen ausgerichtet ist, sucht die neue Mittelklasse mit ihrem singularistischen Lebensstil nach Selbstverwirklichung, dem Authentischen und dem kulturell „guten Leben“. Dies gilt gesellschaftlich als wertvolle Lebensform, auch wenn sie im Gegensatz zu dem der klassischen Moderne extrem enttäuschungsanfällig ist.

Bausteine eines singularistischen Lebensstils sind vor allem in den Bereichen Essen, Wohnen, Reisen, Körperpflege sowie Kindererziehung und Beschulung zu finden. Beispiel Erziehung: Statt des sozial angepassten Kindes, wie es das Ideal der alten Mittelstandsgesellschaft war, soll das Kind nun autonom und selbstmotiviert sein, mit ausgeprägtem Selbstwertgefühl und vielseitigen Interessen, die seine Eigensinnigkeit fördern: ein Singularisierungsprogramm fürs Kind.

Ganz anders in der neuen Unterklasse: Hier ist das disziplinierte, regelkonforme Kind das Erziehungsideal, um weiteren familiären Stress zu vermeiden, der sowohl durch „Abrutschen“ entstehen würde, aber auch durch das Mittelklasse-Ideal des Sich-selbst-Ausprobierens.

VI. Differenzieller Liberalismus und Kulturessenzialismus: Der Wandel des Politischen

In der Spätmoderne wird die Politik des Allgemeinen mehr und mehr von einer Politik des Besonderen abgelöst, die in zwei Versionen auftritt: zum einen die Politik des *apertistisch-differenziellen Liberalismus*, die sich wirtschaftlich, sozial und kulturell öffnet und gleichzeitig kulturelle Unterschiede auch aus Wettbewerbsgründen fördert. Diese Politik umspannt das politische Spektrum von Mitte-links bis Mitte-rechts; zum anderen die globale politische Tendenz zum Kulturessenzialismus und Kulturkommunitarismus, die sich auf Partikulargemeinschaften und kollektive Identitäten beruft.

„Wie ist es dazu gekommen?“

In der Blütezeit der organisierten Moderne war das Ziel der Politik die Angleichung der Lebensbedingungen aller Bevölkerungsschichten sowie die Etablierung von sozialstaatlichen Standards, um individuelle Risiken zu minimieren: ein sozialdemokratisch-korporatistischer Konsens. Dieser erodierte ab den späten 1970er Jahren, als Öffnung und Deregulierung des Sozialen zum gesellschaftlichen Imperativ wurden. Die Zeit des *innovationsorientierten Wettbewerbsstaats* begann. Gleichzeitig wurde gesellschaftspolitisch die Vielfalt der Persönlichkeiten, der Herkunftskulturen und der Lebensstile wertgeschätzt, was sich auf der Policy-Ebene durch Adressierung von Themen wie Nichtdiskriminierung, Diversität, Lebensqualität und Pflege von kulturellem Erbe abbildete.

Seit den 1980er-Jahren kam als Gegen Tendenz ein vielschichtiges Feld von Kulturessenzialismen hinzu. Diese Bewegungen lassen sich als kritische Reaktion auf die liberale Hyperkultur interpretieren. Gemeinsam ist ihnen: Auch sie betreiben Singularisierung. Da sie sich als Kollektive organisieren, entlasten sie das Individuum von den Wettbewerben um Sichtbarkeit und Eigenwert. Zentral ist die feste Grenze zwischen Eigengruppe und Anderen, mit der Tendenz, die Anderen abzuwerten. Neben ethnischen Gemeinschaften, deren Hauptthemen Gleichberechtigung und Respekt der Mehrheitsgesellschaft vor der kulturellen Differenz sind, sind Kulturnationalismen, religiöse Fundamentalismen und Rechtspopulismus zu nennen. Letzterer

verfolgt das Gegenteil einer Politik der Öffnung, ist antiplural, in Teilen auch antielitär. Sein globales Ideal sind die nach innen geschlossene „Kulturkreise“.

Schluss: Die Krise des Allgemeinen?

Die spätmoderne Gesellschaft der Singularitäten justiert die Relation zwischen dem Allgemeinen und dem Besonderen neu: Die Idee eines allgemeinen Fortschritts ist nicht mehr strukturbildend. Weitere Krisen ergeben sich:

Krise der Anerkennung: die sich auftuende sozial-materielle Schere zwischen den Hochqualifizierten der expandierenden Wissens- und Kulturökonomie und den Geringqualifizierten, die gleichzeitig auch kulturell polarisiert.

Krise der Selbstverwirklichung: Wenn sie misslingt, also das subjektive Erleben und die Bewertung durch andere negativ ist, setzen sich diese permanente Enttäuschung und Minderwertigkeitsgefühle im Extrem in psychische Symptome um.

Krise des Politischen: Verloren gegangene gesamtgesellschaftliche Steuerungsmöglichkeiten, kulturelle Partikularismen sowie die Parzellierung der politischen Öffentlichkeit können als Ausdruck des Verschwindens des Allgemeinen aus der Politik interpretiert werden. Der spätmoderne Staat versteht sich eher als Einrichtung zur Ermöglichung privaten Konsums und nicht zur Verfolgung gesamtgesellschaftlicher Ziele.

Wie kommt die Gesellschaft wieder zu einem gemeinsamen Allgemeinen? Reckwitz nennt hier unter anderem die Rekonstruktion einer allgemeinen Öffentlichkeit, in denen Subjekte aus unterschiedlichen Klassen und Milieus der Gesellschaft aufeinandertreffen. Er erkennt bereits Anzeichen eines neuen politischen Paradigmas, das staatliche Strukturen wieder an Bedeutung gewinnen lässt, das er als *regulativen Liberalismus* einführt. Global sagt Reckwitz aber in Zukunft erst noch eine Entfesselung der Gesellschaft der Singularitäten voraus.

buch | votum

Die hier von Andreas Reckwitz aufgeführte Gesellschaft der Singularitäten lässt die Leser_innen aus der von ihm beschriebenen hegemonialen neuen Mittelklasse sicherlich ertappt zurück: Sie werden indirekt damit konfrontiert, wie sehr sie und ihre dem guten Leben verschriebenen Praktiken zur gesellschaftlichen Polarisierung und den gegenwärtigen Krisen beitragen. Welche politischen Konsequenzen können und sollten aus Sicht der Sozialen Demokratie daraus gezogen werden?

Ziel der Sozialen Demokratie ist seit jeher, eine freie und gerechte Welt zu schaffen. Wie gerecht ist nun die aktuelle? Reckwitz beschreibt eine Gesellschaft, in der Egozentrik, gelingende Performance und das Streben nach Distinktionsgewinnen quasi notwendige Eigenschaften der bei der Selbstverwirklichung Erfolgreichen ist.

Als gleichzeitig entstehende Probleme beschreibt er einen dramatischen Anstieg von sozialer Ungleichheit, psychischer Überforderung und globaler Kulturkämpfe um Deutungshoheit über das, was wertvoll und wertlos sei. Denjenigen Menschen, die ihr Leben nicht im Dauerwettbewerb performen können oder wollen, wird der gesellschaftliche Respekt aberkannt – unabhängig von ihrer Arbeit, ihrer Leistung, ganz zu schweigen von ihrer Würde als Mensch. Gerechtigkeitsnormen der industriellen Leistungsgesellschaft gelten nicht mehr. Aufstiegsversprechen werden nicht erfüllt, weil vor allem das *inkorporierte kulturelle Kapital* der Herkunftsmilieus entscheidet. Dazu kommt: Leistung zählt nicht nur nicht, sondern Menschen in einfachen Dienstleistungsjobs werden für ihre geleistete und gerade auch von der neuen Mittelklasse notwendig gebrauchte Arbeit sogar abgewertet – und damit gleichzeitig auch für ihre Art zu leben. Das lässt gesellschaftlichen Zusammenhalt massiv erodieren.

Die Bildungsexpansion trägt überdies paradoxerweise dazu bei, dass diejenigen mit mittlerer Bildung zur Gruppe der Bildungsverlierer_innen zählen – als müsse nunmehr jede Person die höchstmögliche formale Bildung anstreben und sei nicht „gut genug“, wenn sie „nur“ einen Ausbildungsberuf ergreift. Diese Bewertungs-, Kultur- und Verteilungskämpfe führen die Gesellschaft immer weiter weg von einem gemeinsamen Allgemeinen.

All das muss die Soziale Demokratie beschäftigen, wenn das Urversprechen weiter gelten soll, für eine solidarische,

progressive Gesellschaft mit gleichen Teilhabemöglichkeiten für alle einzustehen. Solidarität ist letztlich nichts anderes als Respekt, Anerkennung und – wo nötig – Hilfe. Es braucht (wieder) ein gemeinsames gesamtgesellschaftliches Interesse an der Wertschätzung des Beitrags jedes Individuums für die Gesellschaft, materiell und sozial.

Reckwitz' Analyse der Gegenwartsgesellschaft liefert damit einen Überblick über die mehr oder auch weniger Erfolg versprechenden Hebel, über die gesellschaftliche Änderungen gesteuert werden könnten.

02

—

Demokratie

Politik trotz Globalisierung. Von Gesine Schwan.



Kernaussagen

Die Globalisierung und der deregulierte Kapitalismus haben Ungleichheit und Politikverdrossenheit produziert und den Nationalstaat entmachtet. Eine Politik, die gleiche Freiheit und Gerechtigkeit anstrebt, muss liberale Prinzipien mit sozialer Absicherung verbinden. Die repräsentative Demokratie hat einen Vertrauensverlust erfahren. Sie muss durch neue Formen der Teilhabe ergänzt werden, die Regierungen, Unternehmen und Zivilgesellschaft einbinden. Die offene Austragung von Interessenkonflikten mit der Perspektive transparent begründeter Lösungen bietet einen Ausweg, um die Herausforderungen der Klimakrise, der globalen Migration und des beschleunigten Strukturwandels zu bewältigen.

Von Gesine Schwan, erschienen im Jahr 2021 in der **Wissenschaftlichen Buchgesellschaft, Darmstadt. Kurzgefasst und eingeordnet von Michael Dauderstädt***.

buch | essenzen

Bewertung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Das Buch, geschrieben von einer prominenten Sozialdemokratin, teilt die programmatischen Ziele der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Auf der Grundlage einer gründlichen Auseinandersetzung mit den politischen Philosophien demokratischer Herrschaft entwickelt die Autorin neue Konzepte partizipativer Politik. Ihre Hoffnung ruht auf Formaten, die unterschiedliche Interessengruppen einbinden und vor allem auf kommunaler Ebene innovative Lösungen erarbeiten.

buch | autorin

Prof. Dr. Gesine Schwan ist Politikwissenschaftlerin und war lange Zeit Präsidentin der Europa-Universität Viadrina. Sie war Mitglied der Grundwertekommission der SPD und kandidierte für die SPD zweimal in den Wahlen für die Bundespräsidentschaft und zusammen mit Ralf Stegner 2019 für den SPD-Parteivorstand (jeweils ohne Erfolg).

buch | inhalt

Das Buch umfasst acht Kapitel, wobei das lange erste (ein Drittel des Gesamttextes) einen Theorieüberblick gibt, während die folgenden Kapitel die aktuelle Situation und Lösungsansätze präsentieren.

Theoretische Konzeptionen von Politik

Das Verhältnis von individuellen und Gruppeninteressen zu gesamtgesellschaftlichen Zielen und Werten ist seit Jahrtausenden Gegenstand politischer Praxis und der theoretischen Reflektion darüber. Im antiken Athen verstand sich Politik, abgeleitet von der griechischen Polis (Stadt), als Diskurs und gleichberechtigte Beteiligung der Bürger (ohne Frauen und Sklaven). In der Renaissance vertrat Machiavelli ein zynischeres Konzept von Machtpolitik, das aber Interessenkonflikte realistisch berücksichtigte und letztlich forderte, Bedingungen für aufgeklärte Mitwirkung zu schaffen.

* Michael Dauderstädt ist freiberuflicher Berater und Publizist und war bis 2013 Leiter der Abteilung Wirtschaft- und Sozialpolitik der FES.



In der Neuzeit dominierten vertragstheoretische Demokratievorstellungen aus England (Hobbes, Locke) und Frankreich (Montesquieu und Rousseau). Sie gingen vom Individuum und seinen Rechten aus, kamen aber zu unterschiedlichen Idealen von Politik. Während die einen die Rechte der Bürger_innen betonten, befürchteten die anderen immerwährende Konflikte und forderten daher einen starken Staat und die Unterdrückung individueller Freiheiten.

Später sah Marx die Politik nur als Überbau der Produktionsverhältnisse und Klassenkonflikte. Nach Überwindung der Klassengesellschaft würde Politik überflüssig. Anarchisten hatten ähnlich staatskritische Vorstellungen und öffneten den Weg für – auch heute noch relevante – genossenschaftliche Konzepte zur Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Feministische Theorien und Bewegungen sahen in der stärkeren Beteiligung von Frauen einen Weg zur Reduzierung von Herrschaft.

Systemtheoretische Ansätze von Luhmann trennten die Politik als eigenes System hermetisch von anderen Systemen innerhalb der Gesellschaft ab und sahen sie – wie auch andere Systeme (Wirtschaft, Wissenschaft etc.) – als ein separates System mit eigenen Gesetzen. Dagegen betonte Fritz Scharpf die mögliche Interaktion zwischen den Teilsystemen, die allerdings die Sprachfähigkeit von Akteuren in multiplen Systemen erforderte.

Eine gänzlich andere Sichtweise vertrat Carl Schmitt, der Politik immer auf dem Raster eines Freund-Feind-Verhältnisses sah. Damit

konnte er die nationalsozialistische Rassenideologie rechtfertigen. Ähnliche Vorstellungen sind heute bei rechtspopulistischen, völkischen Bewegungen sichtbar.

Hannah Arendt betonte dagegen die Rolle des Gesprächs und des gemeinsamen Handelns sowie des Verzeihens angesichts vergangener Verletzungen. Zentral ist für sie die Rolle der Feststellung von Tatsachen durch einen freien Diskurs. Eine Unterdrückung der Meinungsäußerung und Entlarvung von Lügen entzieht letztlich der Gesellschaft den Boden.

Verführerische Irrwege

Angesichts mangelhafter Ergebnisse demokratischer Politik finden viele Menschen andere Formen von Herrschaft und Entscheidungsfindung attraktiver. Auf globaler Ebene erscheint China als mögliches Vorbild: mit seiner effizienten Parteidiktatur, die Wachstum, Sicherheit und auch eine erfolgreiche Bekämpfung der Pandemie erreicht (hat). „Durchregieren“ scheint Wege zur Bewältigung der großen Herausforderungen zu bieten, aber es hat einen hohen Preis: Intransparenz und letztlich verschleierte Ineffizienz sowie Ungerechtigkeit.

Auch in Demokratien wird der Ruf nach Fachleuten und Technokraten lauter, die die komplexen Probleme besser verstehen als gewählte Politiker und sachorientierte Lösungen durchsetzen, die sonst im demokratischen Streit zerredet, verwässert und blockiert werden. So haben viele Staaten wichtige Politiken an unabhängige,

demokratisch nicht kontrollierte Institutionen delegiert (z.B. die Geldpolitik an Zentralbanken). In der Eurokrise wurden Schuldnerländern angeblich alternativlose Sparpolitiken aufgezwungen und deren demokratisch gewählte Organe überstimmt.

Ein weiterer Weg zur Umgehung oder Entmachtung angeblich riskanter demokratischer Politik ist die Einführung von Regeln wie zum Beispiel die Schuldenbremse oder die Maastricht-Kriterien. Dies hat sich aber als wenig praktikabel erwiesen, da die Politik in Notsituationen Auswege und Ausnahmeregelungen gefunden hat.

Am erfolgreichsten war der Versuch (neo-) liberaler Denker wie Hayek oder Friedman, den Markt als die bessere Steuerungsform der Gesellschaft zu präsentieren. Der Staat sollte zurückgedrängt werden und der privatwirtschaftliche Wettbewerb effizientere Lösungen für die Erfüllung gesellschaftlicher Bedürfnisse schaffen. Diese Sicht basierte auch auf einem reduzierten Menschenbild, der Personen nur als egoistische Nutzenmaximierer sah, die am besten auf monetäre Anreize reagieren. Im Ergebnis führten vierzig Jahre Markttradikalismus zu mehr Ungleichheit und Unzufriedenheit. Spätestens in der Coronakrise wurde unabweisbar klar, wie wichtig ein handlungsfähiger Staat ist.

Die liberale Demokratie in der Krise

Die Enttäuschung der Bürger_innen äußerte sich in vielen westlichen Demokratien in einem Anstieg rechtspopu-

listischer Strömungen. Donald Trump und Victor Orbán demontierten öffentlich die Prinzipien liberaler Demokratie. Das Erstarren populistischer Parteien rückte auch traditionelle Parteien der rechten Mitte weiter nach rechts.

Die globale ökonomische Liberalisierung untergrub Wohlstand und soziale Sicherheit breiter Schichten. Das Versprechen des politischen Liberalismus von gleicher Freiheit und Würde wurde durch den Markt gebrochen. Viele sahen sich als Opfer des globalen Wettbewerbs durch Eingewanderte und ausländische Konkurrenten. Die Forderungen nach Protektionismus und nationaler Kontrolle nahmen zu. Ihren markantesten Ausdruck fanden sie im Brexit, aber auch in der amerikanischen Politik unter Trump.

Die klassische liberale Theorie sah politische Freiheit auf wirtschaftliche Unabhängigkeit durch Eigentum gegründet. In der Tat erfordert gleiche Freiheit soziale Sicherheit, wie sie die modernen Wohlfahrtsstaaten bieten (sollten). Sie schützen die Bürger_innen vor unverschuldeten Lebensrisiken (Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit). In der globalisierten Welt müssen diese Systeme sozialer Absicherung international ausgedehnt und flankiert werden.

Diese äußere Absicherung muss durch mehr lokale Teilhabe ergänzt werden, um den Menschen wieder Einfluss auf die Gestaltung der Gesellschaft und des Gemeinwesens zu geben. Beschränkungen der Verfügungsgewalt über Grund und Boden und Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz

sind wichtige Elemente einer effektiven Demokratie.

Die Rückkehr zum Nationalstaat als Alternative führt in eine Sackgasse. Die Kosten solcher Alleingänge sind unübersehbar. Moderne Gesellschaften und ihre Wirtschaft sind auf Offenheit angewiesen. Deshalb haben sich etwa in den USA auch viele Bundesstaaten und Kommunen – gegen die Politik Trumps – für Klimaschutz und Migration eingesetzt. Allerdings muss auch das offene internationale System klug und demokratisch reguliert werden, damit nicht der Freihandel andere wichtige Ziele wie Umwelt- und Verbraucherschutz untergräbt.

Den globalen Kapitalismus kooperativ zähmen

Die Welt braucht eine *Good Global Governance*. „Governance“ umfasst das ganze Geflecht von Institutionen, Akteuren, Regelungen und Verfahren, mit denen ein Land oder ein Unternehmen oder eben auch die Weltwirtschaft gesteuert wird. Global muss sie heute eng mit dem Ziel der Nachhaltigkeit verknüpft werden.

Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung, wie sie schon 1987 im Brundtland-Bericht gefordert wurde, verlangt die Gleichberechtigung der Bedürfnisse aller Menschen, auch der zukünftigen Generationen, und die Rücksichtnahme auf die begrenzten Ressourcen unseres Planeten. Aber diese Prinzipien sind Gegenstand massiver Interessenkonflikte und unterschiedlicher Risikowahrnehmung. Daher brauchen wir

eine intensive offene Auseinandersetzung. Nur wenn ein solcher Streit zugelassen ist, besteht die Aussicht auf gegenseitiges Verständnis und Verständigung.

Vom produktiven Konflikt haben sich die radikalen Befürworter des marktbezogenen Wettbewerbs aber entfernt. Dessen ökonomische Logik untergräbt die Vertrauensbasis der Demokratie. Der Wettbewerb muss durch Zusammenarbeit ergänzt werden.

In der Nachkriegswelt sind Organisationen und Institutionen der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenarbeit entstanden. Sie sind aber durch die marktliberale Globalisierung geschwächt worden. Die Kooperation der Nationalstaaten ist immer weniger in der Lage, durch kluge Rücksicht auf die Interessen und Bedürfnisse der anderen zu nachhaltigen Lösungen zu kommen. Sie muss durch neue zivilgesellschaftliche Formen der Deliberation ergänzt werden.

In einer „antagonistischen Kooperation“ sollen Regierungen, Zivilgesellschaft und Unternehmen ihre Konflikte offen austragen. In der Konfrontation der Positionen und dem Zwang zur Begründung lassen sich gemeinwohlorientierte Lösungen erarbeiten. Ein Beispiel ist die Kontrolle transnationaler Lieferketten, um Umwelt und Beschäftigte zu schützen. Eine Verbindung von staatlichen Auflagen und zivilgesellschaftlicher Überwachung und Protestbewegung drängt die Unternehmen dazu, ihre Prozesse nachhaltig und sozial zu gestalten.

Die nationale Demokratie erneuern

In der repräsentativen Demokratie besteht eine Kluft zwischen den gewählten Parlamentariern und dem Wahlvolk. Aber das Volk ist – entgegen populistischen Behauptungen – nicht homogen. Die Freiheit und Ungebundenheit der Vertreter erlaubt einerseits sachgerechte und abgewogene Entscheidungen jenseits modischer Meinungswellen; andererseits kann sie auch von Lobbyisten beförderte Partikularinteressen zulasten des Gemeinwohls durchsetzen. Die in den zurückliegenden Jahrzehnten zunehmende Ungleichheit hat viele Menschen der repräsentativen Demokratie entfremdet.

Um die Nachteile der repräsentativen Demokratie auszugleichen, setzen die Kritiker auf alternative Entscheidungsverfahren wie die Auswahl von Volksvertretern durch Los und auf Volksabstimmungen. Durch Los bestimmte und durch staatliche Finanzierung unabhängige Bürgerräte können Volksabstimmungen vorbereiten. In Irland konnte so die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe vorbereitet werden, die letztlich durch ein Gesetz im Parlament eingeführt wurde.

Ein solches mehrstufiges Verfahren, das durch Losverfahren bestimmte Bürgerversammlungen mit einer ordentlichen parlamentarischen Gesetzgebung verbindet, verspricht eine höhere Akzeptanz. Es erlaubt die offene Austragung von Interessenkonflikten und vermeidet die gefährliche Illusion eines neutralen Staates.

Kommunen als Labor der Veränderung

Nachhaltige Politik im Sinne der UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung erfordert einen schwierigen Interessenausgleich zwischen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Auf kommunaler Ebene sind konstruktive Lösungen oft leichter zu erreichen. Sie können durch Entwicklungsbeiräte vorbereitet werden. In ihnen werden die verschiedenen Akteure mit den Interessen, Werten und Bedürfnissen der jeweils anderen konfrontiert. Gemeinsam müssen sie aus dieser Perspektivenvielfalt zukunftsfähige Kompromisse entwickeln, die über die enge Rationalität des eigenen Systems (z.B. Profitmaximierung) hinausgehen.

Städte und Kommunen bilden seit Langem auch transnationale Netzwerke. Vor allem im Bereich der Umweltpolitik können sie innovative Ansätze entwickeln und Vorbildfunktion ausüben, auch wenn sie nicht auf einen Schlag die großen Herausforderungen bewältigen können. Aber sie bieten Raum für kooperative demokratische Politik, die Vertrauen schafft. An drei Beispielen lässt sich dies zeigen.

Digitalisierung: Gesucht wird ein Weg zwischen der amerikanischen privatkapitalistischen Profitorientierung und der chinesischen staatskapitalistischen Kontrollorientierung. Die ungeheure Datensammlung gefährdet auch die Demokratie, wenn sie zur Manipulation der Wähler_innen eingesetzt wird. Dabei könnte eine klug eingesetzte Digitalisierung das Leben aller verbessern. Ein vielversprechender

Weg sind die *Smart Cities*. Sie bieten ihren Bürger_innen Lernangebote, neue Mobilitätskonzepte und Mitwirkungsmöglichkeiten. Wichtig ist auch die Rolle der Gewerkschaften, um Digitalisierung mit demokratischer Teilhabe zu verbinden.

Klimaschutz: Die gerechte Transformation (*just transition*) verbindet den notwendigen ökologischen Strukturwandel mit sozialer Absicherung. Entwicklungsbeiräte können tragfähige Kompromisse ausarbeiten, um die Folgen von Deindustrialisierung zu bewältigen. Ein Beispiel war die deutsche Kohlekommission, in der Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft ein sozial abgefedertes Ausstiegsszenario vereinbart haben.

Migration: Die Asyl- und Flüchtlingspolitik krankt an innerer Widersprüchlichkeit zwischen moralischem und rechtlichem Anspruch und einer erbarmungslosen Politik der Abschreckung und Zurückweisung. Viele Städte haben sich für eine humane Alternative entschieden. 140 haben sich zum Beispiel zur „Seebrücke“ zusammengeschlossen. Sie haben erkannt, dass eine kluge Aufnahmepolitik den wohlverstandenen eigenen Interessen an wirtschaftlicher Entwicklung und kultureller Bereicherung dient.

buch | votum

Globalisierung und wachsende Ungleichheit haben die Legitimität der nationalen Demokratie untergraben. Gesine Schwan plädiert für neue Formen der Partizipation, die Grenzen überschreitet und lokale Potenziale nutzt. Interessenkonflikte sollen offen ausgetragen und Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit in Bürgerräten rational entwickelt und begründet werden. Damit liefert sie Ansätze für eine Politik gegen populistische Verkürzungen und marktliberale Ausblendung sozialer Ungleichheiten.

Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Von Lea Elsässer.



Kernaussagen

Das Gleichheitsversprechen moderner Demokratien geht vom Prinzip aus, dass jede in einer Wahl abgegebene Stimme stets gleich viel wert ist. Tatsächlich ist das Wahlniveau oft niedrig und über die Jahre hinweg in vielen Ländern gesunken. In der öffentlichen Diskussion wird daher mitunter der Eindruck artikuliert, dass von gewählten Regierungen getroffene Entscheidungen nicht mehr viel mit den politischen Vorstellungen vieler Wähler_innen zu tun haben. Zudem lässt sich feststellen, dass in höheren Einkommensgruppen meist auch eine höhere Wahlbeteiligung besteht.

Von **Lea Elsässer**, erschienen 2018 im **Campus-Verlag, Frankfurt**. **Kurzgefasst und eingeordnet von Thilo Scholle***.

buch | essenz

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Die Idee der völligen Wirkungsgleichheit aller abgegebenen Stimmen ist eine Idealvorstellung. Real sind modern-kapitalistische Gesellschaften von Interessengegensätzen und Widersprüchen durchzogen, hinter denen mitunter auch ökonomische Interessen stehen. Finanzielle Stärke macht es oft auch einfacher, in politischen Debatten wirkmächtig zu werden. Für politische Bewegungen in der Tradition der Arbeiterbewegung, die ohne große eigene ökonomische Macht daherkommen, ist vor diesem Hintergrund eine möglichst breite Mobilisierung in öffentlichen Debatten wie auch an der Wahlurne besonders wichtig.

Umso dramatischer erscheint der von Lea Elsässer herausgearbeitete Befund, dass im deutschen Kontext keine der Parteien, die in den vergangenen zwanzig Jahren an der Bundesregierung beteiligt waren, als politischer Repräsentant der Interessen unterer Einkommenschichten wahrgenommen wurde.

buch | autorin

Lea Elsässer studierte zunächst International Economics and European Studies in Tübingen und Lissabon und schloss ihr Studium mit einem Master in Economics im Jahr 2013 an der Universität Köln ab. Seit 2011 war sie zunächst studentische und dann wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln und anschließend Promotionsstipendiatin der Studienstiftung des Deutschen Volkes. Seit 2017 ist sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen. Ihre bisherigen Publikationen befassen sich insbesondere mit Fragen des Verhältnisses zwischen sozialer Lage und politischer Repräsentation. Mit dem vorliegenden Buch wurde sie im Jahr 2017 an der Universität Osnabrück promoviert.

*Thilo Scholle ist Jurist und arbeitet als Referent in der Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft des Bundesministerium für Arbeit und Soziales.



buch | inhalt

Der Band gliedert sich in acht Kapitel. Ausgehend von einigen theoretischen Vorüberlegungen entwickeln sie den Leitgedanken zum Zusammenhang von

Responsivität und Demokratie und eine ausführliche Erläuterung der verwendeten Methodik und Datenbasis bis hin zu einer Vorstellung der zentralen Befunde und ihrer politisch-analytischen Einordnung.

Kapitel 1: Einleitung

Das Gleichheitsprinzip ist ein grundlegendes Prinzip der Demokratie. Es verlangt, dass die Anliegen aller Mitglieder der politischen Gemeinschaft die gleichen Chancen haben, im politischen Prozess berücksichtigt zu werden – ungeachtet möglicher Unterschiede zwischen ihnen.

„Libérale Demokratien sind deshalb einer ständigen Spannung ausgesetzt, denn sie produzieren aufgrund ihrer kapitalistischen Verfasstheit notwendigerweise sozio-ökonomische Ungleichheiten, die aber nicht dazu führen dürfen, dass politische Einflusschancen an ökonomische Ressourcen gebunden sind. So besteht immer die Gefahr, dass durch ungleich verteilte Ressourcen eine Kumulation von Einkommen und Vermögen möglich wird, welche die demokratische Entscheidungsfindung in der politischen Sphäre verzerrt und damit die Legitimität der Demokratie untergräbt.“

Dabei wirkt sich soziale Ungleichheit nicht nur auf die Beteiligung an Wahlen

aus, sondern betrifft auch andere Beteiligungsformen wie etwa die Teilnahme an Demonstrationen und die Aufnahme von direktem Kontakt zu Politiker_innen. Dies gilt auch für die Beteiligung in politischen Parteien, die sozial immer homogener werden. Arbeiter_innen sind dort stark unterrepräsentiert, während Menschen aus oberen Einkommensgruppen, Akademiker_innen sowie Beamt_innen einen Großteil der Parteimitglieder stellen. Dies überträgt sich auch auf die Zusammensetzung der Parlamente, in denen der ohnehin schon geringe Anteil von Abgeordneten aus der Arbeiterklasse in den zurückliegenden Jahren noch weiter abgenommen hat.

Im weiteren Verlauf des Bandes wird zunächst die Frage betrachtet, ob die politischen Entscheidungen des Deutschen Bundestages zugunsten oberer sozialer Klassen verzerrt sind. Grundlage für die Erhebung der Präferenzen oberer und unterer Klassen ist eine speziell für diese Studie entwickelte Datenbank, die mehr als 700 Sachfragen mit Vorschlägen zu konkreten Politikänderungen enthält. Den Untersuchungszeitraum bilden die Jahre 1980 bis 2013.

Erkennbar wird, dass über alle Jahre eine soziale Schieflage besteht – und zwar in konkreten Politikentscheidungen sowie in allen unterschiedlichen politischen Koalitionen, die in dieser Zeitspanne mit der Regierungsverantwortung betrauten waren. Beobachten lässt sich zudem, dass sich politische und soziale Ungleichheit wechselseitig verstärken.

Kapitel 2: Theoretische Überlegungen zu Responsivität und Demokratie

Im Sinne der vorliegenden Untersuchung bedeutet das Konzept der Responsivität, „dass die Wünsche und Anliegen der Bevölkerung von den Regierenden in ihren Entscheidungen berücksichtigt werden und somit eine Rückkoppelung politischer Entscheidungen an den Bevölkerungswillen besteht.“ Nicht deckungsgleich sind dabei die Begriffe der „Repräsentation“ und der „Responsivität“. Neben der „Rückkoppelung an den Bevölkerungswillen“ enthält das Konzept der „Repräsentation“ auch ein Element des Handlungsspielraums und damit der Möglichkeit aktiver und autonomer Handlungen der Entscheidungsträger.

„Politische Repräsentation findet demnach in einem Spannungsfeld zwischen Responsivität und autonomem Handlungsspielraum statt.“

Dies gilt umso mehr, als dass es gerade nicht den einen homogenen Bevölkerungswillen gibt. Eine solche Klarstellung darf allerdings nicht zu elitären Konzepten einer vermeintlich ignoranten Bevölkerung führen, die zur Formulierung präziser politischer Positionen nicht fähig ist. Empirisch lassen sich weder Anknüpfungspunkte dafür finden, dass die politischen Präferenzen unterer sozialer Klassen irrational seien, noch dafür, dass politische Eliten verantwortungsbewusste oder gemeinwohlfördernde Entscheidun-

gen auch dann treffen, wenn keine Rückkoppelung zu unteren Bevölkerungsschichten besteht.

Kapitel 3: Empirische Responsivitätsforschung – Befunde und Diskussionen

Die bereits bestehende Forschung bestätigt die Ausgangsthese der vorliegenden Arbeit. Unterschiede zwischen den existierenden Arbeiten bestehen vor allem darin, wie sie das Konzept der politischen Responsivität empirisch operationalisieren. Einige Studien konzentrieren sich auf die Kongruenz von politischen Einstellungen und politischen Positionen, lassen konkrete politische Entscheidungen aber außer Acht. Andere Studien untersuchen den Zusammenhang zwischen Präferenzen und „policy outcomes“, etwa der Höhe der Sozialausgaben oder der Verbreitung sozialer Ungleichheit innerhalb eines Staates.

Als dritte Gruppe empirischer Arbeiten lässt sich ein Ansatz erkennen, der untersucht, „in welcher Hinsicht die Handlungen beziehungsweise Entscheidungen der Regierenden mit den Einstellungen und Interessen der Bevölkerung übereinstimmt“. Politische Entscheidungen können in diesem Sinne sowohl Gesetze und parlamentarische Abstimmungen, aber auch Regierungsbeschlüsse sein. Einen vergleichbaren Grundansatz entwickelt auch die vorliegende Arbeit. Anhand einer Vielzahl konkreter politischer Reformvorschläge wird untersucht, ob die politischen Entscheidungen des Bundestages stärker

die Präferenzen oberer sozialer Klassen widerspiegeln als die unterer sozialer Klassen. Damit leistet die Arbeit zudem einen Beitrag zur ebenfalls aktuell vielfältig diskutierten Frage, ob gesellschaftliche Konfliktlinien in der gegenwärtigen Demokratie noch entlang sozialer Klassen verlaufen. Besonders im Fokus stehen dabei Fragen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Kapitel 4: Daten und Methode

Als Basis der weiteren Analyse dient die speziell für die vorliegende Arbeit entwickelte Datenbank „Responsiveness and Public Opinion in Germany“, die auf den Umfragedaten der beiden regelmäßigen Erhebungen Politbarometer und DeutschlandTrend basiert. Dabei wurde für verschiedene soziale Gruppen der Anteil der Zustimmung für die einzelnen Fragen berechnet. Ergänzt wird die Datenbank um weitere Analysepunkte, etwa ob die vorgeschlagene Politikänderung tatsächlich umgesetzt wurde, welchem Politikfeld die Frage zuzuordnen ist und welche Koalition im fraglichen Zeitpunkt im Bundestag eine Mehrheit besaß. Insgesamt wurden 1.233 Sachfragen in die Datenbank aufgenommen, von denen 863 Fragen so gestellt wurden, dass sie die hier besonders interessierende Zustimmung nach möglichen Politikänderungen erfragen. Für das Forschungsdesign besonders wichtig sind daher Fragen wie etwa die im Jahr 2011 im DeutschlandTrend gestellte Frage:

„Derzeit wird über die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in

Deutschland diskutiert. Sind Sie für die Einführung eines solchen Mindestlohns oder dagegen?“

Die Schichtung nach der sozialen Lage der befragten Personen wurde nicht nach Einkommen, sondern durch die Einteilung in sechs Berufsgruppen vorgenommen: ungelernete Arbeiter_innen, Facharbeiter_innen, einfache Angestellte, höhere Angestellte, Beamte_innen und Selbstständige. Nicht erfasst lässt sich so die Gruppe der ökonomischen Elite, die in solchen Umfragen kaum abbildbar ist.

Kapitel 5: Gesellschaftliche Konfliktlinien und ihre Bedeutung

Zunächst ist festzustellen, dass sich Ansichten und Forderungen an staatliche Politik unterscheiden:

„Dieser Arbeit liegt die Prämisse zugrunde, dass wichtige gesellschaftliche Konfliktlinien entlang sozialer Klassen verlaufen, da untersucht wird, ob politische Entscheidungen zugunsten privilegierter sozialer Klassen verzerrt sind.“

Für die Einordnung der Konfliktlinien werden zwei Konfliktachsen entwickelt: Die Achse Staat-Markt sowie die Achse Universalismus-Partikularismus. Im Konfliktfeld Staat-Markt bevorzugen höhere Berufsgruppen in der Tendenz eher Marktmechanismen zur Allokation von Ressourcen, während untere Berufsgruppen

sich tendenziell eher für einen ausgebauten Sozialstaat und eine stärkere Regulierung der Wirtschaft aussprechen.

Im Bereich Universalismus-Partikularismus werden vor allem Fragen aus den Bereichen Migrations-, Umwelt- und Gesellschaftspolitik zusammengefasst. Dabei lassen sich zwar tendenziell konservativere Einstellungen bei unteren sozialen Gruppen feststellen, die Unterschiede bei sozioökonomischen Themen sind allerdings wesentlich eindeutiger als bei gesellschaftspolitischen Fragen.

Kapitel 6: Die soziale Schiefelage politischer Repräsentation in Deutschland

Die soziale Schiefelage politischer Repräsentation lässt sich an verschiedenen Kennziffern festmachen. Stimmen etwa 20 Prozent der Selbstständigen einer Politikänderung zu, so liegt die Wahrscheinlichkeit ihrer Umsetzung bei ungefähr 40 Prozent. Stimmen 80 Prozent der Selbstständigen einer Politikänderung zu, so steigen die Chancen auf Umsetzung auf über 60 Prozent. Im Bereich der ungelernten Arbeiter_innen spielt es demgegenüber keine Rolle für die Chancen der politischen Umsetzung, ob 20 oder gar 80 Prozent dieser Gruppe einer Politikänderung zustimmen.

„Im gesamten Untersuchungszeitraum gab es keine einzige größere Reform, die nur von den unteren, aber nicht von den oberen sozialen Klassen gewollt war. Von Arbeiter-

innen und Arbeitern oder einfachen Angestellten befürwortete Ausweitungsmaßnahmen wurden nur dann umgesetzt, wenn auch die oberen Berufsgruppen sich dafür aussprachen. Dagegen wurden zahlreiche Reformen mit der Unterstützung von Selbstständigen und Beamten, aber gegen den Willen der unteren Berufsgruppen umgesetzt.“

Diese selektive Responsivität der politischen Entscheidungsträger in Fragen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik lässt sich als Trend in den meisten europäischen Wohlfahrtsstaaten beobachten: Er hat zu einer Ausrichtung der staatlichen Leistungen auf eine Aktivierung der Leistungsempfänger_innen beigetragen.

Dies betrifft auch die Politikentwicklung sozialdemokratischer Parteien, deren zunehmend der Mittelschicht entstammende Anhängerschaft eine solche Tendenz befürwortet.

Kapitel 7: Ungleiche politische Repräsentation in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Die selektive soziale Responsivität ist dabei nicht gleichzusetzen mit einem Desinteresse oder der völligen Abkehr von Sozialpolitik. So werden sozialinvestive Maßnahmen etwa zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur von Beamt_innen und Selbstständigen, son-

dern auch von Arbeiter_innen und einfachen Angestellten nachgefragt. Insgesamt lässt sich ein Trend zu einem sozialstaatlichen Umbau erkennen, der weniger auf absichernde Sozialpolitik, sondern mehr auf Aktivierung setzt, mitunter auch zwangsweise. Mit Blick auf die SPD lässt sich zeigen, dass insbesondere die „traditionelle Stammwählerschaft“ der Partei Reformen wie etwa die Hartz-IV-Gesetze abgelehnt habe. Die mit dem Bevölkerungswillen am wenigsten in Einklang stehende Reform war die Anhebung der Altersgrenze für die gesetzliche Rente auf 67 Jahre durch die Große Koalition im Jahr 2007. Als responsiv gegenüber den oberen sozialen Klassen wird hier die Zustimmung mindestens der Selbstständigen oder der Beamt_innen sowie die Gegenmeinung mindestens der ungelernten und die Facharbeiter_innen gewertet. Die einzige Politikänderung aus dem Bereich der Sozialpolitik, die klassenübergreifende Zustimmung fand, ist die Verschärfung der Anreize zur Arbeitsaufnahme.

Kapitel 8: Schlussfolgerungen und Ausblick

Vor allem die frühere Traditionsklientel der Sozialdemokratie erlebt ein Repräsentationsdefizit.

„Demnach wenden sich mehr Menschen von der Politik ab, weil ihre Anliegen nicht beachtet werden, was wiederum die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in ihrer

selektiven Responsivität bestärkt, da sie von potentiellen Nichtwählerinnen und Nichtwählern auch nicht mehr politisch sanktioniert werden.“

buch | votum

Lea Elsässer ist ein hochinteressantes und in der Gedankenführung klar strukturiertes Buch gelungen. Mit der Frage, welche sozialen Interessen politische Entscheidungen tatsächlich beeinflussen, bearbeitet sie eines der zentralen Themen einer Demokratie, die von der Idee der gemeinsamen Entscheidung von Freien und Gleichen getragen wird. Aus Sicht der Sozialen Demokratie lassen sich hier zudem für die weitere Diskussion Anleihen bei Debatten finden, die die Arbeiterbewegung von Anbeginn an begleiten, insbesondere zur Frage, welche strukturellen Entscheidungen zur Einschränkung ökonomischer Macht nötig sein könnten, um der Bevölkerungsmehrheit bei einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht wirklich zum Durchbruch zu verhelfen.

Mit Blick auf konkrete Handlungsempfehlungen in Richtung einer stärkeren Beteiligung unterer sozialer Schichten ist zunächst der von der Autorin überzeugend herausgearbeitete Umkehrschluss zu betonen: Eine fehlende Berücksichtigung der Interessen bestimmter sozialer Gruppen und eine geringe Beteiligung an politischen Prozessen verstärken sich gegenseitig. Durchaus komplex ist daher die vor diesem Hintergrund zu beantwor-

tende strategisch-inhaltliche Kernfrage, um welche politischen Projekte sich Allianzen für eine Politik der Sozialen Demokratie zwischen zumindest mittleren und unteren sozialen Gruppen bilden lassen. Hinzu kommt, dass die hier untersuchten Gruppen sich zwar jeweils mehrheitlich bestimmten Positionen zuordnen lassen, zugleich aber keineswegs völlig homogen sind.

Für die weitere Debatte um Mehrheiten für eine Politik der Sozialen Demokratie bietet Lea Elsässers Band einen wichtigen Impuls.

Furcht und Freiheit. Für einen anderen Liberalismus. Von Jan-Werner Müller.



Kernaussagen

Die liberale Demokratie steht unter dem Druck eines Rechtspopulismus, der zwar von Demokratie spricht, aber demokratische Rechte aktiv bekämpft. Bisher konnte der Liberalismus dem nur wenig entgegensetzen.

Ziel des Essays von Müller ist daher die Formulierung eines neuen *Liberalismus von unten*, der alle Menschen anspricht. Dies wird durch einen *Liberalismus der Furcht* gewährleistet, der nach den Erfahrungen von Furcht und Unterdrückung von allen Menschen fragt und danach strebt, diese zu überwinden.

Von Jan-Werner Müller, erschienen 2019 im Suhrkamp Verlag, Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von Carsten Schwäbe*.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Die Sozialdemokratie gehört zu den liberalen Bewegungen und wird bedroht von Populismus. Sie braucht eine neue Strategie, um mit Populismus und der Vielzahl an berechtigten Ohnmachtserfahrungen der Menschen umzugehen. Menschen mit unterschiedlichen materiellen und identitären Sorgen in eine Bewegung zusammenzubringen und gemeinsam politisch gegen Furcht jeder Art vorzugehen, könnte eine neue Zukunftserzählung für die Sozialdemokratie werden.



buch | autor

Jan-Werner Müller lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Princeton University, US-Bundesstaat New Jersey. Er beschäftigt sich mit dem Aufstieg des Populismus in der Welt, um neue Perspektiven für Demokratie und Freiheit zu entwickeln.

buch | inhalt

Bis heute vertreten viele die These, dass mit dem Ende des Kalten Krieges der Liberalismus endgültig gesiegt habe. Demokratie und globalisierte freie Märkte sollten Wohlstand und Frieden der Welt bringen. Sich selbst hinterfragen, das tat der Liberalismus nur noch wenig. In der Zeit des Kalten Krieges agierten Liberale nach außen kämpferisch gegenüber einem menschenverachtenden Kommunismus, aber nach innen standen sie der Kritik von links und einer sozialdemokratischen Politik offen gegenüber. Innenpolitisch blieben die Liberalen nun skeptisch gegenüber dem Staat; sei es gegenüber Besteuerung und Sozialhilfe oder auch gegenüber der Demokratie und zu viel Macht für die Bevölkerung (S. 31-33).

„Aus einer Demokratie der Bürger, die einen Anspruch auf Teilhabe an der kollektiven Selbstbestimmung haben, wurde eine Demokratie der souveränen Konsumenten, die mit ihrem Geldbeutel abstimmen.“ (S. 34)

* Carsten Schwäbe hat Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft studiert und arbeitet als Wissenschaftler im Bereich der Innovationsforschung an der Freien Universität Berlin.

Liberalisierung von Markt und Wettbewerb wurden zu einem alternativen Imperativ, dem sich sogar sozialdemokratische Parteien anschlossen. Berechtigte Kritik gegenüber übermächtigen Finanzmärkten wurde in Debatten nicht mehr akzeptiert. Stattdessen entstand eine ganze Bürokratie, die in Universitäten oder im Gesundheitssystem Wettbewerb stimulieren sollte. In Deutschland oder Großbritannien wurden Behörden für die Kontrolle und Sanktionierung allerlei trivialer Vergehen von Sozialhilfeempfänger_innen geschaffen. Diese von vielen als neoliberal beschriebene Entwicklung soll genuin politische Verteilungsfragen entpolitisieren, sodass man die am Ende getroffenen Entscheidungen dieser Bürokratien nicht mehr hinterfragt und als alternativlos anerkennt. Spätestens durch die Finanzkrise wurden die Grenzen dieses Verständnisses von Freiheit und Liberalismus offensichtlich. (S. 39)

Populistische und grundlegende Kritik am Liberalismus

Populist_innen kritisieren Regierungen nicht einfach nur, sondern bezeichnen die eigene Position als einzig wahre. Durch diesen Alleinvertretungsanspruch werden andere Parteien und Positionen als illegitim abgelehnt. Diesen Antipluralismus kleiden Populist_innen zwar in die Idee einer „Vereinigung des Volkes“, üben ihn aber aktiv in einem Kulturkampf gegen die „Feinde des Volkes“ aus.

Liberaler reagierten auf diesen Antipluralismus mit einer eigenen Strategie des Ausschlusses populistischer Akteur_innen

und scheiterten damit doppelt. Zum einen unterstützte man so die These, dass die Eliten sich nicht um die Belange der Bürger_innen kümmern wollen. Zum anderen verweigerte man den Wähler_innen des Populismus die Repräsentation. Wenn man aber die Debatte mit Populist_innen meidet, kommt man auch nicht über möglicherweise berechtigte Anliegen ins Gespräch. Hillary Clinton bezeichnete zum Beispiel Trump-Wähler_innen als erbärmlich und unrettbar. Sie negierte so die Möglichkeit, dass auch diese Bürger_innen ihre Meinung wieder ändern könnten und tappte in die Falle der Populist_innen: Sie verhielt sich symmetrisch, indem sie sie ebenso delegitimierte und ausschloss, wie es Trump gegenüber den Liberalen tat.

Auf diese Weise konnten Populist_innen liberale Eliten, Globalisten und Kosmopoliten als Feindbild gegenüber der Nation etablieren. Sie stilisierten einen Kulturkampf, den nicht nur Rechte, sondern auch Liberale in widersprüchlichen Verallgemeinerungen beschrieben: Darin stehen die kosmopolitischen „anywheres“, die höher gebildet, mobiler und reicher sind, den kommunitaristischen „somewheres“ gegenüber. Die „somewheres“ sind in ihrer Heimat verwurzelt, denken eher nationalistisch und neigen deswegen eher zu Trump oder dem Brexit.

„Eliten darf, ja muss man oft kritisieren. Dabei aber immer gleich das Internationale (oder gar eine philosophische Position wie Kosmopolitismus) mit hineinzunehmen, ist ein

Taschenspielertrick. Denn dadurch werden das Nationale und der Nationalstaat automatisch zur einzigen Hoffnung für das einfache Volk, die Unterdrückten etc. stilisiert; die Möglichkeit, dass nationale Eliten (und vermeintliche Alleinvertreter des Volkes wie [...] Viktor Orbán) vielleicht auch auf Kosten der Unterschichten profitieren, verschwindet unbemerkt aus dem politischen Blickfeld.“ (S. 47)

Populist_innen und professionelle Populismusversther_innen zeichnen gemeinsam ein einfaches, ahistorisches Feindbild liberaler Eliten, die als globale Klasse auf verwurzelte Mitbürger_innen herabblicken würden. Zwar gibt es durchaus Formen von kultureller Arroganz gegenüber traditionsbewussten weniger akademisch gebildeten Menschen. Aber Liberale sollten nicht zu leichtfertig darin den Kernkonflikt zwischen Liberalen und Populist_innen identifizieren. Denn damit erkennen sie die wirklichen und berechtigten Interessen von Wähler_innen des Populismus nicht.

„Anscheinend ist es einfacher zu akzeptieren, dass die Leute Trump gewählt haben, weil die Liberalen nicht nett zu ihnen waren, als sich Gedanken darüber zu machen, ob an dem Eindruck, die Demokratien seien zu eng mit Wall-Street-Oligarchen verbandelt, empi-

risch vielleicht doch etwas dran ist.“ (S. 59)

Eine andere Strategie der Bekämpfung des Populismus ist die Imitation. Einige Liberale glaubten, dass Populist_innen eine Repräsentationslücke in der politischen Debatte füllten. Deswegen fingen vermeintliche Mainstream-Akteure selbst an, rechtspopulistische Positionen zu übernehmen und damit Vorurteile gegenüber Minderheiten zu etablieren, was man zuvor als extremistische Hetze verstand.

„Der, man kann es nicht anders nennen, Opportunismus des Mainstreams führt häufig dazu, dass sich das politische Spektrum insgesamt langsam, aber sicher verschiebt.“ (S. 54)

Darüber hinaus offenbart die Idee einer Repräsentationslücke ein problematisches Bild demokratischer Repräsentation, die lediglich schon immer vorhandene Interessen und Identitäten reproduziert. Viel plausibler ist ein dynamischer Prozess von Repräsentation: Interessen und Identitäten bilden sich erst durch ein politisches Angebot heraus und sind deshalb auch veränderbar. Die französischen Gelbwesten entstanden eher als Signal gegenüber dem Präsidenten Emmanuel Macron, der sich bei der Anhebung der Spritpreise anscheinend zu wenig Gedanken über die finanziellen Auswirkungen für viele Menschen gemacht hatte. Man fühlte sich übersehen, aber nicht kulturell zurückgesetzt. Oft verstehen die

Menschen ihre Erfahrungen eben nicht so, wie es Populist_innen mittels eines kulturellen Konflikts suggerieren.

Entscheidend ist, wie Liberale mit den berechtigten Interessen der Menschen umgehen. Angesichts der Lügen von Donald Trump und anderen Populist_innen verfielen Liberale allzu oft in eine technokratische Haltung, in der sie glaubten, Wahrheit und Rationalität gepachtet zu haben. Die Begründung von Alternativlosigkeit, die die Politik im Rahmen der Eurokrise oder der Hartz-Gesetze begleitete, schaffte eine Demokratie ohne Wahlmöglichkeiten. Je mehr dabei Populist_innen reüssierten, desto mehr zweifelten Liberale an der Rationalität der Menschen und delegierten Politik noch stärker an technokratische Institutionen und Gerichte. Dabei haben Technokratie und Populismus eines gemeinsam: Sie sind antipluralistisch und entpolitisieren den demokratischen Diskurs.

Liberalismus der Furcht als Alternative: Hört zu und geht die Ängste der Menschen an.

Drei Stränge liberalen Denkens können unterschieden werden. Der *Liberalismus der Selbstvervollkommnung* stellt die freie Selbstentfaltung des Einzelnen in den Vordergrund. Die Schaffung von Märkten zur Überwindung absolutistischer Herrschaft und Feudalismus stellt dabei den Ausgangspunkt dar: Individuen sollen in ihren Lebensentwürfen experimentieren dürfen, aber auch durch gesellschaftliche Hilfe darin befähigt und großzügig toleriert werden. Demgegen-

über setzt der *Liberalismus der Rechte* auf die Abwehr von Einflüssen von außen, die Freiheit beschneiden; ob durch andere oder durch den Staat. Dafür wurden bürgerliche Institutionen wie Rechtsstaat, Freiheitsrechte oder Privateigentum geschaffen, von denen jedoch eher Besitzende und Gebildete profitieren.

Beide Liberalismen haben unterschiedliche Definitionen eines guten Lebens: Wer Selbstvervollkommnung betont, wertet die ab, die sich nicht ständig weiterentwickeln möchten. Ein *Liberalismus der Rechte* berücksichtigt die Gleichwertigkeit aller Lebensentwürfe, aber geht nur unzureichend darauf ein, wie Menschen dazu befähigt werden können. Hierbei zeigt sich, dass sich Liberalismus in der Praxis besonders gut durch liberale Ideen kritisieren lässt, weswegen ein anderes Freiheitsverständnis zur Lösung populistischer Probleme vorgestellt wird. Judith Shklar formulierte einen *Liberalismus der Furcht*, der Freiheit als Überwindung von individuellen Ängsten verstand.

„Shklar schrieb, Liberalismus habe eigentlich nur eine mögliche (und akzeptable) Bedeutung: »Jeder erwachsene Mensch sollte in der Lage sein, ohne Furcht und ohne sich bei anderen anbieten zu müssen, so viele Entscheidungen über so viele Aspekte seines Lebens zu fällen, wie es mit der gleichen Freiheit eines jeden anderen erwachsenen Menschen vereinbar ist.“ (S. 87)

Anstatt die liberale Gesellschaft allgemeingültig in Konstrukten wie dem Rechtsstaat zu formulieren, müsse man zunächst die konkreten gelebten Ungerechtigkeiten verstehen, sowohl die Erniedrigungen im Alltag als auch die großen Verbrechen totalitärer Regime. Furcht kann dabei sowohl vom Staat als auch von anderen Individuen ausgehen. Indem man Opfern zuhört, versteht man das Böse in Form menschlicher Grausamkeit. Für Shklar sind wiederum genau diese Formen von Furcht aber oft auch der Grund, warum Menschen grausam werden. Zu fürchten ist daher vor allem eine Gesellschaft furchtsamer Menschen, denn in ihr entstehen Grausamkeiten. Diese beschreibt sie in der für sie wichtigsten Unterscheidung in einer Gesellschaft: zwischen den Schwachen und den Mächtigen. Nur eine weite Streuung von Macht kann große Grausamkeiten verhindern. Ihr Liberalismus steht jeder Form der Konzentration von Macht skeptisch gegenüber.

Anknüpfungspunkte von Shklars Freiheitsverständnis in der Gegenwart gibt es viele. Black Lives Matter oder #MeToo möchten die Erfahrung einer besonderen Verwundbarkeit einer Gruppe ins Bewusstsein der Gesellschaft bringen. Wer Schutz vor Belästigung durch Männer oder vor Polizeigewalt einfordert, fordert selbstverständliche Grundrechte ein. Wer sie als „penetrante Minderheiten“ darzustellen versucht, verkennt die fortgesetzte strukturelle Verletzlichkeit dieser Gruppen, die sich lediglich mehr als früher Gehör verschaffen können.

Furcht ist ein Anhaltspunkt, aber noch kein Argument. Zuhören stärkt die Sensibilität für subtile Formen von Diskriminierung. Damit wird genau die soziale Distanz verringert, die aus Shklar Grausamkeiten in Gesellschaften erleichtert. Um Verursacher_innen und Verantwortliche von Furcht zu identifizieren, braucht es nach der Empathie aber wieder eine größere Distanz, um durch eine empirisch-kausale Perspektive Furcht wirklich zu verstehen und politisch zu diskutieren. (S. 97)

Liberale der Furcht möchten dabei nicht einfach nur ihr Gewissen erleichtern, aber dem Geldbeutel nicht wehtun. Vielmehr adressieren sie die Verlierer des Liberalismus direkt und trösten sie mit dem Zuspruch von Mut, sich individuell aus strukturell bedingter Diskriminierung und sozialer Benachteiligung zu befreien.

„Die Antwort auf Furcht ist nicht Mut, sondern gesicherte Freiheit; die Antwort darauf, dass Menschen ausgeschlossen sind, ist nicht Inklusion durch Fortschritt, sondern Inklusion durch Inklusion. Daraus folgt schließlich auch:

Die Antwort auf die Defizite des Liberalismus ist die Demokratie. Erfahrungen von Furcht aufgrund von Abhängigkeit müssen Gegenstand einer demokratischen Diskussion werden.“ (S. 101-102)

Liberalismus der Furcht als politische Orientierungshilfe gegen Populismus

Im Umgang mit Populismus rät der *Liberalismus der Furcht* dazu, genau darauf zu achten, welche Positionen legitim sind und welche populistisch, undemokratisch und menschenfeindlich. Wer sein Handeln an religiösen Geboten, einem traditionellen Familienbild oder einer strikten Einwanderungspolitik ausrichtet, ist nicht automatisch eine Bedrohung für die liberale Demokratie. Kritik am Rechtspopulismus sollte sich gegen die Tendenz richten, Menschen aus der Gesellschaft auszuschließen. Menschen aufgrund von bestimmten Eigenschaften und Lebensvorstellungen auszuschließen widerspricht der Demokratie als Projekt von Menschen, sich als frei und gleich anzuerkennen.

Ebenso muss der Gegensatz zwischen kulturellen und materiellen Konflikten als konstruiert angesehen werden. Wenn Identitätspolitik auf Grausamkeit durch Polizeigewalt oder Belästigung durch Männer aufmerksam macht, ist das genauso berechtigt und wichtig wie die Verteilungsfrage. Zumal die Arbeiterbewegung aufzeigt, dass erfolgreiche Kämpfe für Gerechtigkeit immer auch Identitätspolitik bedienen, denn sie war mehr als nur eine „Lohnarbeiter-Lobby“, nämlich ein Kulturprojekt zur Schaffung anderer, solidarischer Lebensformen.

Ebenso wenig hilft es, die Mitte zum Leitbild zu erheben, denn dann ist man von der Positionierung anderer abhängig. Eigene Überzeugungen und praktische Ideen

hinterfragen zu können oder politische Antworten möglichst moderat zu formulieren, ist aber kein Ersatz für ein politisches Programm oder die Fähigkeit, Opfern zu zuhören und Furcht zu verstehen.

Schließlich darf dem Rechtspopulismus der Begriff der Demokratie nicht kampflos überlassen werden. Wenn Viktor Orbán die illiberale Demokratie preist, negiert er, dass Demokratie Debatten über Furcht und eine faire Ausgestaltung von Rechten schafft. Diese Grundrechte sind wiederum Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie und müssen auch vor der Willkür demokratisch gewählter Regierungen geschützt werden.

„Ohne Demokratie bleibt man Mächtigen ausgeliefert, die vielleicht gelegentlich gönnerhaft rechtsstaatliche Garantien gewähren, diese aber jederzeit zurücknehmen können, wenn es ihnen Vorteile schafft.“ (S. 148)

buch | votum

Liberalismus ist vielfältig und umfasst eine Vielzahl politischer Vorstellungen. Deswegen sind Müllers Überlegungen nicht nur für klassische Liberale, sondern auch für die Sozialdemokratie als Freiheitsbewegung wichtig. Seine Kritikpunkte der Entpolitisierung und des falschen Umgangs mit Populismus treffen auch die SPD, die sich bei der Verschärfung von Asylgesetzen von der AfD hat treiben lassen.

Der von Sigmar Gabriel angestoßenen Debatte über weniger Identitätspolitik zugunsten von mehr Verteilungsfragen würde Müller eine klare Absage erteilen. Diese Gerechtigkeitsfragen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Mit dem *Liberalismus der Furcht* bietet Müller viele Anknüpfungspunkte für eine neue sozialdemokratische Erzählung. Es gibt viele Formen von erfahrener Furcht und Machtlosigkeit. Dazu zählen soziale Benachteiligung, die Diskriminierung von Geschlechtern, Herkunft und der sexuellen Orientierung, Fluchterfahrungen oder auch der Verlust des Arbeitsplatzes durch technologischen Fortschritt oder ökologische Transformationen. Das Verstehen von unterschiedlichen Arten von Furcht und die Formulierung eines Programms, das sie gemeinsam angeht und nicht ausspielt, das ist ein „donnerndes Sowohl-als-auch“ für die Sozialdemokratie. Anknüpfungspunkte gibt es, wie Müller selbst andeutet, sogar zum demokratischen Sozialismus des SPD-Vordenkers Eduard Bernstein. Bernstein begriff Demokratie als die Überwindung von Klassenherrschaft, also die Überwindung der Unterscheidung von Mächtigen und Schwachen, wie Shklar sich ausdrückt.

Müllers Buch zeichnet sich durch eine Verknüpfung vieler unterschiedlicher Perspektiven aus, die manchmal zu einer etwas unübersichtlichen Textstruktur führt. Dem Autor gelingt es, die Komplexität der aktuellen Debatte zu Freiheit, Demokratie und Populismus darzustellen und trotzdem eine verständliche Sprache zu verwenden.

Das Buch bietet spannende Gedanken für Kenner_innen der politischen Philosophie, aber auch einen verständlichen Einblick für Neueinsteiger_innen in das Thema.

Die demokratische Regression. Von Armin Schäfer und Michael Zürn.

Kernaussagen

Niedrige Wahlbeteiligung, Vertrauensverlust politischer Institutionen, Aufstieg populistischer Parteien und Bewegungen: Die Krisensymptome sind in den westlichen Demokratien ähnlich. Armin Schäfer und Michael Zürn verdichten ihre Analyse des aktuell zu beobachtenden Verlustes an „Qualität der Demokratie“ unter dem Begriff der „demokratischen Regression“.

Zu beobachten ist die Tendenz einer „doppelten Entfremdung“ in der Bevölkerung: zum einen die abstrakte Entfremdung der tatsächlichen politischen Prozesse vom demokratischen Ideal; zum anderen eine konkrete Entfremdung von Teilen der Bevölkerung von den demokratischen Institutionen. Entgegengetreten werden kann dieser Entwicklung durch die Schaffung von mehr demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten und die stärkere Rückbindung von öffentlichen Entscheidungen und Institutionen an demokratische Willensbildung.



Von Armin Schäfer und Michael Zürn, erschienen 2021 im Suhrkamp Verlag, Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von Thilo Scholle*.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politische Durchsetzungsfähigkeit demokratischen Handelns ist eine der zentralen Voraussetzungen für gesellschaftliche Gestaltung im Sinne der Sozialen Demokratie.

Populistische Politikstile und populistische Parteien sind für etablierte politische Parteien und politisch-institutionelle Verfahrensweisen eine Herausforderung. Dies ist in den vergangenen Jahren öffentlich wie auch parteiintern vielfach debattiert worden.

Wichtig ist dabei, keine rein moralische Auseinandersetzung mit populistischer Politik zu führen, sondern die gesellschaftlichen Hintergründe und Ursachen und damit die Erfolgsbedingungen populistischer Politik in den Blick zu nehmen. Der vorliegende Band entwickelt hier eine Reihe wichtiger Einsichten und Denkanstöße – auch wenn der von den Autoren intendierte umfassende theoretisch-analytische Rahmen sicherlich noch weiterer Diskussionen bedarf.

buch | autoren

Der im Jahr 1975 geborene Armin Schäfer studierte Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre sowie Friedens- und Konfliktforschung in Marburg und Kent (GB). Nach Tätigkeiten u.a. als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln ist er seit 2018 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Münster. Zu seinen zentralen Forschungsthemen gehört die Frage, wie sich die soziale Lage und soziale Schichtung auf demokratische Beteiligung auswirkt.

Der im Jahr 1959 geborene Michael Zürn studierte Politikwissenschaft und Germanistik in Tübingen sowie Internationale Beziehungen in Denver (USA). Seit 2004 ist er Direktor der Abteilung „Global Governance“ am Wissenschaftszentrum Berlin sowie Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Veränderungen von Staatlichkeit und die

Die demokratische Regression

Von Armin Schäfer
und Michael Zürn
edition suhrkamp
SV

* Thilo Scholle ist Jurist und arbeitet als Referent in der Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft des Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Entwicklung der internationalen Ordnung.

buch | inhalt

Der globale Kapitalismus hat sich einerseits als sehr leistungsfähig erwiesen: So sind beispielsweise in Asien Hunderte Millionen Menschen der absoluten Armut entkommen. Andererseits stagnierte im globalen Maßstab das Einkommen der ärmsten Menschen bei unter einem Dollar am Tag, während die „Superreichen“ weiter an Vermögen zulegen konnten. Diese Befunde haben auch Auswirkungen auf die Demokratie:

„Die materielle Basis für die Unterstützung der Demokratie weicht auf.“

Die Attraktivität der politischen Systeme Europas, Nordamerikas und Japans nach dem Zweiten Weltkrieg basierte nicht nur auf der „normativen Logik der Freiheit und Selbstbestimmung“, sondern auch auf der empirischen Beobachtung, „dass individuelle Wohlfahrt und die Bereitstellung wichtiger Kollektivgüter langfristig am besten im Rahmen einer liberalen Demokratie erreicht werden“ könnten.

Die demokratische Fortschrittsgeschichte verlief nicht linear, sondern ist geprägt durch politische Kämpfe und Konflikte um die Ausweitung sozialer und demokratischer Rechte. Ein dauerhafter Weg des Fortschritts ist nicht garantiert – wie sich etwa am Aufkommen und an den Auswirkungen des neuen Populismus zeigt. Der

neue Populismus tritt dabei mit dem Anspruch an, die Demokratie retten zu wollen, indem „dem Volk“ wieder eine Stimme gegeben wird. Populismus ist dabei keine „leere Form“, die beliebig mit Inhalten gefüllt werden kann. Bei der aktuellen Ausprägung des Populismus als „autoritärer Populismus“ handelt es sich um eine eigenständige Ideologie, die auf eine unvermittelte Form der Mehrheitsrepräsentation baut und sich nationalistisch gegen vermeintlich liberale kosmopolitische Eliten wendet. Wichtig ist die Vorstellung, dass es einen erkennbaren Volkswillen gibt, der ohne weitere Diskussion repräsentiert werden kann. Andere Ansichten oder die Vorstellung, dass sich politische Meinungen weiterentwickeln und durch die Teilnahme am öffentlichen Diskurs verändern können, sind nicht vorgesehen. Demokratischer Streit ist in diesem Sinne nicht nötig, weil „das Richtige“ bereits feststeht und nur erkannt und vertreten werden muss.

Erklärungsbedürftig mit Blick auf den Populismus ist insbesondere, warum bei schlechter wirtschaftlicher Lage beziehungsweise befürchtetem sozialen Abstieg eine Hinwendung zu populistischen Politikern und nicht etwa zu linken Parteien erfolgt. Sozioökonomische Ansätze allein reichen für eine Erklärung des Phänomens daher nicht aus. Ergänzt werden muss die Erklärung unter anderem um die politische Frage der Repräsentation:

„Wer Populismus erklären möchte, darf die Augen vor den Schwächen der Demokratie nicht verschließen.“

buch | kapitel

Die Vermessung der Demokratie: Zwischen Fortschritts-optimismus und demokratischer Regression

Begrifflich zu klären ist zunächst, was mit „Demokratie“ gemeint ist. Mit Blick auf den demokratischen Prozess lassen sich zwei Prinzipien herausarbeiten: das „Betroffenheitsprinzip“, demzufolge alle von einer Entscheidung betroffenen Personen ein Mitspracherecht bei der Entscheidungsfindung haben sollen; und das „Deliberationsprinzip“, nach dem alle Entscheidungen öffentlich erörtert und durch Argumente gerechtfertigt werden müssen. Eine Hochzeit der Demokratie im Sinne der beiden Prinzipien lag auch im internationalen Kontext in der Entwicklung des „demokratischen Rechts- und Interventionsstaates“ in den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Dieser „eingebettete Liberalismus“ wurde Opfer seines eigenen Erfolgs, indem er eine kontinuierliche Dynamik der Liberalisierung und des beschleunigten technologischen Fortschritts in Gang setzte und damit einen Globalisierungsschub auslöste. In der Folge konnte nationale Politik nicht mehr in allen Bereichen die gewünschten Ergebnisse erzielen. Der Entscheidungsspielraum in Bezug auf nationale Marktinterventionen und Sozialschutzprogramme sank, während die Bedeutung des transnationalen Finanzkapitals stieg. Zugleich gelang es nicht, die demokratischen Prinzipien auf internationaler Ebene zur Geltung zu bringen. Die globale Ordnung verliert „an An-

erkennung und Legitimität, weil die internationalen Institutionen als Instrumente der liberalen Globalisten und der Exekutiven einiger weniger mächtiger Staaten angesehen werden“.

Die Ideologie des Populismus und die neue Konfliktlinie

In der Forschung gibt es zum einen ein Verständnis von Populismus als einem strategischen Konzept für den Politikstil eines individuellen Anführers, der mit verschiedenen Inhalten gefüllt werden kann; zum anderen wird Populismus auch als ideelles Konzept im Sinne einer Welt-sicht oder Ideologie verstanden. Als spezifische Merkmale des autoritären Populismus lassen sich die folgenden Merkmale herausarbeiten:

- **Politische Gemeinschaften enden an nationalen Grenzen.**
- **Es wird ein homogener Volkswillen unterstellt, wobei zwischen dem „wahren Volk“ und denen, die nicht dazu gehören, eine scharfe Grenze gezogen wird.**
- **Politische Einstellungen werden als fix und feststellbar und weder im Dialog noch in der Auseinandersetzung veränderbar verstanden.**
- **Es besteht die Forderung nach einer Umsetzung des „Mehrheitswillens“.**

Mit Blick auf sozioökonomische Entwicklungen lässt sich feststellen, dass Globalisierungsgewinner ein überdurchschnittliches Bildungsniveau, ein hohes Maß an kulturellem und Humankapital besitzen und sowohl räumlich als auch beruflich mobil sind. Beinahe spiegelbildlich stehen dem die Globalisierungsverlierer_innen in den reichen Industrieländern gegenüber:

„Die Wahrnehmung einer politischen Kaste, die den eigenen und den Interessen der kosmopolitischen Elite dient, breitet sich vor diesem Hintergrund aus.“ Die Kritik daran verfängt – auch deshalb, „weil die Politik der vergangenen Jahrzehnte tatsächlich Partei-gängerin der liberalen Globalisten war“.

Die Krise der Repräsentation und die entfremdete Demokratie

Beim Blick auf empirische Befunde zu Einstellungen und Wahrnehmungen in Deutschland fällt auf, das bezogen auf den Befragungszeitraum bis kurz vor der Corona-Krise die eigene ökonomische Lage überwiegend positiv eingestuft wurde. Auch beim Thema Migration war nur eine – gewichtige – Minderheit mit der offiziellen Politik nicht einverstanden. Neben die ökonomische und kulturelle Erklärung muss daher eine politische Erklärung treten:

„Es geht um das Gefühl einer mangelnden Repräsentation in und die damit verbundene Entfremdung von der Demokratie.“

Dies beruht vor allem auf zwei Entwicklungen: Zum einen zeigt sich eine „selektive Responsivität der gesetzgebenden Parlamente“, die vor allem den oberen Schichten und Klassen besondere Aufmerksamkeit zu geben scheinen. Zum anderen haben Parlamente und Parteien zugunsten von „nichtmajoritären Institutionen“ – etwa Zentralbanken, Gerichten oder internationalen Institutionen – an Bedeutung verloren. Unter Rückgriff auf empirische Auswertungen lässt sich für die Bundesrepublik feststellen, dass der Bundestag Politikänderungen eher umsetzt, wenn diese von Berufsgruppen mit höherem sozialem Status und höheren Bildungs- und Einkommensgruppen mehrheitlich befürwortet werden.

Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts war eine historische Errungenschaft der Arbeiterklasse und die Voraussetzung für die Schaffung des Wohlfahrtsstaates. Die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen in „nichtmajoritäre Institutionen“ hat deshalb dramatische Auswirkungen.

Krisen der Demokratie

Wichtige Beispiele für die Verschiebung zu „nichtmajoritären Institutionen“ finden sich im Handeln der Europäischen Union. Dies betrifft etwa die Ausgestaltung der Hilfspakete für Griechenland

nach der Finanzkrise mit ihrer Kontrolle durch Beamte über Entscheidungen des gewählten Parlaments, aber auch die Struktur der Währungsunion insgesamt. Ähnlich wie die Finanzkrise hat auch die „Integrationskrise“ der Jahre 2015 und 2016 das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Parlamenten und Regierungen geschwächt; anders als bei der Finanzkrise allerdings ausschließlich zugunsten autoritär-populistischer Parteien. Zwar war das Krisenmanagement der Regierungen bei allen zurückliegenden Krisen einigermaßen erfolgreich. Trotzdem beschleunigt sich die „demokratische Entfremdung“ vor allem deshalb, weil die Exekutiven die wichtigsten Entscheidungen jeweils im Verbund mit „nichtmajoritären Institutionen“ getroffen haben und Parlamente dies allenfalls nachvollziehen konnten.

Chancen und Gefahren

Der autoritäre Populismus steht für eine „nichtmediatisierte Form der plebiszitären Umsetzung des vermeintlichen Mehrheitswillens“. Inhaltlich geht es um nationalistische Positionen, die sich gegen kosmopolitische Eliten wenden und bei dem die Bedeutung von Grenzen und nationalem Willen gegen eine offene Weltgesellschaft ausgespielt werden. Gegenübergestellt werden vermeintlich korrupte kosmopolitische Eliten und das anständige lokale Volk.

„Insofern wendet sich der autoritäre Populismus gegen den Status quo der liberalen Demokratie.“

Mit Blick auf verschiedene empirische Indizes lässt sich ein Sinken der Demokratiequalität feststellen, etwa in Polen und Ungarn, Brasilien und den USA. Die Demokratie befindet sich ein Stück weit in einem Dilemma: Solange gesellschaftliche Transaktionen und Interaktionen innerhalb nationalstaatlicher Rahmen stattfanden, ließ sich das demokratische Prinzip institutionalisieren. Diese Verbindung zwischen Nationalstaat und demokratischem Prinzip löst sich mit der Globalisierung auf.

Demokratisches Handeln im Angesicht der Regression

Im Umgang mit und bei der Suche nach politischen Antworten auf den autoritären Populismus geht es um die schwierige Aufgabe, die betroffenen Bürgerinnen und Bürger nicht als „hoffnungslos verblendet“ abzutun, sondern die demokratische Schiefelage ernst zu nehmen. An konkreten Vorgehensweisen bietet sich u.a. an, der „technokratischen Verlockung“ zu widerstehen. In Krisen sind Exekutive und Expertise gefordert; nachfolgend fallen die Parlamente ihre Entscheidungen. Dies darf allerdings kein Dauerzustand werden. Eine Legitimation von Politik-Ergebnissen ist kein Ersatz für ein demokratisches Verfahren. Dies führt auch dazu, nach Wegen für mehr Bürgerbeteiligung zu suchen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Abbauen der „Kontexte der Ungleichheit“. Dabei geht es nicht um einen klaren Katalog wirtschaftspolitischer Maßnahmen, sondern um die Anforderung, gleiche Lebensverhältnisse herzustellen. Das Gleichheitsversprechen der Demokratie erfordert

zudem die Gleichstellung unterrepräsentierter Gruppen. Dies wird nicht durch Quoten für alle Gruppen gelingen; möglich erscheint hier die positive Diskriminierung im Rekrutierungsverfahren für politische Ämter:

„Männer und vor allem Frauen mit Migrationshintergrund und aus dem Dienstleistungsprekariat sind in der Politik nicht nur unterrepräsentiert, sondern fast gar nicht zu finden.“

Stärker zurückhalten sollten sich zudem die Gerichte:

„Gewaltenteilung verlangt auch eine Selbstbeschränkung der Justiz.“

Auf Ebene der EU könnte zudem die Entscheidung über die Zusammensetzung der Kommission nach Mehrheiten im Parlament eine Idee sein. Die politisch handelnden Akteure müssen sich zudem mehr Leidenschaft für ihre Sache zugestehen:

„Repräsentation lebt von Begründung und Demokratie von offenem Ideenwettbewerb.“

Darüber hinaus kann es keinen „halbierten Kosmopolitismus“ geben, der die Entscheidungen auf die globale Ebene verlagert und die demokratische Auseinandersetzung im nationalen Raum eindämmt. Wichtig ist zudem die Ausrichtung

politischer Bildung auf die Förderung von „Ambiguitätstoleranz“, also auf die Fähigkeit, mit Widersprüchen, Korrekturen und Zielkonflikten umgehen zu können.

buch | votum

Den Autoren ist ein hoch lesenswertes Buch gelungen. Dabei besticht insbesondere der Ansatz, autoritärem Populismus nicht rein moralische Wertungen entgegenzuhalten. Sie bergen die Gefahr, real existierende Defizite demokratischer Handlungsfähigkeit zu verbergen, und scheinen damit ungewollt die Unterstellungen der autoritären Populisten zu bestätigen. Insbesondere die Frage nach der Übertragung von Entscheidungen an „nichtmajoritäre Institutionen“ ist beachtenswert.

Eine interessante Diskussionsgrundlage bietet das vorgeschlagene analytisch-theoretische Paradigma der „demokratischen Regression“. Es lässt sich vor allem als pointierte These für den empirisch nicht völlig belegten Zusammenhang zwischen demokratischen Defiziten und dem Aufkommen eines „autoritären Populismus“ lesen. Schließlich erscheint zumindest ein Teil von dessen Anhängerschaft materiell durchaus von der Globalisierung zu profitieren und dies auch zu wissen.

Die Tendenz zu „nichtmajoritären“ Expertenkommissionen könnte zudem gut konform gehen mit dem Kernmerkmal des autoritären Populismus: der festgestellten Maxime, dass die richtige politische

Entscheidung einfach erkennbar sei und nicht Teil politischer Debatten sein sollte.

So lässt sich die Grundthese der Autoren vielleicht besser als Plädoyer dafür fassen, dass eine auf Diskussionen, Kontroverse und Kompromiss ausgerichtete Demokratie nur bestehen kann, wenn sie ihre eigenen Defizite zu lösen versucht – und so mit der Stärkung der Demokratie den autoritären Populisten gesellschaftlichen Resonanzraum entzieht.



(Ent-) Demokratisierung der Demokratie. Von Philip Manow.

Kernaussagen

Die Demokratie ist nicht in der Krise, sondern der Prozess der Demokratisierung nicht mehr im Gleichgewicht. Demokratie strebt nach einem Mehr an Gleichheit und Partizipation für alle, braucht aber institutionelle Voraussetzungen wie funktionierende Parteien oder den Nationalstaat.

In der Krise ist vielmehr die repräsentative Idee. Denn Parteien haben ihre Scharnierfunktion zwischen Exekutive, Legislative und den Wählenden verloren. Populismus ist dabei eher Symptom als Diagnose. Die Therapie muss darauf aufbauen, Repräsentation zu stärken, indem nicht einfach nur Populismus bekämpft, sondern die demokratische Debatte wieder politisiert wird und dafür der Nationalstaat als notwendige Handlungsebene der Demokratie anerkannt wird.

Von Philip Manow, erschienen 2020 im Suhrkamp Verlag, Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von Carsten Schwäbe*.

buch | essenz

Sozialdemokratische Einordnung

Die SPD ist Teil der Krise der Repräsentation. Keine andere Partei hat so sehr an Vertrauen verloren, trotz fortwährender Regierungsarbeit. Der besonders pragmatische Umgang mit Regierungsbeteiligungen hat der SPD den Ruf einer Partei eingebracht, bei der niemand so richtig wisse, wofür sie stehe. Intern gab es einen Vertrauensverlust der Basis gegenüber dem Führungspersonal, das immer wieder ausgetauscht wurde. Diesem Ruf muss die SPD durch ein mutiges, auch kontroverses Programm entgegentreten, um öffentliche Debatten wieder glaubhaft zu politisieren.

buch | autor

Der Politikwissenschaftler Philip Manow ist Professor für Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität Bremen und Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Neben Projekten zur vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung im In- und Ausland beschäftigt sich Manow mit den aktuellen Herausforderungen der Demokratie und des Populismus' aus theoretischer und empirischer Perspektive.

buch | inhalt

Die heutigen Demokratien werden von zwei gegenläufigen, aber simultan stattfindenden Prozessen erfasst: Durch das Aufbrechen klassischer Parteiensysteme, das Erstarren neuer sozialer Bewegungen und neue Partizipationsmöglichkeiten wird das Modell der repräsentativen Demokratie an sich demokratisiert. Diese Krise der Repräsentation hat jedoch eine andere, instabilere Form von Demokratie freigesetzt. Der Streit über unterschiedliche Ideen und Konzepte in einer Demokratie ist zum Streit über die Demokratie geworden. Beide Seiten berufen sich zwar auf die Demokratie, aber ihr Verständnis ist anders: mal nur eine einfache Entscheidungsregel für Regierungen, mal ein umfassender Katalog von Rechten und Werten. Die Krise der Repräsentation ist nicht erst durch den Populismus entstanden, sondern der Populismus ist ein Symptom dieser Krise. Deswegen reicht es nicht aus, Populismus zu bekämpfen, man muss auch über die Krise

* Carsten Schwäbe hat Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft studiert und arbeitet als Wissenschaftler im Bereich der Innovationsforschung an der Freien Universität Berlin.



der Demokratie und über die etablierten Parteien und Akteure_innen sprechen.

„Man wird die (repräsentative) Demokratie gegen ihre Herausforderer schlecht verteidigen können, wenn man ihre gegenwärtigen Schwächen nicht thematisiert, weil man sich darin eingerichtet hat, Ursache und Folge zu verwechseln.“

Die Demokratisierung der Demokratie als Krise der Repräsentation

Bevor Demokratie als politische Idee anerkannt war, galt sie eher als Gefahr: Wenn die Menge einfach so regieren würde, dann endet Politik in Anarchie. Demokratische Repräsentation, also die Wahl von Abgeordneten in ein Parlament, galt als Lösung dieses Demokratieproblems. Das Repräsentationsprinzip muss mit zwei Bruchlinien umgehen können: Repräsentanten müssen glaubhaft die Interessen der Repräsentierten vertreten, weil sonst der Verdacht aufkommt, die Repräsentierten beim Regieren zu umgehen, ähnlich wie es undemokratische Regierungsformen tun.

Darüber hinaus muss definiert werden, wer im Parlament überhaupt repräsentiert werden soll, wer durch das Wahlrecht zu den Repräsentierten gehört. Auch dabei galt ein universelles Verständnis von Demokratie als hinderlich: Dem sogenannten Pöbel sollte die Repräsentation verweigert werden, wohingegen heute das Wahlrecht

als fundamentales Menschenrecht verstanden wird. Dieses Gleichheitsprinzip ist notwendig, um den gleichzeitigen Ein- und Ausschluss des Volkes bei der Wahl von Repräsentanten und beim Regieren zu begründen. Ohne gleiches Wahlrecht für alle, keine Legitimation der Repräsentation.

Das fortwährende Streben der Demokratie nach Gleichheit bei der Repräsentation verlagert sich entweder auf die Mikroebene und die Suche nach Diskriminierung durch die Dominanzgesellschaft (Stichwort: Identitätspolitik). Oder auf der Makroebene wird die Garantie demokratischer Rechte durch die Abschaffung von Grenzen und Nationalstaaten gefordert. Das jedoch ist unrealistisch in einer Welt, in der funktionierende Demokratien ausschließlich in Nationalstaaten aufgebaut wurden. Die beständige Ausweitung von Gleichheit und demokratischer Partizipation, ohne damit im Gleichschritt auch Repräsentation zu garantieren, ist das Problem der Demokratisierung der Demokratie. Es resultiert aus der Schwäche disziplinierender Kontrollinstanzen, die Meinungen im Rahmen des Repräsentationsprinzips aufnehmen, kondensieren und in einen funktionierenden politischen Wettbewerb stellen. Im Kern handelt es sich hierbei um eine Krise der Parteien als politischer Organisationsform.

„Entscheidend ist der Umstand einer massiven Ausweitung von Chancen zur politischen Partizipation und Kommunikation, die mit dem Verlust der etablierten Kontrollfunktionen repräsentativer

Institutionen [wie den Parteien, Anm. d. A.] einhergeht. Entscheidend ist also die Demokratisierung der Demokratie.“

Der Bedeutungsverlust von Parteien setzt die repräsentative Demokratie unter Druck.

Parteien verbinden Legislative und Exekutive mit dem Wahlprozess, in dem sie mit einem politischen Programm werben, das sie danach in Parlament und Regierung umsetzen. Mit dieser Arbeit werben sie wiederum im nächsten Wahlkampf. Die Minderheit kann zwar ihr Programm in der Opposition nicht durchsetzen, aber darauf aufmerksam machen und als Regierung im Wartestand Mehrheiten für die Zukunft anstreben. Parteien verbinden auf diese Weise die Repräsentation der Menschen durch Wahlen mit dem Regierungshandeln.

Dass die Parteien diese für die Demokratie wichtige Scharnierfunktion bewerkstelligen, hat sich erst im 20. Jahrhundert durchgesetzt. Allerdings sind funktionierende Parteien im Gegensatz zu Parlament und Regierung nicht rechtlich durchsetzbar, denn zentrales Wirken der Parteien findet auch im Informellen statt: Mehrheiten in Parlamenten müssen ausverhandelt und durchgesetzt werden; Direktkandidierende und Wahllisten müssen bestimmt werden; Partei, Parlamentsfraktion und die Arbeit in Ministerien müssen orchestriert werden und Parteifunktionäre müssen in Talkshows und im öffentlichen Diskurs die Parteiprogrammatik erklären und davon

überzeugen, um somit die eigene Parteibasis und die Wählenden zu mobilisieren.

Zu der Zeit großer Massenparteien funktionierte dieses Modell. Allerdings haben sich Parteien angesichts schwindender Mitgliederzahlen und immer weniger parteigebundenen sozialen Milieus zu sogenannten Kartellparteien entwickelt. Nicht mehr die Maximierung von Stimmen und Macht, sondern die Minimierung der Folgen möglicher Wahlniederlagen stehen im Vordergrund. Denn durch die schwindenden Mitgliederzahlen werden Parteien immer abhängiger von staatlicher Parteienfinanzierung und dem Zugang zu Macht und Posten in der Regierung. Kartellparteien gehen im Staat auf. Sie verlieren dadurch ihre gesellschaftliche Verankerung und das Interesse an einer sinnvollen Polarisierung demokratischer Debatten, um auf diese Weise unterschiedlichen Gruppen Geltung zu verschaffen.

Dieser Prozess der Mitte-Orientierung der Parteien wurde durch den Rückgang staatlicher Gestaltungskraft im Rahmen von Globalisierung und Neoliberalismus verstärkt. Das Resultat ist eine immer größere Entfremdung der Parteibasis von der Parteiführung und ein zunehmender Widerwille gegen die Übernahme von Regierungsverantwortung. Die Mitgliederentscheide der SPD über die Koalitionsverträge mit der Union und die allgemeine Zunahme innerparteilicher Debatten sind ein Ausdruck des gestiegenen Misstrauens der Parteibasis.

„Die Zunahme innerparteilicher Konflikte muss man dann als komplementär zur Abnahme zwischenparteilicher Konkurrenz verstehen, weil sich ja die »verantwortlichen« Parteien einander anverwandeln und dies angesichts der Abnahme faktischer politischer Handlungsspielräume auch tun müssen (was natürlich auch den Aufstieg der neuen populistischen Herausfordererparteien mit erklärt).“

Während sich viele etablierte Parteien in Mitgliederentscheiden und langen Prozessen immer neues Führungspersonal suchen und wieder verlieren, gibt es immer mehr Politiker_innen, die sich einfach neue Parteien suchen – ob in Form einer feindlichen Übernahme wie bei Donald Trump und der republikanischen Partei in den USA oder man gründet eine neue Partei wie der französische Präsident Emmanuel Macron.

Parteiorganisationen verlieren somit immer mehr an Bedeutung, obwohl die politische Energie vieler Menschen steigt und sich oft in kurzfristigen Protesten und Bewegungen niederschlägt. Diese führt aber nicht mehr zu längeren Bindungen in Parteien. Da zudem das Internet individualisiertes Kollektivhandeln durch Aktionen in sozialen Netzwerken ermöglicht, werden Parteien als Kanal zum Ausdruck von politischer Unzufriedenheit noch bedeutungsloser. Organisation wird durch Person ersetzt; niemand symbolisierte

das besser als Donald Trump mit seinen eigenen Twitter-Aktivitäten.

Entdemokratisierung der Demokratie durch die Debatte über Demokratiegefahren

Mit dem Ende der Systemkonkurrenz muss die Demokratie sich nun aus sich selbst heraus legitimieren und kann genauso nur aus sich selbst heraus angegriffen werden. Demokratie stellt ein System organisierter Unsicherheit dar, das aus sich selbst heraus überwunden werden kann. Denn es ist niemals sicher, dass die Minderheit bei einer Wahl die demokratische Niederlage wirklich anerkennt. Das ist mit der Entdemokratisierung der Demokratie gemeint.

„Pointiert formuliert soll es gerade um Demokratiegefährdung durch Demokratiegefährdungsdiskurse und um die Frage gehen, warum diese zuletzt so zugenommen haben.“

Demokratiegefährdung betrieb zum Beispiel Trump, wenn er als US-Präsident gegen einen blockierenden Kongress mit Notverordnungen regierte. Allerdings nutzte Obama dieses Instrument auch. Genauso wurde der britische Premierminister Boris Johnson dafür kritisiert, mittels Beurlaubung des Parlament bei der Durchsetzung des Brexits zu umgehen. Von Staatsstreich und Demokratiegefährdung war später, als er sich eine Parlamentsmehrheitsicherte, nicht mehr die Rede, auch wenn die zweifelhafte Aktion Johnsons

als verfassungswidrig verurteilt wurde. Diese Konflikte über die Demokratie gehören schon immer zur Demokratie und sind nicht per se ein Zeichen des neuen Populismus. Zu begrüßen ist dieser Streit jedoch nicht.

„Denn der Konflikt um die Demokratie gerät mit dem demokratischen Gleichheitsgrundsatz in Widerspruch, schließlich kann es mit den Gegnern der Demokratie keine Gemeinsamkeiten geben. Sich aber als Gleiche anzuerkennen [...] ist Voraussetzung der Demokratie als Verfahren friedlichen, regelgebundenen Zusammenlebens. Somit muss der (destruktive) Konflikt über die Demokratie immer auf Kosten der (konstruktiven) Konflikte innerhalb der Demokratie gehen.“ (S. 141)

In der Praxis zeigt sich dieser destruktive Konflikt in einem Parteienwettbewerb entlang der Linie demokratisch gegen undemokratisch. So lässt sich zwar in einzelnen Wahlen mobilisieren, aber das Problem des destruktiven Konfliktes bleibt bestehen. Ferner gibt es ein Missverhältnis zwischen der Diagnose der Demokratiekrise und den vorgeschlagenen Therapien, die oft über mehr Bildung oder eine sanfte Erhöhung des Spitzensteuersatzes nicht hinausgehen. Der Alarm wird zur Routine gemacht, die notwendigen konstruktiven Konflikte werden nicht ausgefochten, zumal die womöglich

verständlichen Gründe hinter der Wahl des Brexits oder für die AfD nicht diskutiert werden. Während die eigene politische Position als die einzig vernünftige angesehen wird, wird der Gegenposition jegliche Vernunft automatisch abgesprochen.

„Aber müssen wir nicht gerade mit den Gegnern der Demokratie so reden, als wären sie keine? Sollte die Demokratie nicht zunächst lehrhaft sein, bevor sie wehrhaft wird? Oder ist ihre Lehrhaftigkeit – einfach unerschütterlich die Gleichheit aller zu unterstellen – nicht ihre eigentliche Wehrhaftigkeit?“

Demokratie als Staatsform

Während die Schwäche der Parteien und repräsentativen Akteure_innen auf die Probleme in Demokratien hinweisen, wird durch die Überwindung von Nationen die Demokratie als Staatsform unterminiert. Die Leistung des Staates war es stets, innere Konflikte so zu relativieren, dass politische Konflikte bearbeitbar wurden, zum Beispiel durch demokratische Prozesse.

Hingegen führte die Auflösung des Staates durch Globalisierung und Beschneidung von Souveränität zu einer Entdemokratisierung. Je universalistischer regiert werden soll, desto weniger demokratisch geschieht es. Denn ohne Staat gäbe es die Anerkennung als Bürger_in mit den zugehörigen Rechten nicht. Wird hingegen politische Souveränität an überstaatliche Instanzen delegiert, fehlt demokratische Legitimation,

wenn diese bisher nur auf nationalstaatlicher Ebene eingefordert wurde.

„So hat die Europäische Union nicht nur ein Demokratiedefizit, sondern generiert eines für ihre Mitgliedsstaaten.“

Es fehlen die politischen Sanktionsmöglichkeiten, wie eine EU-Kommission abgewählt werden kann, und überhaupt eine eindeutige Antwort darauf, wer regiert und wie in Europa eigentlich regiert wird. Die Entgrenzung von Märkten und Politik lassen keinen Raum für föderalen Ausgleich, Solidarität und Eigensinn einzelner Gruppen. Im Vordergrund steht lediglich die Selbstverwirklichung des liberalen Ichs.

„Aber vermutlich ist genau an dieser Stelle, ab der Stelle zwischen dem partikularen politischen Anerkennungsverhältnis und dem universalistischen Expansionismus der Märkte und der Werte, eine zentrale Ursache für die Widersprüchlichkeit einer Gegenwart zu suchen, die kein anderes Prinzip als die Demokratie mehr kennt, die Voraussetzungen seiner Geltung jedoch zunehmend beschränkt.“

Hier liegt auch ein Problem bei der liberalen Mitte der Gesellschaft. Demokratie erscheint ihr nur legitim, solange sie ihre Wertvorstellungen verfolgt. Dementsprechend fällt es ihr nicht schwer, sich mit einer anderen Form des Regierens

anzufreunden, die ihr Ähnliches oder Besseres garantiert. Wenn jedoch die Art und Weise, wie eine Regierung zustande kommt, egal ist, dann ist es auch egal, ob überhaupt gewählt wird.

buch | votum

Philip Manow plädiert dafür, das Aufkommen des Populismus nicht als eine Krise der Demokratie abzutun, sondern sie als Ergebnis eines Prozesses der Demokratisierung zu verstehen. Demokratien brauchen schon immer ein Gleichgewicht zwischen der Schaffung von Gleichheit und Partizipation und den institutionellen Voraussetzungen demokratischen Regierens in klar abgegrenzten Strukturen wie dem Nationalstaat. Vielmehr geht es darum, diese Voraussetzungen demokratischen Regierens zu bewahren oder auf EU-Ebene wirklich zu schaffen und der fortschreitenden Entpolitisierung durch einen dysfunktionalen Diskurs zwischen Freunden und Feinden der Demokratie entgegenzuwirken.

In dem Buch bezieht sich Manow auf eine Vielzahl von Theorien und Studien. Seine Argumentation für eine komplexere Analyse unserer Demokratie ist schlüssig, aber fordert die Lesenden heraus. Auch wenn Manow keine konkreten Lösungsvorschläge anbietet, eröffnet er eine andere Debatte über unsere Demokratie. Die demokratischen Parteien können nicht einfach Populismus bekämpfen, ohne die Ursachen in der eigenen Politik zu finden. Berechtigte Anliegen populistischer Wählender sollten nicht einfach abgetan,

sondern adressiert werden. Auf europäischer Ebene heißt das auch, entweder die Schaffung nationalstaatlicher Strukturen auf EU-Ebene aktiv einzufordern oder die Begrenztheit der jetzigen Struktur der EU ehrlich anzuerkennen.

Was die SPD als Partei angeht, so betrifft sie die Entwicklung zur Kartellpartei, wie Manow sie beschreibt. Führung und Basis haben sich zum Teil weit voneinander entfernt. Viel der früheren Unterstützung ist abhandengekommen, weil die SPD als Partei wahrgenommen wurde, die im Zweifel eigene Überzeugungen zugunsten von Machterhalt in der Regierung aufgab. Eine kritische Aufarbeitung sowie die Entwicklung eines kontroverseren Programms ist aus dieser Sicht der Schlüssel, um den Vorwurf einer Kartellpartei entgegenzuwirken und Vertrauen zurückzugewinnen.

Der Triumph der Ungerechtigkeit. Von Emmanuel Saez und Gabriel Zucman.



Kernaussagen

Steuerwettbewerb ist kein unüberwindbares Schicksal, denn Saez und Zucman argumentieren, dass Regierungen sehr wohl ein gerechtes Steuersystem mit ausreichenden Einnahmen gestalten können. Im Kern fordern sie, die Besteuerung von Unternehmen durch die Überwindung des Steuerwettbewerbs zu erhöhen. Erst dann ist es möglich, auch die Einkommensteuer progressiver zu gestalten. Zudem können die Reichsten einer Gesellschaft nur mit einer progressiven Vermögensteuer angemessen besteuert werden.

Von Emmanuel Saez und Gabriel Zucman, erschienen im Jahr 2020 im Suhrkamp Verlag, Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von Carsten Schwäbe*.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Das komplexe Thema Steuern wird seit längerem nur vorsichtig diskutiert. Steuererhöhungen werden oft radikal verurteilt, selbst wenn sie nur für Reiche gelten und auf diese Weise untere und mittlere Einkommen entlastet werden können. Die Sozialdemokratie braucht den Mut, sich dieser Frage grundsätzlicher zu stellen. Je größer die Bereitschaft zu höheren Steuern für multinationale Unternehmen und reiche Vermögen ist, desto größer ist das Potenzial Steuererleichterungen und ein besseres Staatswesen für eine breite Mehrheit der Gesellschaft.



buch | autor

Die französischen Professoren Emmanuel Saez und Gabriel Zucman sind renommierte Wirtschaftswissenschaftler und arbeiten an der University of California, Berkeley. Sie beschäftigen sich mit Einkommens- und Vermögensungleichheit, Steuersystemen und Steuerflucht.

buch | inhalt

Das US-Steuersystem ist zwar bekannt dafür, nicht übermäßig umzuverteilen. Trotzdem ist es bemerkenswert, wie sehr es reicheren Haushalten in die Hände spielt. Steuern mit einer regressiven Wirkung dominieren, sodass prozentual gesehen ärmere Haushalte stärker als reichere besteuert werden. Das gilt zum Beispiel für die Verbrauchs- und Mehrwertsteuern, die in den USA nicht auf der Bundes- sondern auf Ebene der Bundesstaaten erhoben werden. Da diese Steuern direkt den Konsum von Gütern besteuern, belasten sie vor allem ärmere Haushalte, die ihr Geld nicht sparen können, sondern unmittelbar ausgeben müssen. Progressive Steuern wie die Einkommensteuer kennzeichnen, dass sie höhere Einkommen prozentual stärker belasten als niedrigere. Das trifft für die Bundeseinkommensteuer der USA zwar zu. Allerdings wurde diese im Laufe der Zeit immer weiter gesenkt, vor allem für höhere Einkommensgruppen.

Das Resultat ist ein Steuersystem, das man als Kopfsteuer bezeichnen kann: Letztlich führen ärmere und reichere Haushalte

mehr oder weniger denselben Anteil ihres Einkommens an den Staat ab. Zwar zahlt die ärmere Hälfte der Haushalte immer noch einen geringeren Durchschnittssteuersatz, gleiches gilt jedoch auch für die 400 Top-Verdiener der amerikanischen Gesellschaft. Im Jahr 2020 zahlten sie sogar zum ersten Mal einen geringeren Anteil als die ärmeren 50 Prozent.

Von einer Zeit hoher Umverteilung und wie die Ungerechtigkeit dennoch triumphierte

Die USA waren jedoch nicht immer so. Eine progressive Vermögensbesteuerung, bei der höhere Vermögen einem höheren Steuersatz von bis zu 70 % unterliegen, war bis Anfang der 1980er Jahre vorhanden. Auch die Einkommensteuer war progressiv und die Körperschaftsteuer auf Unternehmensgewinne und Dividenden waren hoch, sodass Gewinne lieber reinvestiert statt ausgeschüttet wurden. Dabei ging es dezidiert nicht um die Generierung von Staatseinnahmen, sondern darum die Ungleichheit vor Steuern zu reduzieren. Bei so hohen Spitzensteuersätzen lohnt es sich nicht, noch mehr Reichtum anzuhäufen, sondern diesen zu verbrauchen, zu schenken oder zu spenden.

**„Damit kamen die Vereinigten Staaten fast ein halbes Jahrhundert lang der Einführung eines gesetzlich verankerten Höchst Einkommens so nahe wie kein anderes demokratisches Land.“
(S. 65)**

Für das Funktionieren dieses amerikanischen Steuersystems war es wichtig, dass Steuervermeidungsaktivitäten rigoros verfolgt und bekämpft wurden und das Vertrauen in Staat und Besteuerung an sich groß und stabil bleibt. Anfang der 1980er Jahre betrachtete US-Präsident Ronald Reagan allerdings die Regierung nicht mehr als Lösung, sondern als Problem der wirtschaftlichen Entwicklung. Steuervermeidung wurde nicht mehr verächtlich betrachtet, sondern als patriotischer Akt gerechtfertigt.

Immer neue Verfahren zur Steuerumgehung wurden entwickelt, da im Wettbewerb um die beste Steuervermeidung die Beratungspreise ständig fielen. Mit dieser Kreativität und Größe der Steuervermeidungsindustrie konnten die US-Steuerbehörden nicht mehr mithalten. Daher wurden Steuersenkungen ins Spiel gebracht, um Anreize der Steuervermeidung zu verringern. Am Beispiel der Erbschafts- und Schenkungssteuer lässt sich zeigen, dass das genaue Gegenteil passierte: Die Steuereinnahmen sanken erneut, weil durch die Anhebung von Freibeträgen und die Absenkung des Spitzensteuersatzes der Anreiz zum Erben und Schenken noch weiter stieg. Zugelassen wurde die Entwicklung von einem massiven Rückgang der Prüfung von Erbschaftssteuererklärungen seit den 1980er Jahren.

„Verließen wir uns auf die Vermögensangaben in den Erklärungen der letzten Jahre, müssen wir den Eindruck gewinnen, dass es entweder quasi

gar keine reichen Menschen in den USA gibt oder dass sie niemals sterben, so umfassend war die Kapitulation des Steuervollzugs.“ (S. 90)

Abgesehen von der legalen Steuervermeidung nahm die Steuerhinterziehung bei den reichsten Haushalten stark zu. Denn die Unter- und Mittelschicht bezieht hauptsächlich Lohn Einkommen, das sich der Besteuerung nicht wirklich entziehen kann. Bei der Vermeidung der Körperschaftsteuer, die zum größten Teil reichere Haushalte auf Gewinne und Rendite zahlen, entstanden neue Steuersparmodelle, vor allem durch Gewinnverschiebungen zu Briefkastenfirmen in Niedrigsteuerländer. So kann Google die Eigentumsrechte an seinen digitalen Technologien eine eigene Google Holding auf den Bermudas veräußern, an die dann Google Lizenzgebühren in Milliardenhöhe zahlt. Während Google auf diese Weise seine Gewinne als Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer massiv verringern und darauf viel weniger Steuern zahlen muss, zahlt die Google Holding auf die Gewinne aus den Lizenz Erlösung auf den Bermudas quasi keine Steuern. Auf diese Weise verschieben multinationale Konzerne wie Pfizer, Nike oder Fiat 40 Prozent der Gewinne in Niedrigsteuerländer. Dieser Steuerwettbewerb wirkt sich auf die Körperschaftsteuer weltweit aus, um Anreize für Gewinnverschiebungen zu verringern.

„Zwischen 1985 und 2018 ist der globale gesetzlich festgeschriebene Durch-

schnittssteuersatz der Körperschaftsteuer um mehr als die Hälfte gesunken: von 49 auf 24 Prozent. Wenn sich der aktuelle Trend fortsetzt, wird der weltweite Durchschnittssatz noch vor Mitte des 21. Jahrhunderts bei null Prozent angelangt sein.“ (S. 123)

Kapital wird immer weniger besteuert, Arbeit immer mehr.

Während die Körperschaftsteuer und Vermögensteuern sanken, stiegen die Lohn Einkommensteuern, zumal die Krankenversicherung als versteckte Steuer auf Arbeit anzusehen ist. Dahinter steckt eine bestimmte ökonomische Denkweise, die die Besteuerung von Kapital als besonders schädlich ansieht. Wenn zum Beispiel Anlageinvestitionen unterblieben, weil der Kapitaleinsatz sich durch seine Besteuerung besonders stark verringert, würde demgemäß die Produktivität der Arbeit und damit auch die Löhne sinken. In der Wirtschaftswissenschaft spricht man dann von der hohen Elastizität des Produktionsfaktors Kapital, der angeblich durch Besteuerung viel stärker verringert – bzw. international verschoben wird – als der Faktor Arbeit. Daher schade die Kapitalbesteuerung auf den Arbeiter*innen.

Blickt man jedoch auf die Daten, so ist die radikale „Null-Kapitalsteuer-Theorie“ nicht zu halten. Denn in der Zeit einer hohen Kapitalbesteuerung in den USA, von den 1950er bis zu den 1980er Jahren, waren Ersparnisse und Investitionen besonders

hoch. Kapitalsteuern werden daher langfristig auch durch das Kapital getragen und nicht auf Arbeitseinkommen durch Lohn-einbußen überwältigt. Das Kapital reagiert nur dann stark auf Besteuerung, wenn Kapitalverschiebung in Niedrigsteuerländer möglich ist.

Darüber hinaus hat eine schwächere Besteuerung von Kapital im Verhältnis zu Arbeit noch einen weiteren Nachteil: je größer die Ungleichbehandlung, desto größer der Anreiz für reiche Lohn-einkommensbezieher, sich steuerrechtlich in ein Unternehmen umzuwandeln, um sich der progressiven Einkommensteuer durch eine niedrigere Körperschaftsteuer zu entziehen. Es gibt bereits viele Beispiele weltweit, bei denen Steuerreformen in den letzten zwanzig Jahren die Progressivität von Einkommensteuern deutlich gesenkt haben. Das zeigt, dass eine progressive Einkommensteuer nur mit einer funktionierenden Körperschaftsteuer funktioniert.

Vier Maßnahmen zur Überwindung von Kapitalflucht und globalem Steuerwettbewerb

Zunächst muss jedes Land seine multinationalen Unternehmen besser kontrollieren. Zum Beispiel kann das Land des Mutterkonzerns den Steuerausfall aus Gewinnverschiebungen durch eine Art Ausgleichssteuer mindern. Der internationale Informationsaustausch dafür ist vorhanden und Staaten ist es nicht verboten, Steuer-eintreiber der letzten Instanz zu werden. Es liegt sogar in ihrem Interesse. Denn im Ge-

gensatz zum Handel gibt es beim Steuerwettbewerb nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer, wobei große Länder immer zu den Verlierern gehören.

Zweitens muss die internationale Zusammenarbeit bei der Einführung eines einheitlichen Mindestsatzes für die Körperschaftsteuer gestärkt werden. Die G-20-Länder könnten sich zum Beispiel auf 25 Prozent einigen. Die Gefahr einer massenhaften Inversion, der Verlegung von Hauptsitzen in das Ausland, ist unbegründet, weil die Nationalität eines Unternehmens sich sowohl rechtlich als auch organisatorisch nicht so leicht manipulieren lässt.

„Von den 2000 größten Unternehmen der Welt haben gegenwärtig nur 18 ihren Hauptsitz in Irland, 13 in Singapur, 7 in Luxemburg und 4 auf den Bermudas. Fast 1000 haben ihren Hauptsitz in den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, während die meisten anderen in China, Japan, Südkorea und anderen G-20-Ländern zu finden sind.“ (S. 160)

Drittens müssen Abwehrmaßnahmen gegen Unternehmen mit Sitz in Ländern eingeleitet werden, die sich der internationalen Kooperation verweigern. Wenn ein Unternehmen aus einem Niedrigsteuerland Umsätze in anderen Hochsteuerländern generiert, so können die anderen Länder als Steuereintreiber der

letzten Instanz zusammenarbeiten, um das Unternehmen aus dem Niedrigsteuerland so zu besteuern, dass der Steuervorteil durch die Nichtanerkennung einer internationalen Mindestbesteuerung wegfällt. So könnten die globalen Gewinne die Länder aufgeteilt werden, in denen das Unternehmen den Umsatz erzielt. Noch einfacher wäre es, die Steuerausfälle durch Niedrigsteuern im Vergleich zur beschlossenen Mindeststeuer zu berechnen und diese als Staatengemeinschaft gemeinsam einzufordern und aufzuteilen. Die notwendigen Informationen sind dafür vorhanden.

Viertens braucht es effektive Sanktionen gegen Niedrigsteuerländer. Bisher argumentierten viele, dass Druck auf nationale Besteuerung den nationalen Souveränitätsrechten widerspräche. Allerdings lässt sich das Argument auch umkehren: Niedrigsteuerländer verkaufen ihre Souveränität in der Steuererhebung, um Vorteile für sich auf Kosten anderer Staaten zu ermöglichen. Denn kleine Staaten können schon mit niedrigen Pauschalsteuern durch die schiere Masse an Briefkastenfirmen Steuereinnahmen generieren, die für sie besonders hoch sind, aber nichts sind im Vergleich zu Verlusten und Nachteilen der vielen anderen Länder. Außerdem hat eine Überwindung des Steuerwettbewerbs konkrete ökonomische Vorteile.

„Sobald Steuern nicht länger ein ausschlaggebender Faktor sind, werden Unternehmen dorthin gehen, wo die Arbeiter produktiv und die Infrastruktur hochwertig

ist und die Verbraucher über genügend Kaufkraft verfügen, um ihre Produkte zu kaufen. Statt durch Steuerkürzungen würden Länder durch höhere Infrastrukturausgaben, Investitionen in die Bildung und Forschung miteinander konkurrieren.“ (S. 167)

Höhere Einkommen- und Vermögenbesteuerung für reiche Haushalte durchsetzen

Verringert man die Möglichkeit nationaler und internationaler Steuervermeidung, verringert man die Elastizität reicher Einkommen und Vermögen, weil sie sich der Besteuerung nicht entziehen können. Zwar könnten reichere Menschen auf die höheren Steuern mit weniger Arbeit und Investition zugunsten von Freizeit und Konsum antworten. Es ist aber unwahrscheinlich, dass sich Mark Zuckerberg oder Steve Jobs für eine weniger aufwendige Karriere wegen höherer Steuern für Reiche entschieden hätten.

„Eine Reihe von Arbeiten deuten darauf hin, dass der höchste Grenzsteuersatz, der die größtmöglichen Einnahmen von den Reichen generiert, bei etwa 75 Prozent liegt. Zu den Reichen zählen wir die Angehörigen des obersten einen Prozents.“ (S. 176)

Für den Fall der USA entspricht allen mit mehr als einer halben Millionen

Dollar Jahreseinkommen im Jahr 2019. Dabei versteht man unter dem Grenzsteuersatz den Steuersatz, der erst ab einer bestimmten Einkommenshöhe greift. Da Einkommen bis zu dem Schwellenwert mit deutlich geringeren Steuern belegt wird, kommt insgesamt ein deutlich niedrigerer Durchschnittssteuersatz heraus. Aber zusätzliches Einkommen oberhalb der halben Million würde zu dreiviertel wegbesteuert, wenn man das Steueraufkommen maximieren möchte, ohne reiche Haushalte zu einer deutlichen Verringerung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten zu nötigen. Damit zeigt sich, dass radikale Umverteilung möglich ist, ohne Wachstumseinbußen hinnehmen zu müssen.

Kreativer Steuervermeidung sollten die Steuerbehörden mit mehr Personal und größeren Befugnissen begegnen. Zum Beispiel könnten Transaktionen mit dem abschließlichen Ziel der Steuervermeidung verboten und jede neue Steuersparidee der Beratungsindustrie meldepflichtig sein, um gegebenenfalls schnell dagegen vorgehen zu können.

Um Steuerschlupflöcher zu schließen, sollte der Grundsatz „Gleich hohe Steuern für gleich hohe Einkommen“ gelten – unabhängig von der Einkommensquelle. Insbesondere die Körperschaft- und die persönliche Einkommensteuer sollten integriert werden. Dadurch würden die nach der Gewinnausschüttung fällige Körperschaftsteuer auf den Betrag der geschuldeten persönlichen Einkommensteuer angerechnet werden. Firmen haben dann keinen Anreiz zu Steuervermeidung, weil die vermiedenen

Steuern bei der persönlichen Einkommensteuer dann nicht verrechnet werden und höhere Gewinnausschüttung aus einem besonders guten Steuersparmodell wieder wegbesteuert würden. Auf diese Weise würden letztlich alle Einkommen, ob aus Arbeit, Unternehmensbeteiligungen jeder Form oder Zinsen, gleichbehandelt.

Neben der Körperschaftsteuer und einer progressiveren Einkommensteuer braucht es zur Besteuerung von Milliardären noch die Vermögensteuer. Denn die Reichsten einer Gesellschaft verfügen vor allem über Vermögen und haben oft ein geringes steuerpflichtiges Einkommen. Jeff Bezos, zum Beispiel, besitzt mit Amazon ein Unternehmen, das derzeit nur wenig Gewinne macht, aber in Zukunft hohe Profite generieren wird und deswegen besonders wertvoll ist. Die Vermögensteuer kann zwar die Einkommensteuer nicht ersetzen, aber sie sorgt dafür, dass die Reichsten nicht prozentual weniger bezahlen als der Rest der Bevölkerung. Deswegen sollte die Vermögensteuer progressiv sein und erst ab sehr hohen Vermögenswerten erhoben werden.

„Mit einer Vermögensteuer in Höhe von 2 Prozent auf Vermögen über 50 Millionen und 3 Prozent auf Vermögen über eine Milliarde Dollar [...] würde [der Investor Warren] Buffet rund 1,8 Milliarden Dollar pro Jahr zahlen: das Tausendfache seiner 1,8 Millionen Dollar Einkommensteuern im Jahr 2015“ (S. 194).

Denn Buffet meldet den Steuerbehörden im Vergleich zu seinem tatsächlichen wirtschaftlichen Einkommen aus seinem Vermögen nur ein winziges steuerpflichtiges Einkommen. Die erforderlichen Daten liegen ebenfalls vor, denn 80 Prozent des Vermögens der Reichsten liegen in Form von Aktien, Anleihen, Fondsanteilen, Immobilien oder anderen Vermögenswerten vor, deren Marktwerte leicht ermittelbar sind.

buch | votum

Saez und Zucman legen nicht nur eine fundierte Analyse von Steuersystemen vor, sondern liefern eine Vielzahl von konkreten und umsetzbaren Reformoptionen. Für sie liegt das Problem darin, dass nicht die steuerlichen Möglichkeiten, sondern der Glaube an eine andere Gestaltung des Steuersystems fehlt.

„Wir ziehen eine wesentliche Schlussfolgerung aus unserer Untersuchung: Gesellschaften können wählen, welches Maß an Steuerprogressivität sie möchten. Die Globalisierung hat zwar in der Tat komplizierte Fragen darüber aufgeworfen, wie man multinationale Unternehmen und die Reichen besteuern kann – aber die internationale Offenheit verurteilt uns nicht dazu, in einer Welt der ständig wachsenden Steuergerechtigkeit zu leben.“ (S. 246).

Empirisch beziehen sie sich auf die USA und legen auf der Seite *taxjustice-now.org* alle Daten ihrer Untersuchung offen. Anwendbar sind ihre Vorschläge aber überall. Der Kritik, dass ihre Vorschläge einem unbegrenzten Staatswachstum gleichkämen, erteilen sie eine Absage. Es geht um eine gerechtere Verteilung der Steuerlast, bei der bis weit in den Mittelstand Steuern gesenkt werden sollten.

Beide Punkte greifen sozialdemokratische Parteien in Deutschland und Europa schon seit längerem auf, allerdings sind die steuerpolitischen Vorschläge noch bei weitem nicht so grundsätzlich, wie es die Autoren vorschlagen. Dementsprechend kann ihr Buch als Aufruf verstanden werden, die Steuerpolitik mutiger anzugehen: Je höher die Bereitschaft ist, höchste Einkommen und Vermögen zu besteuern, desto größer ist auch das Potenzial, einer breiten Mehrheit der Gesellschaft eine geringere Steuerlast und zugleich ein besseres Staatswesen zu ermöglichen.

03

—

Wirtschaft

The Deficit Myth: Modern Monetary Theory and the Birth of the People's Economy. Von Stephanie Kelton.



Kernaussagen

Die *Modern Monetary Theory* (MMT) räumt mit den traditionellen Fehlinterpretationen der Rolle von Geld, Schulden und Defiziten auf. Diese moderne Geldtheorie ist eine neuere Richtung in den Wirtschaftswissenschaften, die das Geld, Steuern und Staatsschulden ganz anders interpretiert als klassische oder liberale Theorien. In entwickelten Volkswirtschaften mit eigener Währung kann der Staat beliebig viele Maßnahmen finanzieren. Die Grenzen staatlicher Ausgaben liegen nur bei einer möglichen Inflation, wenn die so verursachte Nachfrage die Produktionsmöglichkeiten der Wirtschaft übersteigt.

Von **Stephanie Kelton**, erschienen 2020 im Verlag **Public Affairs, New York**. **Kurzgefasst und eingeordnet von Michael Dauderstädt***.

amerikanischen „Sozialdemokraten“, Bernie Sanders (Senator für Vermont; bewarb sich 2016 und 2020 um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten), zu wirtschaftspolitischen Themen beraten. Kelton gilt als führende Vertreterin der modernen Geldtheorie *MMT*.

buch | essenzen

Bewertung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Das Buch eröffnet progressiver Politik analytisch und argumentativ große Spielräume. Es geht aber auch kritisch mit der Sozialdemokratie ins Gericht, wenn sie sich von den Mythen der traditionellen Ökonomie (Defizit- und Schuldenangst) blenden lässt oder glaubt, die Besteuerung der Reichen (die aus anderen Gründen sehr sinnvoll ist) sei notwendig, um wünschenswerte staatliche Ausgaben zu finanzieren.



buch | autorin

Stephanie Kelton, Ph.D., ist Professorin für Wirtschaftswissenschaften an der Stony Brook Universität in New York. Sie hat den prominentesten US-

buch | inhalt

Das Buch umfasst acht Kapitel, wobei die ersten sechs weitverbreitete ökonomische Mythen entlarven. Die beiden letzten widmen sich den wahren Problemen, vor denen die USA (und die Welt) stehen und möglichen Lösungen.

Der Staat schafft das Geld, er muss es daher nicht einnehmen

Der Staat (die Münze und die Zentralbank) produziert das Bargeld. Er prägt Münzen, druckt Papiergeld und schafft Buchgeld durch Gutschriften auf Bankkonten. Während Haushalte, Unternehmen und untere Staatsebenen (z.B. Gemeinden und Länder) Geld einnehmen oder leihen müssen, um Ausgaben zu tätigen, kann der Staat es einfach schaffen. Mit diesem vom Staat geschaffenen Geld können dann Haushalte und Unternehmen ihre Steuern bezahlen. Die Steuerpflicht zwingt die Gesellschaft, Leistungen für den Staat zu erbringen, die der Staat für das Gemeinwohl braucht (z.B. Infrastruktur, Sicherheit, Bildung, Gesundheit). Der Staat ist nicht auf geldliche Einnahmen angewiesen, aber auf die Arbeit und

* Michael Dauderstädt ist freiberuflicher Berater und Publizist und war bis 2013 Leiter der Abteilung Wirtschaft- und Sozialpolitik der FES.

Ressourcen, die er braucht, um seine Aufgaben zu erfüllen.

Nicht alle Staaten sind gleich unabhängig bei der Geldschaffung. Die USA haben erst 1972 die Golddeckung abgeschafft, also die Verpflichtung, Dollars gegen Gold zu einem festen Kurs einzutauschen. Die Golddeckung beschränkt die Geldmenge, die der Staat schaffen kann. Moderne Staaten haben „Fiatgeld“, das frei vermehrbar ist. Aber nicht alle Staaten sind so geldpolitisch souverän. Viele Länder des globalen Südens haben sich in Fremdwährungen verschuldet, die sie nicht mit selbst geschaffenen Geld begleichen können. Auch in der Eurozone haben die einzelnen Länder keine Währungssouveränität, wie etwa Griechenland in der Eurokrise schmerzhaft spüren musste.

Es ist also ein Irrtum, dass der Staat seine Ausgaben nur in dem Maß tätigen kann, wie er Einnahmen durch Steuern oder den Verkauf von Anleihen erzielt. Das heißt nicht, dass Steuern überflüssig wären. Sie haben andere wichtige Funktionen (z. B. die privaten Ausgaben zu lenken). Staatliche Haushaltsdefizite schaffen Einkommen bei Haushalten und Unternehmen. Sie waren oft zu niedrig, wie eine hohe und andauernde Arbeitslosigkeit zeigt.

Trotzdem kann der Staat nicht ohne problematische Folgen beliebig viel Geld ausgeben. Zu hohe Defizite sind an einem Anstieg der Inflation zu erkennen. Sie signalisiert, dass der Staat auf zu viele Ressourcen (z. B. Arbeit) zugreifen will. Die so entstehende Knappheit treibt die Preise nach oben.

Jobgarantie statt Inflationsangst

Der Staat soll sich nicht um das Defizit kümmern, sondern seine Politik danach ausrichten, ob die Wirtschaft eher Arbeitslosigkeit oder Inflation aufweist. Die traditionelle, von früheren ökonomischen Theorien geprägte Politik neigte zu sehr zur Sparpolitik und nahm unnötige Arbeitslosigkeit in Kauf.

Die Zentralbank unterstellte die Existenz einer sogenannten natürlichen Arbeitslosigkeit; einer Arbeitslosenrate, die die Inflation nicht beschleunigt. Wenn diese Arbeitslosenrate erreicht war, so die Annahme, führe jede expansive Politik nicht zu mehr Beschäftigung, sondern beschleunige die Inflation. Obwohl diese Rate de facto nicht zu messen war und tatsächlich trotz seit 2012 immer weiter sinkender Arbeitslosigkeit die Preise nicht schneller stiegen, erhöhte die Zentralbank die Zinsen.

Auch die Fiskalpolitik war meistens auf die Vermeidung oder Beschränkung von Schulden und Defiziten fixiert, statt das Ziel einer möglichst niedrigen Arbeitslosigkeit zu verfolgen. Sie sollte zwar die Inflation im Auge behalten, aber nicht um den Preis vieler Arbeitsloser und versenkten Wohlstands.

Die moderne Geldtheorie MMT empfiehlt als eine bessere Politik eine staatliche Jobgarantie. Sie bietet jedem Arbeitswilligen einen Arbeitsplatz zu einem ordentlichen Mindestlohn (z. B. 15 \$/Stunde) an, vorzugsweise in kommunalen Dienstleistungen.

Die Finanzierung muss aber vom Zentralstaat kommen, da nur er Geld schaffen kann, während die Gemeinden lediglich Geldnutzer sind.

Die Ausgaben für ein solches Programm steuern die Wirtschaft automatisch zur Vollbeschäftigung. Bei ohnehin niedriger Arbeitslosigkeit fallen kaum Ausgaben an, bei hoher entsprechend starke, wodurch die Nachfrage und die Konjunktur stabilisiert werden.

Schreckgespenst Staatsschulden

Staatsschulden werden fast immer als Problem betrachtet: Schuldenuhren ticken; Pro-Kopf-Schulden täuschen den Bürger_innen vor, sie hätten hohe Zahlungsverpflichtungen; allgemein wird von der Belastung künftiger Generationen gesprochen. Fragt man aber danach, ob Staatsanleihen abgeschafft werden sollen, fürchten die meisten Menschen Vermögensverluste. Denn sie (bzw. Banken und Versicherungen in ihrem Auftrag) halten Ersparnisse in Form von Staatspapieren.

Im Fall der USA hält China einen beachtlichen Teil der Staatsschulden. Aber auch das ist keine Bedrohung. Chinas Forderungen entstanden aus chinesischen Exportüberschüssen, die in US-Dollar bezahlt wurden, für die China Staatsanleihen kaufte. Deren Verkauf durch China würde nur bedeuten, dass China dann wieder Dollars hält, auf die es keine Zinsen bekommt.

Amerikanische Staatsschulden sind risiko-

frei – im Gegensatz zu griechischen Staatsschulden oder privaten Schulden. Auch die Zinsbelastung ist kein Problem. Die Zentralbank hat es in der Hand, die Rendite der Staatspapiere zu bestimmen. Allerdings können diese Zinszahlungen die Einkommensverteilung verschlechtern, da die entsprechenden Vermögen vor allem von Reichen gehalten werden.

Die USA haben mehrfach in ihrer Geschichte die Staatsschulden durch mehrjährige Haushaltsüberschüsse abgebaut. Diese Phasen staatlicher Sparsamkeit endeten regelmäßig in tiefen Rezessionen. Das kann nicht überraschen: Wenn der Staat spart, müssen private Haushalte oder Unternehmen Schulden machen. Da sie – im Gegensatz zum Staat – dies nicht unbegrenzt tun können, müssen sie früher oder später in den Sparmodus wechseln, um ihre Bilanzen zu sanieren. Das reduziert die Nachfrage und löst Krisen aus.

Haushaltsdefizite fördern Wachstum

Traditionelle Ökonomen befürchten, dass staatliche Kreditaufnahme private Investitionen verdrängt. Sie unterstellen, es gäbe in einer Volkswirtschaft eine bestimmte Masse an Ersparnissen, um die der Staat und die private Wirtschaft (Haushalte und Unternehmen) konkurrieren. Das Geld, das der Staat zur Finanzierung seiner Defizite nutzt, stehe dann privaten Investoren nicht mehr zur Verfügung, was das Wachstum schwäche.

Diese Sichtweise ist verkehrt. Haushalts-

defizite des Staates erhöhen die der Privatwirtschaft zur Verfügung stehende Geldmenge. Umgekehrt nehmen Haushaltsüberschüsse des Staates, also wenn mehr Steuereinnahmen als Ausgaben anfallen, der privaten Wirtschaft Geld weg. Die Kreditaufnahme des Staates ersetzt in der Vermögensbilanz der privaten Haushalte nur Bargeld durch Staatsanleihen.

Staatsanleihen vergibt der Staat über sogenannte Primärhändler (das sind in der Regel die größten Geschäftsbanken) an private Investoren. Der Preis einer Anleihe mit einem bestimmten Zinssatz und ihre Rendite stehen in einem spiegelbildlichen Verhältnis. Je höher der Preis bzw. Kurs, desto niedriger die Rendite. Die Zentralbank kann aber den Kurs bestimmen, indem sie – potenziell unbegrenzt – Anleihen zu einem bestimmten Preis kauft.

Nur in Ländern mit beschränkter monetärer Souveränität (z. B. in der Eurozone oder Ländern, die sich in Fremdwährungen verschulden) gilt, dass der Staat mit privaten Investoren konkurriert. Da diese Staaten nicht selbst Geld schaffen können, sind sie darauf angewiesen, dass die Kapitalmärkte ihre Anleihen kaufen und dabei die Rendite bestimmen. Damit werden Schuldenkrisen (wie 2010 in Griechenland) möglich.

Eine Handelspolitik für realen Wohlstand

Donald Trump sah Handelsbilanzdefizite als eine Bedrohung für die USA. In der Tat haben viele amerikanische

Arbeiter_innen ihre Jobs verloren, weil die Produktion ins Ausland verlagert oder von billigen Importen verdrängt wurde. Allerdings waren auch viele andere Faktoren mindestens ebenso bedeutsam. Aber letztlich bedeuten Importüberschüsse, dass das Inland über mehr Güter und Dienstleistungen, also realen Wohlstand, verfügt.

Die USA haben das Privileg, dass die Welt ihre Währung, den US-Dollar, als Bezahlung für diese Güter und Dienstleistungen akzeptiert. Die Sonderstellung des Dollar resultiert aus der wirtschaftlichen Dominanz der USA seit dem 2. Weltkrieg. Das 1944 geschaffene Weltwährungssystem, genannt Bretton-Woods-System, etablierte einen Gold-Dollar-Standard, der die Möglichkeit einschränkte, Handelsbilanzdefizite zu finanzieren. Mit der Auflösung des Systems 1972/73 sind die Freiräume gewachsen.

Aber diese Freiräume differieren stark von Land zu Land. Vor allem arme Entwicklungsländer sind auf Dollars angewiesen, um wichtige Importe zu finanzieren. Ihre Exporte bestehen meist aus Rohstoffen oder Billigwaren, die von niedrigen Löhnen abhängen. Die internationalen Institutionen, vor allem der Internationale Währungsfonds (IWF), haben diese Länder gedrängt, diese Produktionsstruktur beizubehalten. Wirklich erfolgreiche Länder wie China haben sich dagegen entwickelt, indem sie ihre Industrie in Bereiche höherer Wertschöpfung sozusagen veredelt haben.

Eine Handelspolitik, die nicht finanzielle Bilanzen, sondern realen Wohlstand zum

Ziel hat, muss dagegen Sozial- und Umweltstandards durchsetzen. Jobgarantien in allen Ländern müssen alternative Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten, um handelsbedingte Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Der Sozialstaat ist finanzierbar.

Der US-amerikanische Wohlfahrtsstaat hat vor allem drei große Programme: die Rentenversicherung (*Social Security*) und die zwei Gesundheitsfürsorgeprogramme, *Medicaid* für Arme und *Medicare* für Ältere. Sie berechtigen die jeweiligen Zielgruppen zu staatlichen Leistungen, sogenannten *Entitlements*. Konservative und neoliberale Politiker_innen und Fachleute sehen in diesen ausgabenstarken Programmen eine Gefahr für die finanzielle Nachhaltigkeit. Angesichts des demografischen Wandels halten sie vor allem die Altersvorsorge nicht für finanzierbar.

Den berechtigten Menschen wird Anspruchsdenken vorgeworfen. Diverse Reformen sollen die Rechtsansprüche auf Leistungen einschränken (z.B. Erhöhung des Renteneintrittsalters). Häufig wird auch eine Privatisierung der Systeme gefordert. Selbst progressive Politiker_innen (z. B. der demokratische Präsident Obama) konnten sich dieser Panikmache nicht entziehen und haben an Reformen zur finanziellen „Sanierung“ mitgewirkt.

Tatsächlich kann der Staat die notwendigen Ausgaben für diese Programme unbeschränkt tätigen, da er das dafür nötige Geld selbst schaffen kann. Selbst der konservative Notenbankchef Alan Greenspan

bestätigte in einer Anhörung vor dem Senat, dass diese Programme sicher seien und ihre Finanzierung nicht gefährdet sei.

Die moderne Geldtheorie MMT sagt aber nicht, dass eine grenzenlose Expansion der Ausgaben, z. B. für Gesundheit, gänzlich unproblematisch ist. Aber das Problem ist nicht die Finanzierung. Der möglicherweise limitierende Faktor ist die reale Verfügbarkeit von Ressourcen wie medizinisches Personal, Krankenhäuser oder Medikamente. Sie gilt es sicherzustellen, statt die Empfangsberechtigten zu verleumden und falsche Finanzierungsprobleme zu erfinden.

Die wirklich bedrohlichen Defizite

Die falsche Fixierung auf fiskalische Defizite lenkt von den realen Defiziten ab, die den Wohlstand gefährden.

Amerika fehlt es an guter Arbeit. Von den vielen Jobs, die seit der Finanzkrise entstanden sind, sind zu viele prekär und schlecht bezahlt. Eng damit verbunden ist das amerikanische Spardefizit. Die meisten Haushalte haben zu geringe Einkommen und zu hohe Ausgaben, um Ersparnisse bilden zu können. Das Gesundheitsdefizit hat dazu geführt, dass die USA trotz überdurchschnittlicher Ausgaben eine niedrigere Lebenserwartung als vergleichbare Länder haben. Hohe Studiengebühren sind verantwortlich für das Bildungsdefizit und massive Verschuldung der Studierenden.

Die Infrastruktur in den USA bedarf massiver Investitionen. Die Klimakrise bedroht

schon jetzt die USA deutlich. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen ebenfalls umfangreiche Transformationsprogramme durchgeführt werden.

Die Einkommensungleichheit bedroht auch die Demokratie. Arme Menschen wählen kaum noch, während die Reichen über viele Wege verfügen, ihre Interessen in der Politik durchzusetzen. Im Ergebnis begünstigt das Steuersystem die Wohlhabenden und die Arbeitsmarktpolitik das Kapital.

Eine Volkswirtschaft für das Volk

Die moderne Geldtheorie MMT beschreibt, wie die Geldwirtschaft heute funktioniert und was daher möglich ist. Sie eröffnet Spielräume für eine Politik für die Menschen, die nicht von falschen Defizitängsten geprägt ist. Amerika kann sich Programme leisten, die gute Arbeit, Bildung und Gesundheitsvorsorge für alle sowie eine moderne und klimagerechte Infrastruktur liefern. Die einzige wirkliche Grenze für all dies ist nicht das Geld, sondern die Verfügbarkeit realer Ressourcen wie Arbeit, Kenntnisse, Anlagen und Rohstoffe.

buch | votum

Das Buch legt klar dar, dass Schuldenbremsen Unsinn sind und progressive Politik daran nicht scheitern darf und soll. Obwohl es stark auf die USA fokussiert ist, gelten die meisten Analysen und Empfehlungen auch für andere Länder mit vergleichbarer Wirtschaftsordnung. Für die Eurozone mit ihrer supranationalen Geld- und nationalen Fiskalpolitik muss die moderne Geldtheorie MMT allerdings angepasst werden. Um die gleichen Gestaltungsspielräume zu haben, müsste der EU-Haushalt erheblich gestärkt werden.

Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft. Von Mariana Mazzucato.

Kernaussagen

Große technologische und ökonomische Innovationen entstehen durch gesamtgesellschaftliches Handeln, nicht durch einzelne, vermeintlich geniale Erfinder. Mit Blick auf die großen Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg entspricht es nicht den tatsächlichen Erkenntnissen, sich eine starre Aufgabenteilung zwischen einem Staat vorzustellen, der maximal durch direkte oder indirekte finanzielle Förderung aktiv wird, und einem ansonsten von weiterer Steuerung unberührt bleibenden Privatsektor.

Mariana Mazzucato erläutert, insbesondere am Beispiel des auf das Ziel einer bemannten Reise zum Mond ausgerichteten amerikanischen Apollo-Projekts der 1960er-Jahre, wie staatliches Handeln durch die Orientierung auf „Zukunftsmissionen“ technologische Innovation antreiben und öffentliche und private Akteure für gesellschaftlich definierte Ziele mobilisieren kann.

Die historische Erörterung dieses „Moonshots“ dient als Ausgangspunkt für die Ableitung allgemeinerer Faktoren für die Entwicklung aktueller „Zukunftsmissionen“, für deren inhaltliche Zielrichtung sie eine Orientierung an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen vorschlägt.



Von Mariana Mazzucato, erschienen 2021 im Campus Verlag, Frankfurt. Kurzgefasst und eingeordnet von Thilo Scholle*.

buch | essenz

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Staatliches Handeln wurde in der deutschen sowie europäischen Öffentlichkeit und über viele Jahre auch in den internen Debatten der Sozialen Demokratie kaum als Treiber technologischer und gesamtwirtschaftlicher Innovation wahrgenommen. Breiten Raum nahm stattdessen die Vorstellung ein, staatliches Handeln fessele die Innovationspotenziale der privaten Wirtschaft und müsse daher möglichst aus der Wirtschaft herausgehalten werden. Mariana Mazzucato bricht mit dieser Vorstellung und zeigt an aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen wie der Bekämpfung des Klimawandels und von sozialer Ungleichheit, wie ein Zusammenspiel staatlicher und privater Akteure in der Bearbeitung großer gesellschaftlicher „Zukunftsmissionen“ funktionieren kann. Damit bietet der Band fruchtbare Anknüpfungspunkte für eine Diskussion über Innovation und Fortschritt, die das Potenzial besitzt, überholte Dichotomien zwischen Staat und Wirtschaft hinter sich zu lassen.

buch | autorin

Die im Jahr 1968 in Rom geborene Ökonomin Mariana Mazzucato verbrachte einen Großteil ihrer Jugend sowie ihre Studienzeit in den USA. Seit 2017 ist sie Professorin für „Economics of Innovation and Public Value“ am University College London und Gründerin des dortigen „Institute for Innovation and Public Purpose“. Mit dem im Jahr 2014 auch auf Deutsch erschienenen Buch „*Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum*“ sowie dem im Jahr 2019 folgenden Band „*Wie kommt der Wert in die Welt? Von Schöpfern und Abschöpfern*“ erlangte sie einen weit über ein wirtschaftswissenschaftliches Fachpublikum hinausgehenden Platz in den öffentlichen Debatten. Zentral für Mazzucatos Arbeiten sind die Fragen, wie ökonomische und gesellschaftliche Innovation und eine auch gesellschaftliche Werthaltigkeit von ökonomischem Handeln entsteht und welche steuernde Rolle staatliches Handeln dabei spielen kann.

*Thilo Scholle ist Jurist und arbeitet als Referent in der Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft des Bundesministerium für Arbeit und Soziales.



buch | inhalt

Geschrieben wurde das Buch während der Corona-Pandemie im Jahr 2020. Eine der in dieser Zeit bestätigten Lektionen ist, dass in Krisensituationen ein staatlicher Eingriff in die wirtschaftliche Entwicklung nur dann wirksam ist, wenn der Staat über die entsprechende Handlungsfähigkeit verfügt. Nötig dazu ist ein Selbstverständnis sowohl des Staates bzw. seiner Institutionen wie auch der individuellen handelnden Personen in diesen Institutionen, sich nicht auf eine Rolle als Retter im Falle von Marktversagen zu beschränken, sondern aktiv technologische und ökonomische Entwicklungen gestalten zu wollen. Weder die Lösung der Corona-Pandemie noch die Sicherstellung beispielsweise des Rechts auf Nahrung, auf Obdach oder auf Bildung werden sonst realisierbar sein.

„Die Antworten auf all diese Fragen hängen von der Organisation unserer Wirtschaft ab – nicht nur von den Summen, mit denen sich ein Problem aus der Welt schaffen lässt. Sie hängen ab von der Struktur, der Leistungsfähigkeit und der Art der Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Außerdem erfordern sie die Vision einer anderen Welt, eine Vision der Art von Wachstum, das wir wollen, sowie der entsprechenden Werkzeuge, die uns diese

Art von Wachstum ermöglichen. Nur eine solche Vision wird der Wirtschaft die Richtung geben, die jetzt nötig ist.“

Auf ein Schlagwort gebracht ist das Ziel von Mazzucatos theoretisch-praktischen Überlegungen die Entwicklung einer „lösungsorientierten Wirtschaft“.

Gegliedert ist der Band in vier Teile. Teil I durchmisst vor allem einige grundlegende Irrtümer im Verhältnis von staatlichem Handeln und vermeintlich überlegener privatwirtschaftlicher Handlungsfähigkeit. Teil II zeichnet die Entwicklung des für die Studie beispielgebenden amerikanischen Apollo-Projekts der 1960er-Jahre nach und leitet einige allgemeine Erkenntnisse aus diesem Beispiel ab. Teil III macht sich an die Ausbuchstabierung und Anwendung von missionsorientierter Politik, die sich an den siebzehn Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen orientieren könnte. Konkret vorgestellt werden die Missionen „Green New Deal“, „Innovation für eine erschwingliche Gesundheitsfürsorge“ sowie „Verringerung der digitalen Kluft“. Der abschließende Teil IV beschreibt generelle Eckpunkte einer „neuen politischen Ökonomie“, die theoretische Eckpunkte für eine missionsorientierte Politik bilden soll.

**Mission mit Startverbot.
Was dem nächsten Mondflug
im Wege steht**

Politisches Handeln im Sinne des „Moonshot“-Prinzips bedeutet die Setzung von Zielen, „die ehrgeizig und inspirie-

rend genug sind, um auf zahlreiche Sektoren und Akteure der Wirtschaft als Katalysatoren für innovatives Denken wirken zu können“. Es geht darum, sich eine bessere Zukunft vorzustellen und öffentliche wie private Investitionen unter der Maßgabe eben dieser Zukunft zu organisieren. Landläufiger Meinung zufolge ist der Staat eine schwer bewegliche Maschine, die zu Innovation schlicht nicht fähig ist. Die Rolle des Staates besteht demnach allenfalls im Reparieren, Regulieren oder Umverteilen. Schlüsselprobleme unseres Wirtschaftens werden wir allerdings erst lösen können, wenn wir uns von dieser eingeschränkten Auffassung lösen. Der öffentliche Zweck muss im Mittelpunkt einer als kollektives Unterfangen verstandenen Wertschöpfung stehen. Unbrauchbar ist daher der Begriff von „Partnerschaft“ zwischen Wirtschaft und Staat. Wesentlich passender ist die Vorstellung eines symbiotischen und mutualistischen Ökosystems aus und um Staat und Wirtschaft, das Risiken und Früchte gleichmäßiger verteilt als bisher.

„Leider ist in unserer heutigen Zeit diese Beziehung allzu oft parasitärer Art; so ist etwa die Finanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens so strukturiert, dass vom Steuerzahler finanzierte Medikamente für eben diesen Steuerzahler zu teuer sind und Bails-outs in Krisensituationen die Risiken, aber nicht die Gewinne sozialisieren.“

Der Kapitalismus in seiner aktuellen Ausprägung hat zur Lösung der Menschheitsprobleme wenig beizutragen. Im Gegenteil: Statt einen Weg nachhaltigen Wachstums zu gehen, hat dieser Kapitalismus „zur Entstehung von Ökonomien geführt, die für Spekulationsblasen sorgen, das ohnehin schon immens wohlhabende ‚1 Prozent‘ weiter bereichern und dabei obendrein den Planeten zerstören“. Hintergrund sind das kurzfristige Denken auf dem Finanzsektor, die Finanzialisierung der Wirtschaft, die Klimakrise sowie ein „träger oder überhaupt fehlender Staat“.

Fünf ökonomisch-theoretische Mythen stehen dem gesellschaftlich-ökonomischen Fortschritt im Weg:

- **„Nr. 1: Risikobereite Unternehmen schöpfen Wert; der Staat ist nur Mittler, der Risiken reduziert.“**
- **„Nr. 2: Sinn und Zweck des Staats bestehen im Reparieren von Marktversagen.“**
- **„Nr. 3: Der Staat ist wie ein Geschäft zu führen.“**
- **„Nr. 4: Outsourcing spart dem Steuerzahler Geld und senkt Risiken.“**
- **„Nr. 5: Der Staat sollte nicht ‚auf Sieger setzen‘.“**

Öffentliche und private Investitionen kannibalisieren sich gerade nicht gegenseitig – im Gegenteil, öffentliche Investition kann auch private Investition anziehen.

Mission Possible. Was es zur Realisierung unserer kühnsten Ambitionen braucht.

Sechs Aspekte waren für das Apollo-Programm wesentlich: eine von einem starken Zweckbewusstsein erfüllte Vision; Risikofreudigkeit und Innovationsbereitschaft der handelnden Akteure; organisatorische Dynamik, Zusammenarbeit und das Realisieren von „Spill-over“-Effekten über mehrere wirtschaftliche Sektoren hinweg; die Beachtung langfristiger Horizonte; eine auf Resultate und nicht auf einzelne Handlungsschritte fixierte Budgetierung und eine dynamische Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor.

Wichtig ist, Risiken einzugehen und sich ständig auf neue Informationen und Umstände einzustellen.

„Organisationen können Risikobereitschaft fördern oder im Keim ersticken.“

Die Frage ist nicht, ob es eine Bürokratie geben sollte, sondern wie sich diese „in eine dynamische, von Kreativität und Experimentierfreudigkeit beseelte Organisation verwandeln lässt“. Zu beachten ist zudem, dass den Reiz der Apollo-Mission nicht der absolute Endzweck ausmachte, „einen Mann auf dem Mond zu platzieren“. Entscheidend sind die auf dem Weg dorthin

geschaffenen gesellschaftlichen Werte samt den technologischen und sonstigen Grundlagen für weitere Entwicklungen und Innovationen, die als „Spill-over“-Effekte gewissermaßen nebenbei entstehen. Die Beispiele von in Folge der Raumfahrtprogramme gelungenen Entwicklungen reichen von der LED-Leuchte über Wasseraufbereitungssysteme, die Computermaschine und die Computertomografie bis hin zur Entwicklung des Handstaubsaugers. In diesem Sinne ist das Entscheidende an der Mission Mondlandung nicht die Landung an sich, sondern die gesellschaftliche Mobilisierung mit ihren vielfältigen Entdeckungen und die daran anschließenden weiteren Prozesse und Entwicklungen.

Missionen in Aktion. Welche großen Herausforderungen wir heute angehen sollten

Ein Mangel an aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen für einen missionsorientierten Ansatz besteht nicht. Die im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen beschlossenen siebzehn Nachhaltigkeitsziele bieten reichlich Auswahl an möglichen Handlungsfeldern. Darüber hinaus sind sie bereits in einzelne Unterpunkte und Ziele gegliedert, die sich im Wege des missionsorientierten Ansatzes aufgreifen und operationalisieren lassen. Dies gilt etwa beispielhaft für das Ziel Nr. 14 „Leben unter Wasser“, für das im Band eine mögliche Missionsskizze gezeichnet wird. Einzelne Aspekte hier sind etwa die Wiederverwertung von Verpackungsmaterial, die Entwicklung von autonomen Anlagen auf den Weltmeeren zur Entfernung von

Plastikmüll sowie die Entwicklung von Mechanismen zur Digestion von Plastik und Mikroplastik, die u.a. durch Aktivitäten in den Bereichen chemische Industrie, Biotechnik, KI-Technologie und Abfallwirtschaft entwickelt werden könnten.

Entscheidend bei der Auswahl einer Mission ist auch, dass sie die Suche nach mehreren Lösungen anstoßen muss und sich nicht auf einen einzigen Entwicklungsweg oder eine Technologie konzentrieren darf. Wichtig ist zudem die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Prozesse. Gerade diese Beteiligung bei der Auswahl und Ausgestaltung von Missionen ist ein gesellschaftlich sehr sensibler Aspekt. So lässt sich am Beispiel des Apollo-Projekts zeigen, wie wenig sich beispielsweise die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den USA der 1960er-Jahre durch die gesellschaftliche Mobilisierung für die Raumfahrt betroffen sah. Dies galt vor allem deshalb, weil ein direkter Nutzen für die Bekämpfung von Armut und Diskriminierung schwarzer Amerikanerinnen und Amerikaner durch diese Mission nicht ersichtlich war.

Ausführlicher spielt Mazzucato die Missionsidee an den drei bereits benannten aktuellen Vorschlägen „Green New Deal“; „Gesundheitsfürsorge“ und „Verringerung der digitalen Kluft“ durch. Auch hier sucht sie immer wieder nach Hinweisen, ob der Nutzen dieser Missionen die Interessen von möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen umfasst.

Die nächste Mission. Ein Neuentwurf der Wirtschaft und unsere Zukunft

Erforderlich ist die Entwicklung einer neuen politischen Ökonomie. Diese sollte sich um sieben Säulen gruppieren. Es braucht einen neuen Ansatz bezüglich des Werts und des kollektiven Prozesses, der für die Schaffung ökonomischer Werte notwendig ist. Geboten ist zudem die Analyse von Märkten und die Marktgestaltung durch staatliches Handeln. Die öffentliche Verwaltung ist so zu organisieren, dass sie Experimentierfreude mit der Fähigkeit verbinden kann, mögliche „Spillover“-Effekte aus einer Mission auch zur Lösung weiterer gesellschaftlicher Herausforderungen zu erkennen. Wichtig für diesen Zweck ist auch, den nötigen Finanzrahmen an den angestrebten Zielen und nicht umgekehrt auszurichten. Ungleichheit sollte bereits vor und nicht erst mit der Umverteilung entgegengewirkt werden. Die Verteilungsfrage stellt sich also bereits im Produktionsprozess und nicht erst hinterher. Und zu guter Letzt geht es um die Entwicklung symbiotischer Partnerschaften zwischen Staat und Privatwirtschaft.

buch | votum

Staatliches und privatwirtschaftliches Handeln haben mehr miteinander zu tun, als manch populäres Talkshow-State-ment bis in unsere Zeit hinein glauben machen will. Staatliches Handeln steht technologischer und ökonomischer Innovation gerade nicht entgegen, sondern ist

vielfach der entscheidende Impulsgeber für solche Entwicklungen gewesen. Dass es dabei gerade nicht um simple gesetzliche Rahmensetzung und die Verteilung von Fördergeldern gehen darf, sondern ein wesentlich aktiveres Einbringen nötig ist, zeigt der Band von Mazzucato auf überzeugende Weise.

Dabei muss man sich klarmachen, dass das Prinzip der „Missionen“ nicht trivial ist. Nötig sind eine mutige politische Vorgabe und ein möglichst breiter gesellschaftlicher Konsens hinter dieser Vorgabe. Dies schließt ein, mit der Mobilisierung für bestimmte „Missionen“ möglicherweise andere denkbare Ziele nicht mit gleicher Intensität verfolgen zu können. Größte Herausforderung dürfte die Mobilisierung und Ausbalancierung unterschiedlicher Interessen sein. Welche Missionen gesellschaftlich getragen und letztlich auch von relevanten ökonomischen Akteuren unterstützt werden, ist auch eine Frage von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, die weit über ihre jeweilige Repräsentanz im Parlament hinausgehen.

Die Organisation von verteilungspolitischen „Spill-over“-Effekten könnte zudem auf den Widerstand von Akteuren stoßen, die sich zwar technologiepolitisch und mit Blick auf eigene Profitinteressen durchaus in einer Mission wiederfinden können, dies aber vor allem zu einem sehr eng verstandenen eigenen ökonomischen Nutzen tun wollen. Richtigerweise macht Mazzucato deshalb auch die Prämisse, die Verteilungsfrage müsse sich bereits in der Produktion stellen, zu einem der Bausteine

ihrer neuen politischen Ökonomie.

Mit Mazzucatos Ansatz lässt sich eine gemeinwohlorientierte politische Zielrichtung beschreiben, die es schafft, das Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure im Sinne eines gesellschaftlichen Ziels ohne bürokratische Steuerung zu bewirken. Die Schaffung von Wert ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Mariana Mazzucato bietet eine Grundlage für die Ausbuchstabierung großer Vorhaben einer Politik der Sozialen Demokratie in den kommenden Jahrzehnten.

Unsere Welt neu denken. Von Maja Göpel.

Kernaussagen

Klimawandel, Ungleichheit und der digitale Fortschritt verlangen von allen, unsere Welt neu zu denken. Maja Göpel analysiert, warum wir es zu den ökologischen und sozialen Problemen haben kommen lassen. Das Hauptproblem besteht in unserem gegenwärtigen Verständnis von Wachstum. Es ist nicht vereinbar mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Dabei führt Konsumverzicht nicht zwingend zu Wohlstandsverlusten und technologischer Fortschritt nicht zwangsläufig zu mehr Nachhaltigkeit.



Für einen Wandel zu einer besseren Welt muss der Staat die Richtung vorgeben, in die sich der Markt entwickeln soll. Nachvollziehbare Entscheidungen einzelner Marktteilnehmer_innen führen nämlich nicht immer zum allgemeinen und damit auch ihrem eigenen Wohlergehen.

Von Maja Göpel, erschienen im Jahr 2020 im Ullstein Verlag, Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von Carsten Schwäbe*.

buch | essenz

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Die soziale Frage ist mit der ökologischen Frage untrennbar verbunden. Es braucht eine neue Verständigung über Gerechtigkeit, wie Investitionen in eine nachhaltige Wirtschaftsweise finanziert werden und wo wir als Gesellschaft auf Konsum verzichten können. Gerechtigkeitsfragen und ein starker Staat sind die Kernthemen der Sozialdemokratie. Das Buch liefert dafür wichtige Denkanstöße.

buch | autorin

Maja Göpel ist die Wissenschaftliche Direktorin des 2020 gegründeten Hamburger Think Tanks „The New Institute“. Bekannt wurde die Diplom-Medienvirtin und promovierte Politökonomin als Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen. In ihrer Arbeit an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und gesellschaftlicher Interessenvertretung beschäftigt sie sich als Transformationsforscherin mit den Grundvoraussetzungen unserer Gesellschaftsordnung und wie diese im sozial-ökologischen und digitalen Zeitalter neugestaltet werden sollen.

buch | kapitel

Über Jahrzehnte hat unser Wirtschaftssystem uns ein Mehr an Energie, Nahrung, Medizin und Sicherheit gebracht. Der Wohlstand konnte für alle, auch die Armen, gemehrt werden; Fortschritt und Frieden stellten sich in der Nachkriegszeit ein. Dieses Wachstum halten wir heute für selbstverständlich. (S. 12-13) Doch unser Wirtschaftssystem steht unter Druck und zwar nicht nur durch Klimawandel, Umweltverschmutzung oder Ressourcenverbrauch. Auch hohe Mieten, Finanzkrisen oder die Ungleichheit sind menschengemacht. Daher stehen wir an einer Zeitenwende. Erst wenn wir uns der manchmal auch verborgenen Regeln unseres Wirtschaftssystems bewusstwerden und sie hinterfragen, können wir mit wirklich neuen Lösungen experimentieren.



Bisher basierte unser Verständnis von Fortschritt auf „expandieren und extrahieren“, oder direkter formuliert: „ausbreiten und ausbeuten“. (S. 29-30) Dieses Modell funktionierte, solange es nur wenige Menschen auf der Welt gab und die meisten davon nur bescheidene Konsumwünsche hatten. Das hat sich geändert:

„Während der Menschheit lange sehr viel Planet für wenig Mensch gegenüber stand, gibt es heute für immer mehr Menschen immer weniger Planet. Will die Menschheit nicht ihren eigenen Zusammenbruch herbeiführen, muss sie lernen, in einer vollen Welt zu wirtschaften, auf einem einzigen Planeten, mit begrenzten Ressourcen.“ (S. 44)

Zum Verhältnis von Menschen und Natur

Ein Beispiel: Bis zum Zweiten Weltkrieg dienten Hühner auf den Bauernhöfen als Nahrungsquelle für Eier und Fleisch. Heute gibt es hochspezialisierte Hühnerrassen in getrennten Geflügel- und Legebatterien. Mit ihnen verschwand die Vielfalt auf den Höfen und die genetische Verengung macht die Tiere heute krankheitsanfälliger. (S. 41-43)

Ein weiteres Beispiel: Bienen und andere Insekten bestäuben Pflanzen. Ihre Leistung lässt sich auf Billionen von Euro beziffern. Das Insektensterben durch den Einsatz von Pestiziden gefährdet nun die Artenvielfalt

und auf lange Sicht die Produktivität. Noch versucht der Mensch, die Natur zu ersetzen, wenn sie nicht in seinem Sinne funktioniert. So lässt zum Beispiel die US-amerikanische Supermarktkette Walmart Roboterbienen entwickeln, die aber einen hohen Energiebedarf haben und weniger effizient sind als echte Bienen.

„Indem der Mensch die natürlichen Systeme seinem Bedarf unterwirft, reduziert er ihre Vielfalt, macht sie verletzlicher und braucht einen immer größeren Aufwand, um sie zu stabilisieren.“ (S. 53)

Warum aber haben wir uns so von der Natur abgekoppelt? Das hat mit der dominierenden Denkweise der Wirtschaftswissenschaft zu tun. Obwohl einige Studien belegen, dass ab einer gewissen Einkommenshöhe zusätzliches Geld nicht mehr glücklicher macht, prägt unser Wirtschaftssystem weiterhin der Homo Oeconomicus und seine Rationalität als Maximierung von Nutzen und Einkommen.

Die Berufung auf den schottischen Moralphilosophen Adam Smith, den Erfinder der „unsichtbaren Hand“ des Marktes, greift zu kurz. Dieser betonte schon im 18. Jahrhundert die Bedeutung des Mitgefühls als zentralem Wesenszug des Menschen. Daher sollten Märkte im Sinne der Menschen reguliert werden, wenn die unsichtbare Hand allein nicht zu gewünschten Ergebnissen führt.

Um die Bedeutung des globalen Wettbewerbs für ökonomische Effizienz zu betonen, bezieht sich die Wirtschaftswissenschaft auch auf Charles Darwin und die Evolutionsbiologie. Der Druck globaler Konzerne führe zu einem starken Wettbewerb, in dem sich nur das Beste durchsetze und damit Effizienz gewährleiste. Dabei wird oft vergessen, dass Darwins Verständnis von Evolution nicht auf Konzentration, sondern auf Vielfalt fußt. Konkurrenz in der Natur ist lokal begrenzt. Unterschiedliche Rahmenbedingungen ergeben unterschiedliche Lösungen, die jedoch einen wichtigen Wert für den Fortbestand des gesamten Systems und für die Entstehung neuer Ideen haben.

Adam Smith oder Charles Darwin sind zwei Beispiele für die Tendenz der aktuellen Wirtschaftswissenschaft, Theorien aus ihrem Kontext zu reißen und als universelle Gesetzmäßigkeiten auszugeben. Die Wirtschaftswissenschaft muss aber reflexiver werden und sich stärker hinterfragen. (S. 65-66)

Die bisherigen Vorstellungen blockieren neue, kooperative Lösungen für das Leben der Menschen in der neuen Realität einer „Vollen Welt“. (S. 72-73), also einer Welt, in der sehr viele Menschen mit sehr weitgehenden Konsumwünschen zusammenleben.

Werte jenseits von Wachstum neu definieren

Der zentrale Wert unseres Wirtschaftssystems ist heute noch das Wachs-

tum. Indem das Bruttoinlandsprodukt jedes Jahr weiterwächst, mehren wir unseren Wohlstand, erhöhen den Konsum oder müssen weniger arbeiten. In der alten Realität einer leeren Welt, in der wenige Menschen lebten, hat das für eine gewisse Zeit funktioniert, auch weil die meisten Menschen mit sehr wenig Konsum auskamen.

Die sich verstärkenden Umweltprobleme zeigen, dass wir die natürlichen Grenzen der Leistungsfähigkeit unseres Planeten erreichen. Wirtschaftswachstum und der Ausstoß von Treibhausgasen haben sich in den letzten zwei Jahrhunderten parallel entwickelt. Nur in Wirtschaftskrisen wie der Ölkrise in den 70er Jahren oder dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts gingen die Emissionen zurück.

„Schrumpft die Wirtschaft, verlangsamt sich der Klimawandel. Wächst die Wirtschaft, beschleunigt er sich.“ (S. 76)

In der neuen Realität müssen wir uns die Frage stellen: Wie viel ist genug? Das ist aber in unserem wachstumsorientierten Wirtschaftssystem nicht vorgesehen.

Unser Wirtschaftssystem lebt davon, dass immer wieder Neues entwickelt, vermarktet und konsumiert wird und nicht davon, mit Ressourcen nachhaltig umzugehen. (S. 81-82)

Man muss sich nur vorstellen, ein großer Handy-Hersteller würde ankündigen, für

das kommende Jahr kein neues Produkt auf den Markt zu bringen. Oder der Staat verteuert Handys mit höheren Steuern – möglicherweise aus Umweltgründen. Der Konsum würde sinken, Aktienkurse des Unternehmens einbrechen und Arbeitsplätze wären gefährdet.

Grund dafür ist das die Modellannahme in der Wirtschaftswissenschaft, bei der der Wert mit dem Preis gleichgesetzt wird. Der Wert eines Gutes ergäbe sich demnach aus der Zahlungsbereitschaft des Homo oeconomicus.

„Subjektive Präferenzen (der Käufer*innen) schlagen objektive Ressourcen, Tauschwert entkoppelt sich vom Nutzwert.“ (S. 92)

Nur so ist zu erklären, warum viele Medikamente - zum Beispiel zur Bekämpfung von Krebs - so teuer sind, obwohl ihr Vorteil im Vergleich zu verfügbaren Alternativen nur gering ist: Es gibt jemanden, der diesen Preis bereit ist zu zahlen. Daher fordert Göpel mehr Transparenz darüber, wie Preise entstehen und wie sie mit gesellschaftlichen Werten und Zielen in Einklang gebracht werden können. (S. 94)

Technologischem Fortschritt und Konsum eine nachhaltige Richtung geben

Technologischer Fortschritt steht für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch für die Ausbeutung

der Natur durch den Menschen. Vergleicht man zum Beispiel die Entwicklung der Motorenleistung eines VW Käfers aus den 50ern mit einem VW Beetle der 90er, so ist der Benzinverbrauch pro Kilometer annähernd gleichgeblieben, aber die Leistung von etwa 30 auf 90 bis 115 PS gestiegen. Der Fortschritt des sparsameren Verbrauchs wurde in Motorleistung übertragen und der Benzinverbrauch stieg weiter, da immer mehr Leute ein Auto besaßen. (S. 104-105)

Eine neue, sparsame Technik findet größere Verwendung und führt damit zu einem höheren Verbrauch, der die technologischen Einsparungen übersteigt. Dieses Phänomen wird Rebound-Effekt genannt. Davor sind auch Technologien für die sozial-ökologische Transformation nicht gefeit. Die Gesellschaft müsse ihnen deshalb eine klare Richtung geben.

Beispiel Elektromobilität: Das US-Unternehmen Tesla wirbt mit für ein Sportwagenmodell, das selbst 2,1 Tonnen wiegt, nochmal 1,7 Tonnen laden kann und eine besonders schnelle Beschleunigung garantiert. Obwohl nur wenige Käufer solche Leistungen wirklich brauchen, wurde das Modell in den USA bereits mehr als zweihundertfünfzigtausend Mal vorbestellt. (S. 112)

Nicht nur Innovationen, sondern auch der Konsum muss sich nachhaltig an unseren Bedürfnissen orientieren.

„Wir leben gar nicht umweltschonender, nur weil

wir wohlhabender sind. Im Gegenteil. Wir schützen unsere eigene Umwelt natürlich durch schärfere Regeln und bewirtschaften ein im internationalen Vergleich relativ weit entwickeltes Müllsystem. [...] Wir lagern aus, was für uns unangenehm ist, und ein, was wir brauchen. Das gilt europaweit“. (S. 126)

Dabei macht der Konsum nicht zwingend glückliche. Für immer mehr Leute werden Besitz und Status zum Indikator für den eigenen Selbstwert. Würden wir soziale und ökologische Werte in den Vordergrund stellen, würde die Bedeutung des Materiellen für den eigenen Selbstwert sinken. Die Gesellschaft wäre in der Lage, die wirklich wichtigen Bedürfnisse zu priorisieren und auf diese Weise einen nachhaltigen Konsum mit mehr Lebensqualität zu verbinden. (S. 133-135)

Markt und Staat sind nicht trennbar, sondern ergänzen sich gegenseitig.

Auch die Rolle des Staats im Markt muss neu bedacht werden. Ein Beispiel: Bis in die 1950er Jahre war die Eisenbahn das günstigste und zuverlässigste Verkehrsmittel, um von der Kleinstadt Ithaca nach New York zu reisen. Als sich jedoch immer mehr Menschen ein Auto leisten konnten, benutzten sie die Eisenbahn nur noch bei Schnee und Eis. Für die Eisenbahn-

gesellschaft wurde das Geschäft unrentabel und sie wurde geschlossen. (S. 136-137)

Obwohl sich die einzelnen Menschen aus ihrer individuellen Sicht rational verhalten haben, kam ein für alle ungünstiges Ergebnis heraus. In der Wissenschaft wird dieses Problem „Die Tyrannei der kleinen Entscheidungen“ genannt. Der Markt koordiniert die Wünsche der Einzelnen oft nicht in gesellschaftlich gewünschter Weise. Göpel spricht daher dem Staat die Rolle einer übergeordneten Instanz zu, die überprüft, ob die Einzelentscheidungen wirklich einen höheren Nutzen für alle erzeugen.

Der Staat gibt dem Markt Richtungen vor und schafft auf diese Weise nicht weniger, sondern sogar mehr Freiheit. Dies richtet sich gegen einen „halbierten Liberalismus“, bei dem mehr Freiheit ausschließlich durch einen besser koordinierten Markt entsteht. Denn so soll der Einzelne die globalen Umweltprobleme durch seine Kaufentscheidung lösen. Dies ist die Privatisierung des Umweltschutzes. Darüber freute sich die Wirtschaft, weil sie verantwortungsbewussten Verbraucher*innen nun ein Zusatzangebot mit entsprechenden Labels für das bessere Gewissen machen konnte. Und es freute die Politik, weil sie damit um die unangenehme Aufgabe herumkam, etwas auch gegen Widerstände politisch zu regeln, am Ende gar etwas zu verbieten.“ (S. 149)

Wirklich weit sind wir damit auf den Weg in eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft noch nicht gekommen.

buch | votum

Maja Göpel gibt in ihrem Buch einen Überblick über die aktuelle Forschung zu sozial-ökologischen Transformationen. Die zum Teil komplexen und alternativen Denkweisen zum konventionellen Verständnis von Wirtschaften veranschaulicht sie in verständlicher Sprache. Konkrete Lösungsvorschläge umfasst das Buch nur wenig, dafür aber viele Beispiele und Buchempfehlungen zum Weiterlesen. Zentral ist für Göpel, dass wir erst unser Denken über schrankenloses Wachstum ändern müssen, bevor wir über gerechte Lösungen für eine nachhaltige Wirtschaft diskutieren.

„Wer akzeptiert, dass es Grenzen gibt, der muss auch akzeptieren, dass Güter und Verschmutzungsrechte endlich sind. Wenn der Kuchen aber nicht immer größer werden kann, stellt sich automatisch die Frage, wie er zu verteilen ist.“ (S. 161)

Die ökologische Frage ist auch eine soziale Frage und Gerechtigkeit wird zum Schlüssel für die sozial-ökologische Transformation.: Wie finanzieren wir die massiven Investitionen in eine nachhaltige Wirtschaft? Während viele eine höhere Staatsverschuldung akzeptabel finden, sollte eine ausgewogene Finanzierung auch Steuererhöhungen für besonders hohe Einkommen und Vermögen in Betracht ziehen. Denn diese haben besonders vom bisherigen Wirtschaftssystem profitiert. Umverteilung ist auch dann notwendig, wenn

ökologischere Produkte höhere Preise bedeuten, damit alle sich Nachhaltigkeit auch leisten können. Brechen alte Industrien weg, müssen Markt und Staat aktiv über die Entwicklung neuer Industrien in den betroffenen Regionen nachdenken, statt diese einem schrankenlosen Wettbewerb auszusetzen.

Die politische Gestaltung dieses Wandels ist jedoch voraussetzungsvoll. Regierungen müssen ihn nicht nur einfach umsetzen. Gesellschaftliche Gruppen müssen sich im politischen Prozess ebenso aktiv einbringen, um neue, nachhaltige Ideen vor Ort in der Kommune oder im Unternehmen voranzubringen. Wer dafür noch Denkanstöße braucht, der findet sie in Maja Göpels Buch.

Kapital und Ideologie. Von Thomas Piketty.

Kernaussagen

Ungleichheiten – jede Gesellschaft muss sie rechtfertigen. Die Rechtfertigungen waren und sind umkämpft. Einst galt Ungleichheit als gott- oder naturgegeben, später als Stabilitätsfaktor. Heute wird immer noch behauptet, sie nutze letztlich allen. Das ist eine Ideologie, die gleichzeitig privates Eigentum heiligt und behauptet, Aufstieg für alle sei möglich.

Das tatsächliche Maß an Ungleichheit lässt sich nicht mehr rechtfertigen und hinnehmen. Eine Koalition für mehr Gleichheit braucht neue Ideen, eine bessere Ideologie, eine alternative Erzählung. Wichtige Bausteine dafür sind das Nachdenken über eine gerechte Gesellschaft, ein partizipativer Sozialismus und die Idee temporären Eigentums. Wichtige Forderungen lauten: sehr hohe progressive Steuern auf Vermögen, Einkommen, Erbschaften und CO₂ sowie eine breitere Vermögensstreuung durch ein Erbe für alle. Zudem: wirkliche Chancengleichheit durch gezielte Bildungsinvestitionen, eine neue Form der Parteienfinanzierung und mehr Mitbestimmung in Unternehmen.



Von Thomas Piketty, erschienen 2020 im C.H. Beck Verlag, München. Kurzgefasst und eingeordnet von Jochen Dahm*.

buch | essenzen

Perspektive der Sozialen Demokratie

Piketty entwickelt aus der historischen Analyse den visionären Überschuss, der oft schmerzlich fehlt. Er analysiert Ideen, Diskurse und Wendepunkte. Er zeigt, welche Erfolge die Sozialdemokratie Mitte des 20. Jahrhunderts im Kampf gegen Ungleichheit feiern konnte: intellektuell, an der Wahlurne und dank konkreter Reformen.

Aber er legt den Finger auch in die Wunde: Für ihn steht fest, dass die *egalitären sozialdemokratischen Koalitionen* ihr Programm und ihre Ideologie nicht ausreichend vertieft und erneuert haben. Eine Folge: Die weniger Privilegierten wählen heute andere Parteien – oder gar nicht.

buch | autor

Thomas Piketty ist ein französischer Wirtschaftswissenschaftler. Er ist Professor an der École d'Économie de Paris und der École des Hautes Études en Sciences Sociales (EHESS). 2014 sorgte seine Veröffentlichung *Das Kapital im 21. Jahrhundert* weltweit für sehr große Aufmerksamkeit. *Kapital und Ideologie* schließt daran an.

buch | inhalt

Einleitung

Jede Gesellschaft muss ihre Ungleichheit rechtfertigen. Kann sie das nicht, zerfällt sie. Im Laufe der Geschichte wurden Ungleichheiten mit sehr unterschiedlichen Ideologien gerechtfertigt. Aus heutiger Sicht erscheinen manche davon verrückt. Trotzdem muss man sie ernst nehmen. In ihrer Zeit waren sie Ausdruck der herrschenden Vorstellung einer gerechten Gesellschaft.

Der Begriff *Ideologie* ist nicht abwertend zu verstehen. Er beschreibt das Zusammenspiel von Ideen und Diskursen, die Aussagen darüber machen, wie die Gesellschaft sein sollte. Besonders interessant sind dabei die Aussagen darüber, wie mit Grenzen und Eigentum umgegangen werden soll.



Wer gehört dazu und wer nicht? Das ist kurz gesagt die Frage der Grenze, die sich jede Gesellschaft stellen muss. Auf welchem Gebiet sollen die gemeinsamen Regeln gelten? Wie kann man Teil der Gesellschaft werden? Wie werden die Beziehungen zu anderen Gesellschaft gestaltet?

Wer darf was besitzen? Kann man Menschen besitzen – wie es die Sklavenhaltergesellschaften bejahten? Kann man die Wasserversorgung einer Stadt besitzen, wissenschaftliche Erkenntnisse, Häuser, Wälder, finanzielle Vermögenswerte? Auch diese Fragen muss jede Gesellschaft beantworten.

Die heutige Ideologie lautet kurzgefasst so: Die aktuelle Ungleichheit ist gerecht und angemessen. Denn jeder und jede hat die gleichen Chancen, Eigentum zu schaffen. Außerdem profitieren alle indirekt von dem Wohlstand, den die Reichen schaffen. Sie haben sich ihren Reichtum daher verdient – anders als in früheren Gesellschaften.

Schaut man auf die Fakten, ist diese meritokratische Erzählung ein Ammenmärchen, vielleicht nicht viel verrückter als andere zuvor: Sozialer Aufstieg ist die große Ausnahme. Daran trägt besonders die mangelnde Chancengleichheit in den untersuchten Ländern

Schuld, aber auch die ungleichen Startchancen je nachdem, wo in der Welt man geboren wurde.

Schlimmer noch: Weil behauptet wird, jeder und jede könnte gewinnen, werden

die, die es nicht geschafft haben, moralisch abgewertet. In der Ständegesellschaft wurden die Armen für ihre Armut immerhin nicht noch verspottet.

Das faktische Maß an Ungleichheit ist grotesk und die Ungleichheit wächst. Ein Beispiel: Zwischen 1980 und 2018 lag der Anteil des reichsten Prozents der Menschen am Einkommenszuwachs bei 27 Prozent, der Zuwachs der ärmsten 50 Prozent bei 13 Prozent. 3,5 Milliarden Menschen hatten also nicht mal die Hälfte des Einkommenszuwachses einiger Superreicher.

Konservative Eliten behaupten oft, Ungleichheit sei naturgegeben oder technisch bedingt. Für sie ist der Status quo der einzig denkbare. Es sei nur zum Besten der Armen und der Gesellschaft als Ganzen. Ihn zu verändern sei kaum möglich und falls doch, dann nur mit großem Schaden für alle.

War die Entwicklung zu genau 27 Prozent Einkommenszuwachs der Superreichen also alternativlos? Natürlich nicht. Der Status quo ist immer die Folge konkreter politischer und rechtlicher Regelungen, sozialer Konstruktionen. Nichts gibt es einfach so: weder den Markt, noch den Wettbewerb, Vermögen oder Schulden, Einheimische oder Fremde.

Die historische Analyse zeigt, wo in der politischen Auseinandersetzung andere Pfade hätten beschritten werden können. Sie zeigt, wo es zwischen weit entfernten Ländern Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt und gab. Es wird deutlich,

dass es im Großen und Ganzen Fortschritt für die Menschheit gab. Aber der kommt nicht von allein und nicht ohne Rückschritte. Die historische Analyse hilft, eine neue Ideologie zu entwickeln: die eines partizipativen Sozialismus für das 21. Jahrhundert.

Der Begriff *Ideologie* wird im allgemeinen Sprachgebrauch oft abwertend benutzt. Einer theoretischen Verböhrtheit wird dann ein flexibler Pragmatismus entgegengestellt. Nicht selten sind jene Menschen, die für sich Pragmatismus in Anspruch nehmen, aber besonders ideologisch – im negativen Sinn. An die Stelle von Fakten und historischer Genauigkeit setzen sie ihre hartnäckigen Vorurteile und ihren Klassenegoismus.

Ungleichheitsregime in der Geschichte

Europäische Gesellschaften und ihr Weg in Eigentümergeellschaften im 19. Jahrhundert

Vor der Französischen Revolution gliederten sich die Gesellschaften in drei Teile: Klerus, Adel und dritter Stand aus Bauern und Bürger_innen.

Letzterer umfasste weit über 90 Prozent der Bevölkerung, während die ersten beiden Stände nur einen sehr geringen, jedoch umso privilegierten Bevölkerungsanteil ausmachten. Auch die Kirche hielt im betrachteten Zeitraum große Eigentumsanteile. Bereits in den 1780er Jahren besaß die katholische Kirche

zwischen 25 Prozent und 30 Prozent des Gesamtvermögens.

Gerechtfertigt wurde die bestehende Ordnung durch den Glauben, die einzelnen Stände würden sich in ihren Funktionen ergänzen und so ein sicherheitsschaffendes Gleichgewicht bilden.

Diese dreigliedrigen Gesellschaften veränderten sich nach der Revolution von 1789. Die Privilegien von Klerus und Adel wurden weitestgehend abgeschafft. Hoheitliche Funktionen wurden vom Eigentumsrecht getrennt. Progressive Steuermodelle, die bereits diskutiert worden waren, wurden aber keine Realität. Das Argument lautete: politische Stabilität. In den Eigentümergeellschaften blieben die ungleichen Vermögensverhältnisse daher bestehen.

Die Sklavenhalter- und Kolonialgesellschaften

Wie Kolonialmächte Ungleichheit förderten

Die Kolonialzeit war davon geprägt, dass einige wenige (weiße) Eliten ganze Länder ausbeuteten. Die Folge war eine starke Eigentumskonzentration.

Bemerkenswert: Als in Europa im 19. Jahrhundert die Sklaverei abgeschafft wurde, führte das nicht zu einer Verringerung der Ungleichheit. Denn nicht die Sklav_innen wurden entschädigt, sondern die Sklavenhalter_innen. Ein überdeutlicher Beleg dafür, dass Ungleichheit immer eine direkte

Folge politischer Entscheidungen und rechtlicher Regelungen ist.

Mehr noch: In Großbritannien stieg infolge der Entschädigungen die Staatsverschuldung. Kleine und mittlere Haushalte wurden mit höheren Steuern belegt. Für die Sklav_innen selbst bedeutete das Ende der Sklaverei oftmals den Beginn prekärer Beschäftigung.

Die große Transformation im 20. Jahrhundert

Die Verringerung von Ungleichheit und die Krise der Eigentümergesellschaften

Die Eigentümergesellschaften brachen zwischen 1914 und 1945 zusammen. Sozialdemokratische und kommunistische Diskurse forderten sie intern heraus, Unabhängigkeitsbestrebungen in den Kolonien extern. Nationalismus und Rassenwahn führten schließlich zu den Weltkriegen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Vermögenskonzentration in Westeuropa und den USA ab: in Frankreich etwa dank Verstaatlichungen in den USA in der Folge hoher progressiver Einkommensteuern. Der Anteil der oberen 10 Prozent am nationalen Einkommen sank in Westeuropa von 50 Prozent zwischen 1900 und 1910 auf 30 Prozent im Zeitraum 1950 bis 1980, in den USA auf 35 Prozent. Erst die Politik von Ronald Reagan und Margret Thatcher in den 1980er Jahren führte zu einer Rückkehr der massiven Ungleichheit.

In den sozialdemokratischen Gesellschaften gab es zwischenzeitlich große Erfolge. Sie gelangen mit unterschiedlichen Arten von Verstaatlichungen, staatlichen Bildungs-, Gesundheits- und Rentensystemen, progressiver Besteuerung von höchsten Einkommen und Vermögen und dem Auf- und Ausbau von betrieblicher und Unternehmensmitbestimmung. Eine dauerhafte Antwort auf die Entwicklung der Ungleichheit ab den 1980er Jahren fanden sie nicht. Ein besonderes Versäumnis: der Aufbau transnationaler Regelungen zur Bekämpfung von Steuerdumping. Ein ebenso großes: wirkliche Chancengleichheit im Bildungssystem.

Neues Nachdenken über die Dimensionen des politischen Konflikts

Eine Betrachtung der aktuellen Situation

Die Wählerschaft linker Parteien hat sich seit den 1950er Jahren stark verändert. Von den 1950er- bis in die 1970er Jahre wählten hauptsächlich schlechter gebildete Personengruppen mit geringeren Einkommen linksgerichtete Parteien. Das Parteiensystem strukturierte sich annähernd nach Klassengegensätzen.

Heute kann man es als Multielitensystem beschreiben. Die besser Gebildeten stellen den größten Anteil der Wähler_innen linker Parteien. Die Wähler_innen mit den höchsten Einkommen und Vermögen wählen überwiegend konservative Parteien. Beide wechseln sich an der Macht ab.

Wer zu keiner der beiden Gruppen zählt, sieht sich zunehmend abgehängt. Parallelen zur Ständegesellschaft drängen sich auf. Eine Gefahr und Folge, die sich bereits beobachten lassen: der erstarkende Sozialnativismus – nationale Mehrheiten werden priorisiert, Minderheiten und Zuwanderung werden abgelehnt.

Eine Antwort darauf muss europäisch sein. Es braucht ein souveränes Europäisches Parlament und einen europäischen Sozialföderalismus, unter anderem mit harmonisierten Steuersätzen.

Ein partizipativer Sozialismus im 21. Jahrhundert

Aber es braucht auch weitergehende Antworten. Es ist kein Wunder, dass sich der politische Konflikt auf Abgrenzung und Identität konzentriert, wenn es scheinbar keine Alternative zu den bestehenden sozioökonomischen Verhältnissen gibt.

Um sie zu finden, müssen wir uns darauf einigen, was eine *gerechte Gesellschaft* ausmachen soll. Der Vorschlag: Eine gerechte Gesellschaft organisiert soziale und wirtschaftliche Beziehungen, Eigentumsverhältnisse, Einkommens- und Vermögensverteilung so, dass sie ihren am wenigsten begünstigten Mitgliedern die bestmöglichen Existenzbedingungen bietet.

Wir brauchen einen neuen Begriff: *temporäres Eigentum*. Die Anhäufung von Eigentum geschieht nicht im luftleeren Raum. Sie ist auf gesellschaftliche Leistungen angewiesen, auf gesellschaftliche Infrastruktur,

Arbeitsleistungen anderer, das Rechtssystem, das Wissen, das die Gesellschaft sich über Jahrhunderte angeeignet hat, und vieles mehr. Es wäre daher nur folgerichtig, wenn Eigentum zum Teil jährlich an die Gesellschaft zurückfließt.

Beide Überlegungen münden in den Vorschlag eines *partizipativen Sozialismus*. Der Begriff *Sozialismus* würdigt die überwiegenden Erfolge der Sozialdemokratie und des demokratischen Sozialismus in Westeuropa. Das Adjektiv betont die Abgrenzung vom katastrophalen Staatssozialismus im Osten. Der partizipative Sozialismus zeichnet sich durch Mitbestimmung, Teilhabe und Dezentralisierung aus.

Einige konkrete Vorschläge:

1. Eine Reform der Unternehmensmitbestimmung. Sie muss auch bei kleineren Betrieben greifen und mehr Mitbestimmung erlauben. Denkbar sind auch neue Modelle. Beispielsweise könnte das Stimmrecht von Aktionär_innen unabhängig vom Aktienbesitz bei 10 Prozent Stimmenanteil gedeckelt werden.

2. Eine deutlich stärkere Progression bei Steuern auf Eigentum, Einkommen und Erbschaften. Sie sollte zum Beispiel beim 1.000-Fachen des durchschnittlichen Vermögens bei 60 Prozent, beim 10.000-Fachen bei 90 Prozent liegen.

3. Eine bessere Streuung von Vermögen. Das kann mit einer Erbschaft für alle gelingen. Im Alter von 25 Jahren erhielten alle ein Erbe in Höhe von beispielsweise

120.000 Euro. Dies entspricht 60 Prozent des Durchschnittsvermögens. Aktuell erben die unteren 50 Prozent nur geringe Summen, während die reichsten 10 Prozent in Millionen- oder Milliardenhöhe erben.

4. Den Verbrauch von CO₂ progressiv besteuern. Bisher sind CO₂-Steuern meist proportional und entfalten für Reiche kaum Lenkungswirkung.

5. Ein internationales Finanzkataster, das Intransparenz und Steuervermeidung wirksam bekämpft.

6. Steuergerechtigkeit in der Verfassung verankern, und zwar als Nichtregressivität: Steuern dürfen für die reichsten Bürger_innen keinen kleineren Anteil ihres Einkommens und Vermögens ausmachen als für die ärmsten.

7. Ein Grundeinkommen. Eine Form wäre ein Mindesteinkommen, das für Personen ohne andere Mittel 60 Prozent des Durchschnittseinkommens nach Steuern beträgt.

8. Bildungsausgaben neu priorisieren. Und zwar so, dass sie nicht mehr überwiegend den Privilegierten, sondern den weniger Privilegierten zugutekommen.

9. Demokratiegutscheine zur Parteienfinanzierung. Jede_r erhält jährlich einen Gutschein, den er einer Partei oder politischen Bewegung spenden kann. Der Einfluss von Einzelspender_innen würde so begrenzt.

buch | votum

Das Buch ist ein Muss. Die historische Analyse ist einzigartig.

Sie ist detailliert, aber trotzdem spannend zu lesen und fördert auch in Nebenaspekten immer wieder Erstaunliches zutage. Sie erlaubt den Abstand, der uns der eigenen Zeit gegenüber oft fehlt.

Die Botschaft ist eindeutig. Die Gegenwart ist nur ein winziger Ausschnitt aus einem beständigen Kampf um politische, rechtliche und soziale Setzungen. Der Kampf ist nicht aussichtslos, aber notwendig. Nichts kommt von allein – eher im Gegenteil.

Der Blick auf den politischen Konflikt ist glasklar. Piketty setzt bekannte Zahlen und neue Analysen zu einem Mosaik zusammen, das nur einen Schluss zulässt: Ungleichheit ist eine Gefahr, die unsere Gesellschaften zersetzen kann und es schon tut. Mit dem Drehen an kleinen Schraubchen wird man der Gefahr nicht Herr werden.

Die Vorschläge sind inspirierend. Pikettys Vorschläge für einen partizipativen Sozialismus im 21. Jahrhundert atmen den visionären Überschuss, dessen Fehlen so oft beklagt wird. Er formuliert nicht nur konkrete Reformvorschläge, sondern besetzt auch neue Begriffe.

Piketty formuliert in seinem Buch selbst:

„Man muss zunächst vorausschicken, dass die (im weiteren Sinne) sozialdemokratischen Koalitionen für Umverteilung, die Mitte des 20. Jahrhunderts auf den Plan traten, sich nicht alleine auf der Ebene der Wählerschaft, der Institutionen und der Parteien gebildet hatten. Sie zeichneten sich vor allem durch eine intellektuelle und ideologische Dimension aus. Es war, anders gesagt, zunächst und vor allem das Feld der Ideen, auf dem die Schlachten geschlagen und Siege davongetragen werden wollten“ (S.59).

Offensichtlich braucht es im 21. Jahrhundert neue Siege. Piketty liefert dafür die Ideen.

Die Rettung der Arbeit. Ein politischer Aufruf. Von Lisa Herzog.



Kernaussagen

Die digitale Transformation wird unser Verständnis von Arbeit grundlegend verändern. Sie dient nämlich nicht nur dem Erwerbseinkommen, sondern bindet die Menschen auch in soziale Beziehungen ein. In Gesellschaften mit Arbeitsteilung sind alle, die am Arbeitsprozess teilnehmen, voneinander abhängig.

Der Prozess der digitalen Transformation muss deswegen aktiv gestaltet werden, sodass der Effizienzgewinn nicht einseitig zugunsten großer Digitalkonzerne ausfällt. Dafür muss nicht nur der *Primat der Politik* zurück aufs Spielfeld, es müssen auch Betriebe umdenken: demokratische Prinzipien anstelle steiler Hierarchien.

Von Lisa Herzog, erschienen 2019 im Hanser Verlag, München. Kurzgefasst und eingeordnet von Ann-Mareike Bauschmann*.

buch | essenz

Perspektive der Sozialen Demokratie

Dass wir Arbeit heute als Lohnarbeit, als *Broterwerb* oder als *Berufung* verstehen, hat politische und kulturelle Ursprünge. Auch das ökonomische Prinzip des *homo oeconomicus* beruht auf einem spezifischen Menschenbild, das der Empirie widerspricht. Das Aufbrechen dieser historisch gewachsenen Annahmen ist notwendig, um die dahinterliegenden Machtverhältnisse zu analysieren.

Das Buch hilft, die großen Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und der Organisation von Arbeit wieder in den Blick zu nehmen. Es liefert eine klare Realutopie, wie Arbeit unter den Bedingungen der digitalen Transformation gestaltet werden könnte.

buch | autorin

Lisa Herzog ist politische Philosophin. Sie studierte in Oxford und München, unter anderem Volkswirtschaftslehre, Philosophie und Politikwissenschaften. 2019 wurde sie an die Universität Groningen berufen. Dort hat sie einen Lehrstuhl für Philosophie (*Politics and Economics*)

inne. Herzog erhielt 2019 unter anderem den Tractatus-Preis für philosophische Essaykritik und ist Mitunterzeichnerin des Manifests *Arbeit – demokratisieren, dekommodifizieren, nachhaltig gestalten*, das im Mai 2020 von 3.000 Wissenschaftler_innen unterschrieben und weltweit veröffentlicht wurde.

buch | inhalt

Arbeit ist geteilte Arbeit

Die klassischen ökonomischen Modelle beschreiben Arbeit als Mittel, um Einkommen zu erzielen. Ihnen liegt daher ein radikaler Individualismus zugrunde: Arbeit wird als reines Ego-Projekt verstanden. Diese Annahme greift zu kurz. Sie ist inzwischen empirisch widerlegt (vgl. S. 12).

Die Arbeit der oder des Einzelnen ist nämlich in ein komplexes arbeitsteiliges System eingebettet.



Während der Philosoph Karl Marx das kapitalistische, arbeitsteilige System als *entfremdet* beschrieben hat, lässt sich Arbeitsteilung aus der systemischen Perspektive als eine Art Solidarprinzip verstehen. Arbeitsteilung bedeutet somit, dass der oder die Einzelne sozial auf andere Menschen angewiesen ist. Wenn wir uns als Teilnehmer_innen des Wirtschaftssystems auf einen speziellen Teilbereich fokussieren, bleiben wir in den meisten anderen auf die Expertise, das Wissen oder die Fähigkeiten anderer angewiesen. Gleichzeitig tragen wir durch unsere Interessen oder Fähigkeiten zu deren Teilnahme bei.

Konkret: Keine Ärztin ohne Krankenpfleger, kein Krankenpfleger ohne Haustechnikerin, keine Haustechnikerin ohne IT-Dienstleister, kein IT-Dienstleister ohne Ingenieur. Die Abhängigkeiten sind endlos.

Arbeit als Produktionsstätte gesellschaftlichen Zusammenhalts

Zudem werden Menschen durch ihre Arbeit Tag für Tag in die Gesellschaft integriert. Das geschieht auch dadurch, dass man sich mit Kolleg_innen austauscht, die nicht zum selbst gewählten sozialen Umfeld gehören. Daher hat Arbeit einen zutiefst sozialen und durchaus politischen Charakter. Sie erzeugt gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wenn man den Prozess der digitalen Transformation allein den *freien Märkten* überlässt, fehlen diese entscheidenden Variablen in der Kalkulation.

Arbeit ist mehr als die Summe ihrer Teile

Fest steht: Arbeit ist weder reines Mittel zum Zweck der Einkommensgenerierung, noch ist sie reine Selbstverwirklichung. Die Vernachlässigung der sozialen Dimension von Arbeit führt zu ihrer Sinnentleerung, weil sie dem Einzelnen nicht mehr das Gefühl gibt, zur Gesellschaft beizutragen.

Gute Arbeit retten: Mensch und Maschine

Ziel der digitalen Transformation muss es also sein, die komplementären Möglichkeiten von Mensch und Maschine so miteinander zu kombinieren, dass *gute Arbeit* entsteht. Damit die digitale Transformation gelingt, kann und muss der ethische Charakter von Arbeit in den Vordergrund treten.

Die Arbeitswelt gestalten: der ordnungspolitische Rahmen (I)

Um hierauf eine Antwort zu finden, müssen zwei Ebenen des Transformationsprozesses betrachtet werden: zum einen die sich verändernde Arbeitswelt, zum anderen ihr ordnungspolitischer Rahmen.

Zu den politischen Rahmenbedingungen: Warum es ratsam ist, sich der politischen Rahmenbedingungen anzunehmen, zeigt sich in der Antwort auf die Frage, wer am stärksten von der Digitalisierung profitiert.

Wer profitiert von der bestehenden Marktordnung?

In erster Linie sind es derzeit Großkonzerne wie Facebook, Google und Co. Sie stellen sich keiner *normalen* Marktkonkurrenz mehr, weil sich der Wert ihrer Arbeit, zum Beispiel durch das einmalige Schreiben einer Programmsoftware, vervielfacht, ohne dass dabei nennenswerte Mehrkosten verursacht werden. Ökonom_innen sprechen hier von *Skaleneffekten*.

Die digitale Transformation befördert Marktverzerrungen und Zugangsbeschränkungen, denen nur auf ordnungspolitischer Ebene begegnet werden kann. Sie muss gerade deswegen auch als Verteilungsfrage verstanden werden. Verteilungsfragen sind keine rein ökonomischen Herausforderungen, sondern bedürfen des *Primats der Politik*.

Verantwortung und Haftung nicht entkoppeln

In einer ungleichen Gesellschaft gilt das Prinzip *Verantwortung und Haftung* nicht für alle gleichermaßen. Wohlhabendere können sich durch Versicherungen oder teure Anwäl_tinnen der persönlichen Haftung entziehen und durch Lobbyismus den politischen und rechtlichen Rahmen zu ihren Gunsten verschieben.

Das Problem der vielen Hände

Die Digitalisierung verschärft dieses Problem noch: Die komplexer wer-

renden Produktionsketten einer arbeitsteiligen Gesellschaft führen zum *Problem der vielen Hände*. Es fällt leichter, sich der Verpflichtung, „moralisch rechtfertigbare Entscheidungen“ (S. 110) zu treffen, zu entziehen. Schließlich ist der Verweis auf *die anderen* immer möglich.

Rechtsformen und Rechtsnormen müssen den Potenzialen der Digitalisierung angepasst werden, sodass Verantwortung und Haftung zugeschrieben werden können.

Wer haftet, wenn es keiner war?

Zudem birgt die Digitalisierung die Gefahr, dass Fehler von Systemen gemacht werden, die die Benutzer_innen nicht durchschauen. Wer haftet in solchen Fällen? Die Benutzerin? Der Hersteller? Gerade in jenen Bereichen, in denen für den Einzelnen viel auf dem Spiel steht (Justiz, Medizin etc.), müssen die zugrunde liegenden Algorithmen öffentlich gemacht werden.

Öffentliche Institutionen müssen sich auf neue Erwerbsbiografien einstellen

Verändern sich im Zuge der digitalen Transformation Berufsbilder oder werden gar vollständig verzichtbar, so sind insbesondere die öffentlichen Sozialsysteme und der Bildungssektor betroffen. Im Bildungssektor wird es künftig nicht nur darum gehen, Menschen auf einen Beruf vorzubereiten, sondern sie auch für einen völlig anderen weiterzubilden.

Überbrückungsgelder oder Quotenregelungen als politische Maßnahme?

Daraus ergeben sich Fragen: Wie sollen die Interimsphasen von Menschen zwischen zwei Berufen ausgestaltet werden? Durch Überbrückungsgelder oder Beratung? Oder mit Quotenregelungen zur Einstellung von Menschen aus Weiterbildungsmaßnahmen?

Welche Jobs wegfallen, bleibt ungewiss

Hinzu kommt, dass wir nicht genau wissen, welche Jobs durch die digitale Transformation verloren gehen werden. Es kann jeden treffen. Deswegen bietet auch die Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen gute Ansätze. Vielversprechender sei jedoch, über ein *Recht auf Arbeit* nachzudenken.

Die unsichtbare Hand des Marktes kann keine ordnungspolitische Maßnahme sein

Das von Neoliberalen vorgebrachte Argument, der Staat müsse sich in seinen marktpolitischen Maßnahmen neutral verhalten, greift nicht.

„Der Markt und auch die Tarifpartner operieren innerhalb eines durch staatliche Politik bereitgestellten Rahmens“ (S. 187), der Staat setzt Schranken. Diese Schranken müssen ethischen Ansprüchen standhalten: Dass der Job des Auftragsmörders

verboten ist, ergibt sich aus keiner Marktlogik. Trotzdem darf er in Deutschland nicht praktiziert werden und viele dürften darüber recht froh sein. Das Argument, der Staat müsse sich dem Markt gegenüber neutral verhalten, ist deswegen nicht nur falsch, sondern die Neutralität ist gar nicht wünschenswert.

Die Arbeitswelt gestalten: die Demokratisierung von Arbeit (II)

Die digitale Transformation sollte auch mit der Demokratisierung von Arbeit einhergehen. Das würde einen Widerspruch auflösen.

„Politisch sind wir alle Demokraten, in der Arbeitswelt akzeptieren wir die vermeintliche Notwendigkeit einer hierarchischen Ordnung“ (S. 144).

Während Unternehmen hierarchische Strukturen früher mit dem Argument der Effizienz begründet haben, sinken die Kosten für Deliberation und Teilhabe durch digitale Lösungen rapide. Weder Zeit noch Geld können als Argument für eine hierarchische Unternehmensstruktur geltend gemacht werden.

Hierarchien können demotivieren

Und es gibt weitere gute Gründe, solche Strukturen zurückzubauen. Hierarchien führen zum Verlust der Motivation,

weil sie auf externe Kontrolle setzen und damit die intrinsische Motivation negieren. Das widerspricht dem im Menschen verankerten Willen, sich an der Gesellschaft zu beteiligen und seine Umwelt zu gestalten.

Politik und Wirtschaft als zwei Seiten derselben Medaille

Was auf politischer Ebene praktiziert wird, könnte Einzug in die Wirtschaftswelt halten: Eine repräsentative Demokratie, die auf dem Urnengang der Angestellten beruht, hätte sicherlich eine andere strategische Ausrichtung von Unternehmen zur Folge als die Kontrolle, die derzeit durch Aktionär_innen ausgeübt wird. Wie wäre es mit einem Zweikammersystem bestehend aus Kapital- und Arbeitsseite?

Die Digitalisierung könnte der Hebel zur Demokratisierung von Arbeit sein.

Politische Teilhabe in Arbeitswelt und Politik

Und wer demokratische Teilhabe im Alltag, das heißt in seinem Berufsleben, einübt, der verändert auch sein Verhältnis zur demokratischen Verfasstheit der politischen Sphäre. Wenn wir Wirtschaft demokratisieren und solidarisieren, verändern wir auch die politische Atmosphäre im Land. Populismus könnte es schwerer haben.

Die Gleichheit der Individuen als Marktbedingung

Dass ein Zusammenhang zwischen sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Solidarität besteht, zeigt sich auch in der Arbeitswelt. Die *Gleichheit* der Individuen kann als Voraussetzung für die moralischen Bedingungen des Tauschs verstanden werden, so beschrieb es schon der Soziologe Émile Durkheim. Ein Tausch ist in seinem Wert nie nur abhängig von den zu tauschenden Gütern, sondern von den externen Bedingungen der Austauschbeziehung. Tauschbeziehungen sind sozial voraussetzungsvoll. Märkte als institutionelle Voraussetzungen müssen also aktiv gestaltet werden.

Die Rettung der *guten Arbeit*

Ob die digitale Transformation gelingt, hängt davon ab, ob sich jene Modelle durchsetzen können, die der sozialen Natur des Menschen am ehesten entsprechen. Das bisher vorherrschende Modell des *homo oeconomicus* tut es nicht.

Dabei ist die digitale Transformation keine Naturgewalt, kein unabänderlicher evolutionärer Prozess und führt nicht zwangsläufig in eine Dystopie. Wenn die Weichen richtig gestellt werden, bietet sie die Chance zur Aufwertung jener Arbeit, die dem *Homo sapiens* angemessen ist.

buch | votum

Die digitale Transformation unter sozialen Vorzeichen gestalten – so könnte Lisa Herzogs Buch *Die Rettung der Arbeit* auch heißen. Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass sie darüber hinausgeht. Die digitale Transformation kann als Auslöser verstanden werden, sich ganz grundlegenden Fragen zur bestehenden Wirtschaftsordnung zu stellen. Dabei würde klar: Diese Verhältnisse sind veränderbar! Politik darf und sollte aktiv eingreifen.

Wir sind so abhängig voneinander wie nie

Es geht nicht nur darum, einen normativen Rahmen zu setzen, sondern auch die Abhängigkeiten untereinander sichtbar zu machen. Arbeit war nie weniger individualistisch, als sie es heute ist. Die kapitalistische Erzählung behauptet das Gegenteil und die ökonomischen Modelle, die als theoretisches Fundament dienen, sind träge.

Dabei hilft das Buch, sich über die Verteilung von Einkommen und Macht unter den Bedingungen der digitalen Transformation Gedanken zu machen und die Verteilungsfrage neu zu stellen.

Verteilungsfrage neu beleuchten

Für progressive Akteure können die Fragen der Zukunft nur die *großen Fragen* sein. Es kann nicht mehr nur darum gehen, in mühsamer Kleinarbeit die

Bedingungen für Arbeitnehmer_innen zu verbessern – es bedarf einer Vorstellung für die nahe Zukunft: einer Realutopie. Lisa Herzog malt ein vielschichtiges Bild, ohne an theoretischer Fundierung zu sparen. Es gelingt ihr ein Perspektivwechsel, den viele Wissenschaftler_innen ihrer Generation wagen: Yuval Harari, Maja Göpel oder Rutger Bregman sind nur einige, die in den vergangenen Jahren Aufmerksamkeit erzeugt haben.

Neue Ansätze für die politische Praxis

Lisa Herzog bietet dabei nicht nur wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern auch praktische Handlungsvorschläge, die zum Weiterdenken anregen. Wer ihre früheren Publikationen und Essays gelesen hat, kennt sie als Kritikerin der reinen Marktlogik, der *unsichtbaren Hand* des Ökonomen Adam Smith. In diesem Buch aber belässt es die Autorin nicht bei der kritischen Betrachtung, sondern liefert auch praktische politische Ansätze. Eine ausführlichere Diskussion über alternative Modelle, wie Genossenschaften oder Kooperativen, wäre hier wünschenswert gewesen.

„Welche Aufgaben in unserem Netz geteilter Arbeit die Maschinen sinnvollerweise übernehmen sollen und was so grundlegend menschlich ist, dass sie dies nicht können und dürfen – darum werden sich entscheidende Kämpfe der Zukunft drehen“ (S. 70).

Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Von Foundational Economy Collective.

Kernaussagen

Fundamentalökonomie meint alle physischen und sozialen Infrastrukturen, die alltägliches Leben und produktives Wirtschaften erst ermöglichen: Stromnetze, Wasserleitungen, Schulen, Krankenhäuser, wohlfahrtsstaatliche Leistungen. Sie werden meist nur beachtet, wenn sie ausfallen.

Die Politik sollte diese Güter und Leistungen allen Bürger_innen zur Verfügung stellen. Dazu müssen

- die Bürger_innen stärker ein gebunden werden,
- Unternehmen mit sozialen Betriebslizenzen auf das gesellschaftliche Wohl verpflichtet werden.
- die Steuersysteme umgebaut und
- neue Allianzen geschmiedet werden.



Dieser Umbau der Gesellschaft zum Wohle aller sollte mit Experimenten auf lokaler Ebene beginnen.

Von Foundational Economy Collective, erschienen 2019 im Suhrkamp Verlag, Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von Frederik Beck*.

nachdenken, wie Wirtschafts- und Finanzpolitik aussehen sollen. Informationen zum Kollektiv: <https://foundationaleconomy.com/>

buch | essenzen

Einordnung aus der Perspektive der Sozialen Demokratie

Digitaler Kapitalismus und Finanzmärkte erscheinen heute als natürliche, unumstößliche Ordnung. Nur: Sie sind es nicht. Die Perspektive der Fundamentalökonomie erinnert daran, dass sie politisch gemacht sind, formbar bleiben, trotz allem. Sie zeigt, dass Unternehmen eingebettet sind in gesellschaftliche Netze. Ohne Arbeiter_innen und staatliche Vorleistungen gehen sie ein wie Blumen ohne Wasser. Progressive Kräfte wissen das – vergessen es aber bisweilen. Sie sollten mit diesem Argument die Machtfrage neu stellen: Wessen Unternehmung die öffentliche Sache berührt, hat besondere Pflichten. Eine neue, demokratisch ausgehandelte Wirtschaftsverfassung für den digitalisierten Finanzkapitalismus – das wäre was.

buch | autorin_innen

Das Buch ist von einem britisch-italienisch geprägten Kollektiv von Autor_innen verfasst. Das Kollektiv möchte jenseits der Mainstream-Ökonomie neu

buch | inhalt

Die (Wieder-)Entdeckung des Fundamentalen

Wirtschaftspolitik hat oft einen engen Blick: früher Industriezweige, dann National Champions, in den letzten Jahren schillernde Start-ups. Die Fundamentalökonomie beschreibt hingegen die wenig beachteten Teile der Wirtschaft, ohne die unser alltägliches Leben nicht funktionieren würde: Schulen, Kinderbetreuung, Pflegeheime sowie die Versorgung mit Wasser, Strom und Medizin.

Die Ökonomie des Alltagslebens

Für eine neue
Infrastrukturpolitik
edition suhrkamp

SV

* Frederik Beck hat in politischer Ökonomie promoviert und arbeitet zum Thema Wertschöpfung der Zukunft beim SPD-Parteivorstand.

Die fundamentalökonomische Sphäre lässt sich mit drei Kriterien abgrenzen:

- 1. Ihre Güter und Dienstleistungen werden von allen Bürger_innen täglich benutzt.**
- 2. Sie werden unabhängig vom Einkommen benutzt.**
- 3. Sie werden meist über Versorgungsnetzwerke oder Filialnetze bereitgestellt.**

Die Fundamentalökonomie lässt sich weiter in zwei Bereiche aufteilen.

Erstens die materielle Fundamentalökonomie. Sie „besteht aus den Rohren und Kabeln, Versorgungs- und Filialnetzen, die jeden Haushalt mit den unverzichtbaren Dingen des Alltags verbinden – Wasser, Strom, Bankdienstleistungen, Lebensmittel“ (S. 65). Diese Grundstrukturen entscheiden darüber, ob es einer Gesellschaft im Ganzen überhaupt gut gehen kann. Wanken sie beispielsweise, weil Wasser knapp oder die Stromversorgung unterbrochen ist, drohen Krisen. Zugleich sind sie politisch besonders begehrt: Bei Privatisierung winken dauerhafte und hohe Gewinne.

Zweitens die providentielle Fundamentalökonomie (aus dem Engl. *to provide with* bzw. *for*, „versorgen mit, sorgen für“). Sie umfasst die meist vom Staat bereitgestellten Leistungen wie medizinische Grundversorgung, Bildung und die sozialen Sicherungssysteme.

Je nach Definition sind in den hoch entwickelten Ländern zwischen einem Drittel und der Hälfte der Arbeitnehmer_innen in der Fundamentalökonomie beschäftigt (Deutschland 41,3 Prozent, Großbritannien 43,8 Prozent, Italien 36,9 Prozent).

Fundamentalökonomische Strukturen entstehen, wenn „soziotechnische Innovationen“ (S. 80) mit politischen Mehrheiten zusammenfallen, die diese neuen Infrastrukturen durchsetzen. Die Errungenschaften verteidigen sich nicht von selbst, sondern bleiben umkämpft. Das zeigt ihre Geschichte: In der ersten, „heroischen“ (S. 81) Phase ab ca. 1850 entstehen Gas- und Wasserleitungen, der öffentliche Nahverkehr und Sozialwohnungen. In der zweiten Phase, nach dem Zweiten Weltkrieg, expandiert der Sozialstaat und mit ihm die Versorgung mit Medizin, Bildung und sozialen Netzen. In der dritten Phase, seit den 1980er Jahren, werden große Teile fundamentalökonomischer Infrastrukturen privatisiert oder abgebaut.

Die Zertrümmerung der Fundamente

Wie und warum wurde die Fundamentalökonomie zerschlagen? Um das zu verstehen, muss man der Spur des Geldes folgen, den finanzierten Kapitalismus sezieren.

Spätestens seit den 1980er Jahren gilt in der öffentlichen Debatte der Staat als ineffizient, öffentliche Verschuldung als moralische Katastrophe. Die Politik Margaret Thatchers in Großbritannien lieferte

die Blaupause für die neoliberale Zeitenwende: Das Motto „Privatisieren und auslagern“ galt bald in ganz Europa als Wunderwaffe. Besonders die Fundamentalökonomie leidet daran. Ehemals durch den Staat erbrachte Leistungen werden ausgelagert. Die Unternehmen haben statt des gesellschaftlichen Wohls ihre Gewinne im Blick. Investoren profitieren in der Gegenwart, Infrastrukturen verkommen. Privatleute müssen Schulden anhäufen, um konsumieren und leben zu können. Die Ergebnisse lassen sich in Großbritannien und den USA besichtigen: luxuriöse SUVs, kaputte Straßen. Privater Reichtum, öffentliche Armut. Ersteres erzeugt Letzteres.

Fundamentalökonomie und klassische Mainstream-Ökonomie folgen gegensätzlichen Logiken:

Investitionen in die Wasserversorgung oder das Schienennetz sind risikofrei, langfristig angelegt und werfen eine niedrige, aber stetige Rendite ab. Es gilt ein impliziter Vertrag: Alle Stakeholder werden gleich behandelt; die Forderungen der Kapitalseite sind Forderungen unter vielen.

Die Logik im finanzierten Kapitalismus ist eine andere: Investitionen sind riskant, kurzfristig und versprechen hohe Erträge. Die Interessen der Kapitalgeber werden priorisiert. Sie schöpfen heute Gewinne ab, die sozialen und gesellschaftlichen Kosten sind nachrangig. Der implizite soziale Vertrag zerbricht.

Als in den 1990er Jahren private Investo-

ren fundamentalökonomische Aktivitäten übernehmen, importieren sie ihre Logik. Betreiber fundamentaler Dienstleistungen nutzen ihre Marktmacht aus, um Kosten zu reduzieren oder Einnahmen zu erhöhen.

Je nach Markt und Lage variieren die Strategien: Im Lebensmitteleinzelhandel drücken sie die Löhne und die Preise der Lieferanten; im Strommarkt erhöhen sie versteckt die Preise. Durch „Financial Engineering“ umgehen sie Steuern, beispielsweise, indem Vermögenswerte verteilt und verschoben werden. Die Privaten machen Gewinne, die Gesellschaft trägt die Kosten. Dass die hohen Renditen über den Aktienmarkt an alle zurückkehren, ist ein Mythos. Vielmehr werden wenige richtig reich, viele gehen leer aus.

Die Verfassung der Fundamentalökonomie

Der Erhalt und Ausbau der Fundamentalökonomie sind nicht nur wirtschaftlich sinnvoll, sie sind auch moralisch geboten. Bürger_innen mit Trinkwasser und Medizin, Wohnungen und Parks zu versorgen, ist nicht ein Vorhaben unter vielen. Es ist die Grundlage für ein gelingendes Leben. In den Infrastrukturen schlummert Moral.

Das fundamentalökonomische Projekt orientiert sich am indischen Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen und der amerikanischen Philosophin Martha Nussbaum. Sie verstehen „die wirtschaftlichen Ressourcen nicht als technischen Produktionsinput, sondern als politisch-moralisches Mittel zur

Förderung des Wohlergehens und eines gehaltvollen Lebens“ (S. 152).

Viele Mainstream-Ökonom_innen behaupten, Wirtschaft sei frei von Moral. Das Gegenteil stimmt. Beschließt der Staat, fließendes Wasser, Schulen und Krankenhäuser für alle zu stellen, dann sagt er: Das braucht ihr für ein gutes Leben. Eine zutiefst moralische Aussage.

So wie Bürger_innen hat auch ein Unternehmen Rechte und Pflichten. Es schließt einen unausgesprochenen Vertrag mit der Gesellschaft: Der Staat erteilt Privilegien, beispielsweise, indem er das Schienennetz stellt oder Baugenehmigungen erteilt. Dafür sollte das Unternehmen etwas für die Gesellschaft leisten, das über den Verkauf von Waren und Dienstleistungen hinausgeht.

In den letzten Jahrzehnten haben Investoren und Unternehmen aber neue Geschäftsmöglichkeiten ohne neue Pflichten erhalten. Deshalb muss der Vertrag zwischen Gesellschaft und Unternehmen neu belebt werden. Dies gelingt, indem öffentlich eine neue Wirtschaftsverfassung debattiert und beschlossen wird, in der Rechte und Pflichten von Unternehmen festgeschrieben werden.

Wie könnte eine solche Wirtschaftsverfassung aussehen? Die Grenzen zwischen Öffentlich und Privat müssten neu gezogen werden. Nicht Eigentum, sondern die Funktion des Unternehmens für die Gesellschaft ist dabei entscheidend. Unternehmen, die „grundlegende öffentliche Dienste erbringen“ (S. 174), erhalten einen

öffentlichen Status, aber auch einen Auftrag. Beispielsweise sollten diese Unternehmen auf „Offenheit und Ehrlichkeit“ (S. 174) ebenso verpflichtet werden wie darauf, existenzsichernde Löhne in der gesamten Lieferkette sicherzustellen.

Mit privatisierten Versorgungsbetrieben oder großen Supermarktketten sollten gesellschaftliche Betriebslizenzen (*social licences to operate*) ausgehandelt werden. Diese Lizenzen verbinden das Recht auf eine bestimmte unternehmerische Tätigkeit mit Pflichten, beispielsweise Ausbildungsplätze bereitzustellen, gute Löhne zu zahlen und fragwürdige finanzielle Praktiken einzustampfen. Was genau diese Lizenzen umfassen, sollte je nach Kontext „flexibel und offen“ (S. 179) angepasst werden. In jedem Fall sollten sie aus freien und ergebnisoffenen Verhandlungen hervorgehen.

Die Erneuerung der Fundamente

Die neoliberalen Jahrzehnte haben die Fundamentalökonomie geschwächt. Wie kann sie erneuert werden? Vier große „Verschiebungen“ sind nötig. Sie sollen das „Paradigma des politisch Möglichen“ (S. 202) neu definieren und den Weg ebnen für eine neue politische Praxis.

Erstens: „Fragen wir die Bürger, was sie wollen“ (S. 203). Welche Ansprüche haben Bürger_innen an Wirtschaft und Staat, welche Fundamentalökonomie wünschen sie sich? Diese Fragen sind nur zum Teil beantwortet. Empirische Studien deuten darauf hin, dass Bürger_innen oft anderes

wollen, als politische Eliten ihnen bieten. Deshalb sollte es eine Vielzahl von Beteiligungsformaten geben: Konsultationen, Bürgerforen und Fokusgruppen, um zu ermitteln, welche Güter und Dienste unbedingt gebraucht werden. Diese Informationen sollten die Prozesse der repräsentativen Demokratie ergänzen, nicht ersetzen.

Zweitens: Großunternehmen sollten über soziale Betriebslizenzen stärker auf gesellschaftliche Ziele verpflichtet, Kleinunternehmen gestärkt werden. Unternehmen und Gesellschaft sollten neu über Rechte, Pflichten und ihre gemeinsamen Ziele verhandeln. Hierfür sind gesellschaftliche Betriebslizenzen geeignete Instrumente.

Drittens: Das Steuersystem muss so umgebaut werden, dass fundamentale Dienste und Güter finanziert werden können. In vielen Staaten Europas reichen die Einnahmen aus Steuern nicht aus, um wichtige Infrastrukturen zu finanzieren. Zugleich sinken in den OECD-Ländern die öffentlichen Investitionen. In den reichen Gesellschaften Europas sind nicht die Ressourcen knapp, sondern der politische Wille, sie auf soziale Infrastrukturen zu lenken. Steuern auf Vermögen sowie eine Neuauflage einer Bodenwertsteuer können helfen.

„Da die Exekutive nicht immer wohlmeinend oder kompetent ist, müssen wir hybride Allianzen mit intermediären Institutionen bilden“ (S. 225).

In Zeiten, in denen der Zentralstaat manchmal überfordert wirkt, königlichen Institutionen zwischen Staat und Markt dazu beitragen, die Ausrichtung auf Wohlfahrt und Güter für alle vor Ort zu stärken.

Alle vier Verschiebungen können unabhängig voneinander angegangen werden. Wir sollten nicht warten, bis die Bedingungen günstig sind, um alle gemeinsam zu starten. Vielmehr sollte experimentiert werden, wie sich Wirtschaft und Politik vor Ort nachhaltig verändern lassen.

Dabei gibt es weder ein Standardrezept noch eine Gebrauchsanweisung und auch keine abschließenden Indikatoren. Es kann bereits als Erfolg gelten, wenn der Zugang zu wichtigen Leistungen besser wird, wenn mehr und bessere Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn lokal verwurzelte Unternehmen entstehen und wenn gesellschaftliche Betriebslizenzen geschlossen werden.

„Es gilt, eine experimentelle Tradition wiederzuentdecken und eine radikale politische Praxis auf eine Art zu erfinden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann“ (S. 244).

buch | votum

Die Fundamentalökonomie wirkt auf den ersten Blick wie eine Felsformation: fest verankert, unverrückbar, gemacht für die Ewigkeit. Während aber Felsen nur langsam über Jahrhunderte hinweg durch

die Gezeiten geformt werden, so ist die Gestalt der Fundamentalökonomie weder natürlich noch stabil. Nicht Naturgewalten, sondern politische Machtkämpfe entscheiden, wie gut die Medizin, wie verlässlich der öffentliche Transport, wie sicher die Straßen sind. Die Fundamentalökonomie ermöglicht den Alltag und bleibt dabei – solange alles funktioniert – unsichtbar. Dabei ist ihre Gestalt politisch umstritten, form- und wandelbar.

Diese Perspektive auf soziale Infrastrukturen ergänzt die Debatte über das Verhältnis von Staat und Markt. Viele sehen zwischen beiden einen Gegensatz – eine überholte Perspektive. Das Buch nimmt einen neuen, realistischeren Standpunkt ein, ähnlich wie zum Beispiel die Wissenschaftler_innen Mariana Mazzucato, Philipp Staab und Quinn Slobodian. Manche Argumente des Buches sind bereits bekannt, die Verknüpfung der Kapitel ist mitunter herausfordernd, an manchen Stellen muss man sehr aufmerksam lesen. Trotzdem können progressive Akteur_innen mindestens zwei Dinge mitnehmen.

Erstens: Sie müssen das diskursive Spielfeld bestimmen, auf dem es um Wirtschaft geht. Wirtschaftskompetenz meint heute, nach niedrigeren Steuern für Unternehmen zu rufen und in Investitionen vor allem zukünftige Schulden zu wittern. Progressive Akteur_innen sollten sich von dieser vermeintlichen Kompetenz freisprechen, sie brauchen sie nicht. Stattdessen sollten sie definieren, was Wirtschaftskompetenz meint: Ideen zu entwickeln, wie die gemeinsamen Ziele von Unternehmen

und Gesellschaft in demokratischen Prozessen verhandelt, wie Gewinne gerecht verteilt und produktiv investiert und wo neue Eigentumsformen ausprobiert werden können.

Zweitens: In der Debatte über das Verhältnis von Staat und Markt, von Politik und Unternehmen schlummert die große Frage: Wer profitiert von den Gewinnen, wie werden die Kosten verteilt? Progressive Akteur_innen kennen diese Frage nur zu gut, manchmal scheuen sie eine Antwort. Die Perspektive der Fundamentalökonomie gibt Hinweise: Kein Unternehmen prosperiert ohne hoch ausgebildete Arbeiter_innen und belastbare Infrastrukturen, Gesellschaften ohne wertschaffende Unternehmungen bleiben blass. Wenn man diese Co-Abhängigkeit ernst nimmt, dürfen progressive Akteur_innen nicht den Kopf in den Sand stecken, sobald der Begriff „Wettbewerbsfähigkeit“ fällt. Vielmehr sollten sie ihr Recht durchsetzen, die Pflichten von (globalen) Unternehmen neu zu verhandeln. Die hier vorgestellten sozialen Betriebslizenzen weisen einen Pfad. Vielleicht finden sich ja Unternehmen, die mitmachen wollen – aus wohlverstandem Eigeninteresse.

Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit. Von Philipp Staab.



Kernaussagen

Im digitalen Kapitalismus gibt es keine freien, neutralen Märkte. Vielmehr gehören die Märkte selbst den privaten digitalen Plattformen. Weil sie Monopole halten, können sie den Zugang zu den Märkten kontrollieren. Sie können digitale Güter, die eigentlich nicht knapp sind, verknappen und hohe Gewinne erzielen. Gewinner_innen im digitalen Kapitalismus sind aber nicht nur die digitalen Plattformen, sondern zum Teil auch die Konsument_innen. Verlierer_innen sind alle, die die digitalen Güter und Dienstleistungen produzieren.

Von Philipp Staab erschienen 2019 im Suhrkamp Verlag, Berlin. Kurzgefasst und eingeteilt von Carsten Schwäbe*.

buch | essenzen

Perspektive der Sozialen Demokratie

Es gibt noch immer Arbeiter_innen. Diese sind sich ihres Status aber nicht bewusst. Um ein digitales Arbeiterbewusstsein zu schaffen, muss das „durch vierzig Jahre Neoliberalismus vollkommen deformierte Verständnis des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft“ (S. 290) neu definiert werden. Dies wäre auch eine Aufgabe für die Sozialdemokratie. Zudem braucht es eine europäische Gegenstrategie, um den digitalen Kapitalismus wieder in Einklang mit der Demokratie zu bringen und damit sich Europa zwischen den Plattformen aus den USA und China behaupten kann.

buch | autor

Philipp Staab ist Professor für Soziologie der Zukunft der Arbeit am Einstein Center Digital Future der Humboldt-Universität zu Berlin. Er beschäftigt sich mit den Arbeitsbedingungen in der digitalen Arbeitswelt, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen, oder der Entwicklung von Start-ups. Darauf aufbauend entwickelt er Erklärungen für die Entwicklung des digitalen Kapitalismus und seine Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft.

buch | inhalt

Das Neue am digitalen Kapitalismus besteht nicht nur in neuen Technologien wie dem Internet, Plattformen wie Google, Facebook oder Amazon, den Sprachassistenten Siri oder Alexa oder der digitalen Vernetzung von Alltagsgegenständen. Mit dem digitalen Kapitalismus ist vielmehr ein Wechsel des Wirtschaftssystems verbunden.

Märkte funktionierten bisher als freier Treffpunkt von Anbieter_innen und Nachfrager_innen. Der Neoliberalismus stand für diese Ausweitung der Marktlogik auf immer neue Gesellschaftsbereiche. Im digitalen Kapitalismus geht es um mehr, nämlich um den Besitz der Märkte als solche. Digitale Plattformen nutzen Daten nicht einfach nur für eine bessere Interaktion zwischen Anbieter_innen und Nachfrager_innen. Sie üben vielmehr eine neue Form von Macht auf die Marktakteur_innen aus, weil diese sich dem digitalen Marktplatz



* Carsten Schwäbe hat Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft studiert und arbeitet als Wissenschaftler im Bereich der Innovationsforschung an der Freien Universität Berlin.

nicht entziehen können. Entstanden ist ein „System proprietärer Märkte“, also Märkte im Privatbesitz von Plattformen wie Amazon, Uber oder Airbnb.

Digitale Plattformen als privatisierte proprietäre Märkte

Proprietäre Märkte sind nicht mehr ohne Weiteres für jeden zugänglich. Marktakteur_innen müssen sich den Bedingungen der Plattformen unterordnen. Diese sammeln dabei Daten und bestimmen zum Teil die Preise. Sie sind zudem Monopolisten, weil der Wechsel zu anderen Plattformen ohne Weiteres nicht möglich ist. Damit steht der digitale Kapitalismus dem neoliberalen Gedanken von freien, neutralen Märkten fundamental entgegen.

Die Wurzeln des digitalen Kapitalismus liegen in der Krise des Industriekapitalismus. Die rasanten Produktivitätsgewinne durch den technologischen Fortschritt, durch die Globalisierung und durch eine immer kostengünstigere Produktionsorganisation wurden ausgeschöpft. Löhne und damit die Kaufkraft sanken relativ zur Wirtschaftsleistung, was die Gewinne weiter drückte. Der Bedarf an neuen Renditemöglichkeiten wuchs.

In diesem Rahmen haben jedoch nicht Steve Jobs und Bill Gates die digitale Revolution aus einer Garage gestartet. Vielmehr finanzierte die US-Regierung großzügig die Entwicklung des Internets. Sie liberalisierte den Telekommunikationsmarkt, sodass die Computerindustrie

schließlich den fragmentierten Mobilfunksektor übernahm. Erst dadurch konnten sich die Internetgiganten und damit ungeahnte Renditemöglichkeiten entwickeln. Der Staat hatte eine entscheidende ordnungspolitische Rolle übernommen, die Gewinne von Google, Amazon und Co. blieben aber in privater Hand.

Finanzmärkte als Treiber und Profiteure der Digitalwirtschaft

Entscheidend für den Aufstieg der Internetgiganten ist ihre Verbindung zu den Finanzmärkten. Seit den 1980er Jahren versuchten Unternehmen aus der Realwirtschaft, Privatpersonen und auch der Staat Investitionen durch Verschuldung zu finanzieren und gleichzeitig mehr Einkommen aus Finanzanlagen zu erzielen. Das führte zu einem Übergewicht des Finanzsektors. Diese Entwicklung wird als „Finanzialisierung“ bezeichnet und charakterisiert die neoliberale Phase.

Die Finanzialisierung war jedoch auf digitale Innovationen angewiesen, zu denen zum Beispiel der Hochfrequenzhandel und die Verbesserungen der Analyse und des Transfers von Daten gehören. Umgekehrt verstärkte die Finanzialisierung die Digitalisierung. Zum Beispiel legte der US-amerikanische Netzanbieter Hiberia das erste transatlantische Unterseekabel, um den Datentransfer um fünf Millisekunden zu beschleunigen. Während für private Internetnutzer ein kaum messbarer Nutzen spürbar war, stellte die Beschleunigung für den Hochfrequenzhandel eine zentrale

Voraussetzung dar. Die Bedürfnisse der Finanzmärkte waren hier mitentscheidend für die Verbreitung digitaler Technologien.

Darüber hinaus gibt es zwischen den Geschäftsmodellen der Finanz- und Digitalwirtschaft Parallelen. Für beide Sektoren stellt das Primärprodukt nicht das entscheidende Geschäftsfeld dar. Den digitalen Plattformen geht es nicht um E-Mail- oder Social-Media-Accounts; Finanzinstituten liegt nichts an einem Girokonto oder an der schlichten Kreditvergabe.

Das liegt daran, dass diese Güter und Dienstleistungen keiner Knappheit unterliegen. Ein Konto bei einer Bank lässt sich fast genauso schnell und leicht einrichten wie ein Account bei einer digitalen Plattform. Geld als Ressource für Kredite ist weitgehend unerschöpflich. Das Gleiche gilt für digitale Güter wie Audio- oder Musikdateien, die leicht für den Gebrauch aller kopiert werden können.

Entscheidend für beide Sektoren ist die Sekundärverwertung: So stellt für den Finanzsektor der Derivatehandel seit mehr als zehn Jahren das kapitalstärkste Geschäft dar. Dabei handelt es sich um den Handel mit Zahlungsverträgen, die auf verbrieften Krediten basieren. Derivate sind letztlich Wetten auf Tilgungszahlungen von Kreditnehmer_innen. Um zu erfahren, wie sicher die Tilgungszahlungen sind, braucht es Daten über die Kreditnehmer_innen.

Auch den digitalen Plattformen geht es hauptsächlich um Daten. Werbepattformen wie Google oder Facebook bieten

zielgerichtete, personalisierte Werbung an. Produktplattformen wie Netflix oder Spotify richten damit ihr Angebot passgenau an der Nachfrage aus.

Besonders deutlich zeigt ein Blick auf die Start-up-Welt, wie sehr die Digitalwirtschaft vom Finanzkapitalismus geprägt wurde.

„So hat das kommerzielle Internet eben nicht nur das Geld verdienen vom Finanzmarkt gelernt, sondern offenbar auch dessen Risikofreude und Krisenanfälligkeit geerbt“ (S. 118).

Der Grund hierfür liegt im Wagniskapital („Venture Capital“) als zentraler Finanzierungsquelle digitaler Start-ups. So werden die jungen Unternehmen selbst zu einem spekulativ gehandelten Objekt. Wagniskapital ist vor allem für risikoreiche Unternehmen relevant, die meist keinen Bankkredit erhalten. Im Gegensatz zum konventionellen unternehmerischen Denken, das möglichst schnell Gewinne und ein solides Geschäftsmodell auf die Beine stellen möchte, zielt Wagniskapital auf Gewinne durch den Weiterverkauf eines aussichtsreichen Start-ups. Dafür wird auch ein längerfristiges Engagement – selbst mit roten Zahlen – in Kauf genommen, solange es Hoffnungen auf einen profitablen Weiterverkauf gibt. Es geht um Spekulation und manchmal darum, ein erfolgreiches Geschäftsmodell nur vorzutäuschen. Das spekulative Element ist eine wesentliche Quelle für Instabilität, die sich bereits im Dotcom-Crash im Jahr 2000

niederschlag und auch in Zukunft wieder auftreten kann. Außerdem führt die Spekulation zu Ausbeutung, weil die Mitarbeiter_innen von Start-ups mit der Aussicht auf künftige Gewinnbeteiligungen zu nächst oft schlecht bezahlt werden.

Die proprietären Märkte produzieren die Knappheit im Internet

Demgegenüber waren die Hoffnungen in den 1990er Jahren noch ganz anders. Viele glaubten, mit dem Internet den Kapitalismus als Wirtschaftssystem zu überwinden. Denn Knappheit von Gütern ist eine Voraussetzung für den Kapitalismus. Nur knappe Güter erzielen einen Preis und eine digitale Ökonomie der Unknappheit brauchte Preise nicht mehr.

Soll der Kapitalismus im Digitalen überleben, muss die Knappheit wiederhergestellt werden, damit Menschen für digitale Güter bezahlen. Hier kommen die proprietären Märkte, also die Inbesitznahme digitaler Märkte durch Plattformen, ins Spiel, weil „der Preis und damit der Profit sich nicht mehr aus der Knappheit des Angebots ergibt, sondern aus einer Logik der Zugangskontrolle, also der Macht, Güter überhaupt erst effektiv verfügbar zu machen“ (S. 209).

Die Privatisierung von Märkten allein reicht dafür nicht aus. Es muss ein Marktmonopol hinzukommen. Wenn zum Beispiel der oder die Besitzer_in eines Wochenmarktplatzes Standgebühren deutlich erhöht, so können die Anbieter_innen leicht alter-

native Marktplätze oder andere Zugänge zu den Nachfrager_innen finden. Erst die monopolistische Marktmacht versetzt die digitalen Plattformen in die Lage, Anbieter_innen und Nachfrager_innen am Markt systematisch zu kontrollieren und auszu-beuten. Sie sind für die Marktteilnehmer_innen in der heutigen Phase des digitalen Kapitalismus schlicht alternativlos.

Die digitalen Plattformen haben in ihren proprietären Märkten vier Kontrollmechanismen:

Erstens besitzen sie *Kontrolle über die Marktdaten*, da sie Daten über Anbieter_innen und Nachfrager_innen beinahe beliebig erheben und horten können und darüber hinaus andere vom Zugang zu den Daten ausschließen können.

Zweitens besitzen sie eine *effektive Kontrolle des Zugangs* zum Markt zu beiden Seiten: Sie entscheiden, welche Produzent_innen und Anbieter_innen Zugang zum Markt bekommen und welche Produkte zu welchen Preisen den Nachfrager_innen angezeigt werden. Für die Preissetzung können Plattformen Daten und Algorithmen zur Optimierung nutzen, sodass sie je nach Nachfrager_in, Tageszeit oder bestimmten Eigenschaften des Produkts den höchstmöglichen Preis erzielen können.

Drittens gilt die *Preiskontrolle* ebenso gegenüber den Anbieter_innen, indem Plattformen durch ihre Macht künstlich auf eine Erweiterung des Angebots hinarbeiten, zum Beispiel durch besonders flexible und einfache Einstiegsmöglichkeiten zum

Angebot von Dienstleistungen, etwa einer Autofahrt (Uber).

Viertens üben Plattformen eine umfassende *Leistungskontrolle* aus, indem sie durch Kundenbewertungen, die in ihrer Form und Anzeige von den Plattformen gesteuert werden, die Kriterien und Qualität des Angebots vorschreiben.

Die sozialen Auswirkungen des digitalen Kapitalismus

Gewinner_innen des Systems der proprietären Märkte sind Besitzer_innen und Investor_innen der digitalen Plattformen. Die Verlierer_innen sind die Anbieter_innen. Sie sind die Arbeiter_innen im digitalen Kapitalismus, auch wenn sie im juristischen Sinn keinen Arbeitsvertrag haben. Es handelt sich um freie Mitarbeiter_innen in Crowdfunding-Plattformen ebenso wie kleinere Produzent_innen von Gütern, die einen Marktzugang brauchen. Sie sind für die Plattformen leicht verfügbar und ersetzbar und haben keine soziale Absicherung durch Sozialversicherungen. Von ihnen findet ein direkter Transfer von Einkommen hin zu den digitalen Plattformen und damit der Kapitaleseite statt. Mehr soziale Ungleichheit ist die Folge und wird dadurch verstärkt, dass digitale Plattformen durch Steuerflucht keinen oder nur einen geringen Beitrag zur Verteilungsgerechtigkeit leisten.

Im digitalen Kapitalismus gibt es noch eine Gruppe von Gewinner_innen: die Konsument_innen. Insbesondere in den Wachstumsphasen der Plattformen profitieren sie

von besonders niedrigen Einstiegspreisen, weil digitale Plattformen nur dann über Marktmacht verfügen, wenn sie möglichst viele Nutzer_innen auf sich vereinigen.

Doch auch darüber hinaus werden sie durch individualisierte Produkte und Angebote ebenso wie durch einfache Möglichkeiten der Warenrückgabe umworben.

Weil Arbeiter_innen („Verlierer_innen“) oft gleichzeitig Konsument_innen („Gewinner_innen“) sind, wird für viele das Problem der zunehmenden sozialen Ungleichheit nicht unmittelbar nachvollziehbar. Es gibt keine große soziale Bewegung gegen den digitalen Kapitalismus, wie es die Sozialdemokratie im 19. und 20. Jahrhundert war.

„Der soziale Konflikt des digitalen Kapitalismus ist dann in einem grundlegenden Sinne blockiert“ (S. 285).

buch | votum

Oft wird davon gesprochen, dass die Sozialdemokratie zwangsläufig ihre Wähler_innenbasis verliert, weil es keine Arbeiter_innen mehr gibt und die sozialen Konflikte des Kapitalismus eingeehgt worden sind. Philipp Staab entwickelt nachvollziehbare Argumente gegen diese Analyse.

Soziale Konflikte, Ausbeutung und Ungleichheit als Folgen des digitalen Kapitalismus werden von Politik und Gesellschaft noch nicht hinreichend in den Blick

genommen. Sie sichtbar zu machen, ist eine Aufgabe linker, progressiver Parteien. Hierfür brauchen diese den Mut, jenseits von Umfragen auf die sozialen Probleme aufmerksam zu machen, die – wie Staab es formuliert – blockiert sind und sich noch nicht in der öffentlichen Wahrnehmung widerspiegeln.

Allerdings sind für die Überwindung des digitalen Kapitalismus hin zu einer echten „digitalen Gesellschaft der Anrechte“ (S. 300) radikalere Maßnahmen notwendig, als es der neoliberale Diskurs über Marktregulierung zulässt. Um auch im liberalen Sinn wieder freie und faire Märkte im Digitalen zu sichern, sind nach Staabs Meinung neue politische Allianzen denkbar. Die fundamentale Marktmacht digitaler Konzerne schreit „nach einer progressiven Verbindung liberalen und linkskeynesianischen Denkens, da die Liberalen den Markt vor seiner privaten Inbesitznahme nur retten könnten, indem sie sich auf die strategische Wirtschaftspolitik der Linken einließen“ (S. 293), die im Zweifel auch klare Wirtschaftsinterventionen seitens des Staates einschließt. Konkret würde das bedeuten, dass sich etwa SPD und FDP gegen Amazon und Google verbünden – ein denkbares, aber ziemlich ambitioniertes Projekt, auch aus Sicht von Philipp Staab.

Vermutlich sind die europäischen Nationalstaaten allein ohnehin zu schwach, die Internetgiganten in die Schranken zu weisen. Deshalb müssen sich nach Staabs Ansicht progressive politische Kräfte dafür einsetzen, dass Europa seine eigene normative

Position zwischen den Varianten des digitalen Kapitalismus aus den USA (privatisierte Märkte) und China (totale staatliche Überwachung) findet. Projekte wie GAIA-X, das als europäische Datencloud die Unabhängigkeit von marktmächtigen Anbietern wie Amazon Web Services sichern soll, sind hier nur der Anfang.

Was konkrete Maßnahmen angeht, bleibt Staab vage. Das liegt auch an dem Schwerpunkt des Buches auf der Analyse digitaler Plattformen und ihrer Probleme. Sein Buch ist für linke, progressive politische Akteur_innen als Türöffner zu verstehen, den digitalen Kapitalismus als ursozialdemokratisches Thema zu erkennen und seine Regulierung und Überwindung grundsätzlicher zu diskutieren.

04
—
Arbeit

Working Class. Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können. Von Julia Friedrichs.

Kernaussagen

Angereichert mit mannigfaltigen Forschungs- und Medienzitaten, Literaturhinweisen und Auszügen aus Interviews mit Wissenschaftler_innen und Politiker_innen schildert Julia Friedrichs den Ist-Zustand der gesellschaftlichen Ungleichheit in Deutschland, besonders die Kluft zwischen Kapital und Arbeit. Sie erläutert anschaulich, wie und warum diese Kluft in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gewachsen ist.

Den Kern des Werks bilden drei Langzeit-Reportagen über Menschen, die teils ohne, teils mit bester Ausbildung trotz intensiver Anstrengung bei Vollzeitarbeit nur knapp über die Runden kommen und kaum Rücklagen für die unvorhersehbaren Lebensereignisse bilden können. Sie alle sehen kaum Möglichkeiten für sich, diesen Status zu überwinden und aufzusteigen. Sie träumen vergebens von der Sicherheit einer Festanstellung, die Krankheit und andere Lebensrisiken abfedert, oder von einem Stundenlohn, der zwei Vollzeit arbeitenden Eltern mit zwei Kindern ein gutes Leben ohne staatliche Aufstockungshilfen ermöglicht. Die Corona-Pandemie, die zufällig in die Zeit der Reportagen fällt, erzeugt zusätzlichen Druck auf die prekären Jobsituationen.



Von Julia Friedrichs, erschienen 2021 im Berlin Verlag, Berlin/München. Kurzgefasst und eingeordnet von Maïke Rocker*.

buch | essenzen

Bewertung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Die Autorin zeigt auf: Das demokratische Versprechen, dass Leistung sich auszahlt, gilt offenbar nicht mehr. Sie hinterfragt: Wenn es gesellschaftlicher Konsens ist, dass die Arbeit als Musikschullehrerin oder als U-Bahnhof-Reiniger notwendig sind: Warum lässt es die Gesellschaft, warum lässt es die Politik zu, dass diese Berufe kein auskömmliches Leben ermöglichen? Julia Friedrichs gibt hier der einen Hälfte der Gesellschaft eine Stimme, die dauerhaft nah am wirtschaftlichen Abgrund lebt, und legt so den Finger in die Wun-

den politischer Gerechtigkeitserzählungen.

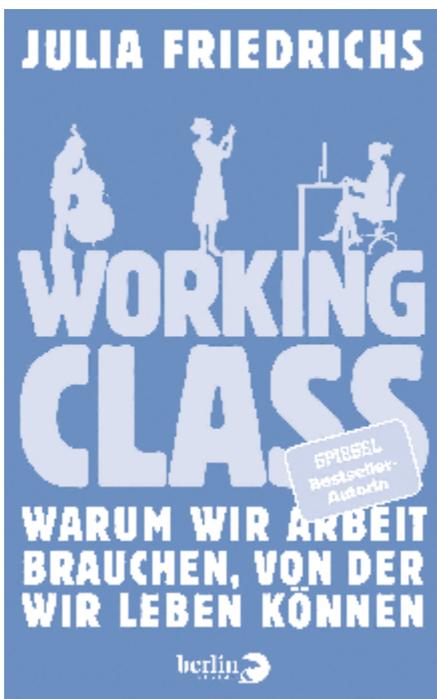
buch | autorin

Julia Friedrichs, 1979 im Münsterland geboren, hat Journalistik in Dortmund und Brüssel studiert und lebt in Berlin. Sie arbeitet als Autorin von Dokumentationen und Reportagen für verschiedene Medien, unter anderem für ARD, ZDF und die Zeit. Für ihre Arbeit erhielt sie zahlreiche Preise, unter anderem 2019 den Grimme-Preis.

buch | inhalt

Der Ist-Zustand der ökonomischen Verhältnisse unmittelbar vor der Pandemie: Der Wohlstand wächst, die Zahl der Erwerbstätigen auch, der Staat nimmt so viel Steuergeld ein wie nie zuvor. Aber der Wohlstand ist sehr ungleich verteilt: Die wohlhabendsten 10 % der Bevölkerung halten 60 % des Nettohaushaltsvermögens; ihr Vermögen hat sich seit den 1990ern inflationsbereinigt sogar verdoppelt. Das reichste Prozent allein verfügt über etwa 35 %. Etwa die Hälfte dieses persönlichen Reichtums ist ererbt oder wurde geschenkt.

Die Mehrheit der Menschen in diesem Land hat hingegen kaum Kapital und kein Vermögen. Die nach Vermögen untere Hälfte der Haushalte ist in den zurückliegenden Jahrzehnten sogar ärmer geworden. Ein Drittel der Bevölkerung gibt in Befragungen an, keine unerwarteten Ausgaben von 1000 Euro stemmen zu können.



* Maïke Rocker ist Politikwissenschaftlerin und twittert zu Gerechtigkeitsfragen und dem Leben in der USA.

Diese Menschen sind angewiesen auf den Ertrag der Arbeit ihrer Hände und ihrer Köpfe. Für sie gilt: Nettoeinkommen gleich Monatsbudget ohne Rücklagennetz oder Notfall-Familien-Vermögen. Julia Friedrichs übernimmt für sie den britischen Begriff *working class*, denn das deutsche Bild des „Arbeiters“ oder der „Arbeiterin“ passt auf viele von ihnen nicht mehr.

Drei Millionen Menschen in Deutschland verdienen weniger als 2000 Euro brutto trotz Vollzeitarbeit, zehn Millionen Menschen bekommen weniger als 12 Euro Lohn pro Stunde. Erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wird eine Generation nicht in der Mehrheit die eigenen Eltern wirtschaftlich übertreffen, obwohl das Volkseinkommen preisbereinigt seit 1980 um über 50 % gestiegen ist.

Ist die soziale Marktwirtschaft mit dem Versprechen „Wohlstand für alle“ am Ende? Kann man ihn sich noch aus eigener Kraft erarbeiten? Falls nein: Wie sollte die Gesellschaft damit umgehen? Wie soll Politik hier eingreifen?

Julia Friedrichs webt ihr weitgehend chronologisches Feature aus Beispielbiografien von Menschen, die sie vom Sommer 2019 bis zum Corona-Herbst 2020 begleitete.

Beispiel 1: Alexandra und Richard sind Musikschullehrer. Alexandra hat einen Dokortitel in Musik und das Konzertexamen für Klavier. Gerne wären sie fest angestellt bei den städtischen Musikschulen, doch TVöD-Anstellungen gibt es kaum mehr. So arbeiten sie als

Freiberufler. Maximal 14,67 Stunden dürfen sie wöchentlich pro staatlicher Musikschule unterrichten, damit sie sich nicht auf eine Festanstellung einklagen können. Deshalb arbeiten sie an sechs unterschiedlichen Schulen. Für 45 Minuten erhalten sie zwischen 21 und 27 Euro, aber Sozialabgaben und Versicherungen sind davon noch nicht bezahlt. Es gibt kein Geld bei Krankheit, kein Weihnachtsgeld, während der Schulferien verdienen sie keinen Cent. Beide zusammen geben über 60 Stunden die Woche. So kommen sie auf jeweils etwa 1600 Euro im Monat – wenn niemand krank wird. Das ist ihre große Angst, denn dann bräche ihr mühevoll gebautes Leben in kürzester Zeit zusammen.

Sie haben sich vor 11 Jahren in der Provinz ein Haus gekauft. Entscheidend war der Preis: Es musste unter 200.000 Euro kosten, damit sie es finanzieren können. 1300 Euro zahlen sie für Zinsen, Tilgung, Strom, Wasser, Ölheizung; für Erneuerungen ist kein Budget da. Da der Unterricht nachmittags und am Abend stattfinden muss, ist das disziplinfordernde Arrangement mit der Zweitklässlerin und dem Teenagersohn, dass der Sohn in der Zeit, wenn die Eltern arbeiten, die Schwester betreut. Die Familie isst gemeinsam, wenn beide Eltern zu Hause sind.

Der Sohn will nun auch Berufsmusiker werden. Die Eltern sind hin- und hergerissen zwischen Stolz und dem Gefühl, dem Kind diesen Wunsch ausreden zu müssen. Die Corona-Pandemie trifft die Familie mit voller Wucht – einige Musikschulen verweigern zunächst den digitalen Unterricht, große Verdienstauffälle sind die

Folge. Alexandra übernimmt deshalb vormittags zusätzlich einen 450-Euro-Job als Seniorenassistentin. Staatliche Hilfen beantragen sie erst im Mai, als sie es nicht mehr alleine aus den wenigen Rücklagen schaffen, doch da sind die Töpfe, die auch Lebenshaltungskosten bezuschussen, bereits geschlossen.

Beispiel 2: Sait, ungelernt, reinigt seit 18 Jahren Berliner U-Bahnhöfe bei einem Subunternehmer der BVG: Bahnsteige, Treppen, Ausgang. Eine mitunter gefährliche Arbeit, denn die Elenen werden mehr, die das Ausleeren der Mülleimer, in denen vielleicht noch Pfandflaschen sind, als Bedrohung wahrnehmen. Auch empfindet er, dass der Respekt vor seiner Arbeit stetig sinkt. Alte Kollegen erzählen von der Zeit in den 80ern, als die Reinigung noch direkt von der BVG übernommen wurde. Man gehörte selbstverständlich zur BVG-Familie, bekam Ekelzulagen für Urin, Kot oder Erbrochenes. Sait bekommt nicht mal ein Jobticket.

Sait verdient im Herbst 2019 pro Stunde 10,56 brutto, 1600 Euro im Monat. Wenn sein Verdienst so bleibt, sind das keine 800 Euro Rente. Seine Frau verdient ebenfalls 10 Euro brutto die Stunde, arbeitet 6 Stunden am Tag. Sie haben zwei Kinder. Bevor sein großer Sohn seine Lehre begonnen hat, musste Sait zum Amt, um seinen Lohn aufzustocken. Sait's Vater war ebenfalls ungelernt, bekam aber schon in den 1980ern 24 Mark Stundenlohn für seine Arbeit. Er konnte im Gegensatz zu Sait seiner Familie ein gutes Leben ermöglichen. Sait's Wunsch wären 12–13 Euro die Stunde.

„Damit das, was wir verdienen, wenn wir zu zweit arbeiten gehen, reicht!“

Dass in der Corona-Pandemie für essenzielle Arbeiter_innen geklatscht wird, freut Sait, doch materiell bringt es ihm nur einen 20-Euro-Einkaufsgutschein. Im Sommer 2020 verpflichtet sich der Senat Berlins, den Mindeststundenlohn für öffentliche Aufträge auf 12,50 Euro zu heben. Doch er gilt nur für neue Verträge und erst ab hohen Auftragsvolumen. Ob Sait den besseren Lohn bekommt, bleibt ungewiss.

Machen die Leute etwas falsch, wenn sie Sicherheit oder genug Lohn für gutes Leben nicht aus eigener Kraft erreichen?

Friedrichs zitiert Studien und Wissenschaftler_innen, um ihren anekdotischen Befund zu unterstreichen: Es ist heute kaum mehr möglich, ungelernt allein durch Anstrengung zu bescheidenem Wohlstand und Teilhabe am Wachstum zu kommen, wie es noch in der Generation der bis 1955 Geborenen möglich war. Denen erlaubte die nivellierte Mittelstandsgesellschaft ungekannte Wohlstandsgewinne, beispielsweise den Bau von Eigenheimen nahezu unabhängig von der Art der Beschäftigung, mit wenig Eigenkapital und nur einem Hauptverdiener in der Familie.

Bis in die 1980er Jahre hinein war das Verhältnis zwischen den Einkünften aus Arbeit und den Einkünften aus Kapital stabil. Seitdem galoppieren aber die Einkünfte des Kapitals davon, während die Einkünfte durch Arbeit besonders in den unteren

Lohngruppen stagnieren oder sogar sinken. Die Gründe dafür: Globalisierung, Deregulierung von Arbeit und Migration. Sie trugen zu Druck bei, der in der Folge die oft großzügig ausgestatteten Arbeitsverhältnisse mit diversen Zulagen und betrieblichen Vergünstigungen für Wohnung, Urlaubsreisen oder Kreditaufnahme massiv zusammenstrich. Die Zerstückelung von Großunternehmen kappte interne Aufstiegschancen gerade für Leute ohne Ausbildung. Die Autorin lässt hier am Beispiel von Karstadt langjährige Mitarbeitende eindrucksvoll vom internen Wandel erzählen.

Der Erbmarkt ist so für viele Jüngere entscheidender als der Arbeitsmarkt. Von dort kommt das Startkapital für das eigene Häuschen, denn die vermögendste Kohorte sind die aktuell 70–75-Jährigen. Die heutige Generation in Rente ist so gut ausgestattet, wie es zukünftige Generationen nicht mehr sein werden. Friedrichs wünscht sich hier eine Regierung, die „die Wohlhabenden unter den Älteren zum Maßhalten“ zwingt.

Besonders hebt die Autorin den Bruch im Osten hervor. Dort betrug der Lohnabstand zwischen Menschen in der Produktion und denen, die Hochschulabschlüsse hatten, nur 15 Prozent. Das Eigentum an Immobilien oder Produktionsmitteln war kein relevantes Differenzierungskriterium. Diese Gesellschaft der ökonomisch relativ Gleichen wurde innerhalb kürzester Zeit massiv durchgeschüttelt. Von den im Jahr 1989 Erwerbstätigen arbeiteten vier Jahre später über zwei Drittel nicht mehr im ursprünglichen Beruf; fast die Hälfte aller Beschäftigten

wurde in den ersten sieben Jahren nach der Maueröffnung mindestens einmal arbeitslos. Die Wende fiel in die Phase, als die Aufstiegsmobilität auch im Westen stoppte.

Der staatliche Mindestlohn hat zwar das Absinken der Löhne gestoppt, aber an der ungleichen Verteilung der Gehälter nichts geändert. Nicht nur Linke, sondern z.B. auch Vertreter_innen der katholischen Soziallehre wollen, dass „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ gelingt. Dazu gab es in den 1960ern auch politische Programme: Vermögensbildungsgesetz, Bauförderung, Sparfreibeträge, echtes Miteigentum. Aber das Interesse daran ist erlahmt.

Geld auf dem Sparbuch und in konservativen Geldanlagen verliert aufgrund der Nullzinspolitik aktuell an Wert. Wieso wird das Geld aber bei Reichen mehr? Sie leisten sich eigenes Personal, das sich nur um die Anlage des Vermögens kümmert. Wer hat, kann vermehren.

Und noch etwas kommt den Reichen entgegen: Deutschland finanziert sich vor allem durch Steuern auf Konsum und Arbeit. Kapitalsteuern sind hingegen seit den 80ern in der westlichen Welt immer weiter gesunken. Die Vermögenssteuer ist seit 1997 ausgesetzt. Zwischen 1985 und 2018 ist der Durchschnittssatz der Körperschaftsteuer, zuzüglich der Gewerbesteuer quasi die Einkommenssteuer der Unternehmen, weltweit um mehr als die Hälfte gesunken, von 49 auf 24 %; in Deutschland sogar von 36 auf gerade einmal 15 %.

Wer kann den nicht Vermögenden helfen? Und was wären überhaupt Erfolg versprechende Ansätze? Die Autorin spricht mit Wissenschaftlern, Politiker_innen und Gewerkschaftsvertretern. Die Ideensammlung umfasst unter anderem:

- **Kapital stärker besteuern als Arbeit,**
- **robusteres Bildungssystem, das besonders diejenigen im Blick hat, deren Eltern wenig Förderung leisten können,**
- **Instrumente ähnlich des unter Adenauer bewährten Lastenausgleichgesetzes oder eine andere Art der Vermögenssteuer,**
- **Erbschaftssteuer wieder einführen,**
- **Generationengerechtigkeit überprüfen,**
- **freiwillige Solidaritätsaktionen der Reichen,**
- **Vermögensaufbaumaßnahmen: Sparfondsmodelle fördern, Eigentum fördern, z.B. durch Mietkaufmodelle oder betrieblich vergünstigte Kredite,**
- **soziale Erbschaften, also eine Art staatliches Lebensstartkapital,**

- **stärkere Organisation der Interessen.**

Und dann beginnt die Corona-Krise. Friedrichs spricht mit ihren Protagonisten_innen, aber auch mit Forscher_innen und politischen Akteuren über deren Einschätzung, ob die Krise die soziale Ungleichheit nivellieren oder verschärfen wird.

buch | votum

Working Class ist ein eindrückliches, leicht zu lesendes Feature, mit deutlich persönlicher Haltung der Autorin. Sie appelliert dafür, Regeln auf Dauer zu ändern und etwas Neues, Robusteres zu schaffen. Mehrfach formuliert sie ihren Wunsch nach Solidarität der besonders Wohlhabenden in der Corona-Krise, indem diese beispielsweise freiwillig Mieten senken sollten. Gleichzeitig stellt Friedrichs das System selbst aber nicht in Frage, sondern bekennt sich zum Kapitalismus:

„Die Idee, dass jede die Freiheit hat, zur Autorin des eigenen Lebens zu werden, ist unübertroffen.“

Wenn Friedrichs aber feststellt, dass in den vergangenen Jahrzehnten „die Steuern für das obere Drittel der Einkommen gesenkt, für die untere Hälfte deutlich erhöht“ wurden, richtet sich dieser Befund gegen die aktuellen Regierungsparteien.

Gerade der Sozialdemokratie hält die Autorin einen Spiegel vor, wenn sie in Gesprächen

mit mehreren SPD-Repräsentant_innen ergründet, warum die SPD nicht mehr als die natürliche Verbündete der *working class* gilt. Eine der Zitatantworten, die besonders nachdenklich stimmt:

„Wir können viele Dinge anders machen. Wenn wir gut wüssten, was unser Ziel wäre und wo wir genau hinwollen, dann wäre vieles machbar.“

Stimmt das? Ist der sozialen Demokratie der Kompass verloren gegangen? Wie will die soziale Demokratie weiter für eine solidarische, progressive Gesellschaft mit gleichen Teilhabemöglichkeiten für alle einstehen? Wie das demokratische Versprechen, dass Leistung sich lohnt, neu mit Leben füllen? Julia Friedrichs' angerissene Fragen brauchen glaubwürdige Antworten einer sozialen Demokratie, die für sich in Anspruch nimmt, auf der Seite der *working class* zu stehen.

05

—

Geschlechter- gerechtigkeit

Es geht nur gemeinsam! Wie wir endlich Geschlechtergerechtigkeit erreichen. Von Jutta Allmendinger.

Kernaussagen

Bereits während der ersten Corona-Welle stellte Jutta Allmendinger fest, dass Frauen durch die Pandemie eine „entsetzliche Retraditionalisierung“ erleiden würden. Die folgende Entwicklung gab ihr recht, denn die Krise hat gesellschaftliche Ungleichheit wie ein Brennglas hervortreten lassen und verschärft. In ihrem Buch *Es geht nur gemeinsam!* erklärt Allmendinger, welche strukturellen Rahmenbedingungen dies begünstigen und wie Individuen, Politik und Gesellschaft gegensteuern können.

- Fallstricke für Frauen können in Teilzeitarbeit, langer Elternzeit und mangelnder Repräsentanz in Führungspositionen liegen. Hierdurch entstehen oftmals flache Karriereverläufe. Zudem verdienen Frauen pro Stunde noch immer weniger als Männer und bekommen später entsprechend geringere Renten.
- Diese Situation ist neben individuellen Faktoren insbesondere durch die gegenwärtige sozialpolitische Ausrichtung der deutschen Familienpolitik bedingt.
- Instrumente wie eine Frauenquote für Führungspositionen, eine Ausweitung des Entgelttransparenzgesetzes und ein Umbau des Ehegattensplittings oder die Einführung einer Vier-Tage-Woche könnten gegensteuern und für mehr Geschlechtergerechtigkeit sorgen.



- Um die faktische Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen, muss auch eine Umverteilung von unbezahlter Arbeit zwischen ihnen erfolgen. Bisher stemmen Frauen noch immer den Löwenanteil an Sorgearbeit in Familie und Haushalt. Männer sind somit besonders gefodert, künftig mehr Verantwortung zu übernehmen.

* Paula Schweers ist Journalistin und Autorin. Sie studierte Literarisches Schreiben am Deutschen Literaturinstitut in Leipzig und Europäische Kulturgeschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Derzeit wird sie beim ARTE Magazin und an der FreeTech Academy of Journalism und Technology zur Redakteurin ausgebildet.

Von Jutta Allmendinger, erschienen 2021 im Ullstein Verlag Berlin. Kurzgefasst und eingeteilt von Paula Schweers*.

buch | essenz

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Geschlechtergerechtigkeit ist ein programmatisches Ziel der Sozialen Demokratie. Das vorliegende Buch stellt Konzepte vor, die bereits durchgesetzte Instrumente ergänzen können und sie argumentativ untermauern; wie beispielsweise das Zweite Führungspositionen-Gesetz (FüPoG II), das im August 2021 in Kraft trat. Insbesondere die Vorschläge, wie eine gerechte Aufteilung von Erwerbs- und Familienaufgaben erreicht werden kann, sind wertvolle Beiträge zur Debatte und liefern neue Ansätze.

Jutta Allmendinger wurde 1956 in Mannheim geboren, ist eine der führenden deutschen Soziologinnen und seit 2007 Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Sie wurde an der Harvard University promoviert und war von 1999 bis 2002 als erste Frau Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Als junge Professorin in München wurde sie von Studentinnen ausgebuht, weil sie ihr neugeborenes Kind mit in die Vorlesung brachte. Sie prägt die gesellschaftliche Debatte mit wegweisenden Beiträgen zu den Themen Gleichberechtigung und Bildungsgerechtigkeit.

buch | inhalt

In drei Kapiteln zeigt Allmendinger auf, warum es in Deutschland an Geschlechtergerechtigkeit mangelt, welchen Anteil die Corona-Krise an der Verschärfung dieses Zustands hat und wie die bestehende Ungleichheit überwunden werden kann. In den Mittelpunkt stellt sie hierbei die strukturellen, rechtlichen und familienpolitischen Bedingungen sowie kulturelle Zuschreibungen gegenüber Frauen und Männern, die ihre Selbst- und Fremdeinschätzung prägen.

Teil 1: Bestandsaufnahme

Für ihre Bestandsaufnahme stellt Jutta Allmendinger folgende Fragen in den Mittelpunkt: Wie hat sich die Erwerbsarbeit über das vergangene Jahrhundert hinweg verändert? Welche Unterschiede zwischen Frauen und Männern sind bestehen



geblieben? Ihre Erkenntnisse zeigen, dass sich die Erwerbsquoten von Frauen und Männern angenähert haben. So lag die Erwerbsquote von Frauen im Jahre 1925 bei knapp 49 %, während die von Männern bei über 95 % lag. Heute hingegen liegt die Erwerbsquote der Frauen bei 72,8 %, bei Männern bei 80,5 %. Ein Unterschied von 46 Prozentpunkten reduzierte sich somit innerhalb eines Jahrhunderts auf nur noch knapp acht Prozentpunkte.

Was zunächst nach einer guten Nachricht klingt und bedeuten könnte, dass sich Frauen und Männer aufeinander zubewegt haben, ist auf den zweiten Blick problematisch. Es wird deutlich, dass allein Frauen die Lücke geschlossen haben. Während sich bei Männern in Sachen Erwerbsarbeit seit über 100 Jahren wenig geändert hat, haben Frauen ihr Leben massiv umgebaut und zusätzlich zu dem Löwenanteil an familiären Aufgaben ganz überwiegend eine berufliche Tätigkeit aufgenommen. Männer haben allerdings parallel nicht mehr Sorgearbeit übernommen. Diese Situation ist auch durch die sozialpolitische Ausrichtung der deutschen Familienpolitik bedingt; insbesondere durch steuerrechtliche und sozialpolitische Anreize.

Einerseits fördert das Steuersystem die finanzielle Ungleichheit zwischen Paaren durch das Ehegattensplitting geradezu, da Steuererleichterungen dann am größten sind, wenn die Gehälter weit auseinanderliegen. Andererseits wird aber eine Existenz als Vollzeitmutter ohne berufliche Einbindung immer weniger anerkannt. Schließlich ergeben sich sozial-

rechtliche Ansprüche nur aus der eigenen Erwerbstätigkeit und abgeleitete Rentenansprüche wurden abgesenkt. Diese widersprüchlichen Anreize führen dazu, dass viele Frauen sich bemühen, ihre Lebensläufe eher männlich konnotierten Lebensläufen immer weiter anzunähern. Oder aber sie entscheiden sich für einen beruflichen Weg ohne Führungspositionen und tragen weiterhin die Hauptverantwortung für die familiären Aufgaben.

Aus der Notwendigkeit beide Lebensbereiche zu vereinbaren, lässt sich auch die heutige hohe Quote an Teilzeitarbeit unter Frauen erklären. Bei Männern hingegen sind ihre Erwerbsbeteiligung und ihre Arbeitszeiten völlig unabhängig von ihrer familiären Situation.

Allmendingers Schlussfolgerung aus diesen Daten lautet, dass die Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern ein zentrales Problem für Geschlechtergerechtigkeit darstellt. So liegt zwar derzeit das Gesamtvolumen von Arbeitsstunden an Wochentagen bei Frauen und Männern jeweils bei etwa 11 Stunden. Die bezahlte und unbezahlte Arbeit müsste jedoch gleichmäßiger verteilt werden, damit die massiven Einkommenseinbußen von Frauen, die momentan einen Großteil der Sorgearbeit übernehmen, ausgeglichen werden können.

Ein zweiter zentraler Punkt sind die kulturellen Zuschreibungen, die es Frauen erschweren, in Führungspositionen zu gelangen. So belegen Studien, dass Frauen allein durch ihre Mutterschaft bereits

Nachteile bei der Arbeitssuche erwarten müssen. Studien zeigen, dass potenzielle Arbeitgeber sie mit geringerer Produktivität, häufigen Ausfällen und weniger Arbeitseinsatz gleichsetzen.

Teil 2: Brennglas Corona-Krise

In zwei zentralen Punkten verschärft die Corona-Krise die bereits skizzierte Ungleichheit zwischen Frauen und Männern. Zunächst einmal erleben Familien durch die Pandemie eine Retraditionalisierung. Zwar verändert sich die Arbeitswelt weiter in Richtung Flexibilität und Homeoffice, was zunächst als bessere Vereinbarkeit ausgelegt werden könnte. Stattdessen kann sich diese Umstellung jedoch auch als hinderlich für die Gleichstellung erweisen.

Das Homeoffice erzeugt keinen politischen Druck, eine bessere und verlässliche Infrastruktur für die Betreuung von Kindern aufzubauen. Stattdessen greifen Mütter wieder häufiger selbst ein und stellen ihre eigenen Belange zurück. Studien belegen zudem, dass sich hierdurch im Homeoffice der Gender Care Gap vergrößert. Die zuvor schon ungleiche Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern verschärft sich durch die Corona-Krise weiter.

Ein zweiter Punkt ist, dass sich die Arbeitsbedingungen systemrelevanter Berufe durch die Corona-Krise häufig weiter verschlechterten. In diesen oft unterdurchschnittlich bezahlten Berufen arbeiten bei Weitem mehr Frauen als Männer. Wegen

der Pandemie waren viele Menschen, insbesondere in der Pflege und im Gesundheitssystem, noch größeren Belastungen ausgesetzt. Auch eine verstärkte gesundheitliche Gefährdung kam hinzu. Auch auf diese Weise trifft die Pandemie Frauen besonders hart und vergrößert somit die Ungleichheit.

Teil 3: Ein Fahrplan für mehr Geschlechtergerechtigkeit

Der Gender Pay Gap, also die bereinigte Lohnlücke zwischen Frauen und Männern, liegt heute bei 6%. Noch immer wird sie als häufigstes Instrument herangezogen, um finanzielle Ungleichheit zwischen Frauen und Männern zu beschreiben.

Um die tatsächliche Benachteiligung von Frauen abzubilden, müsste aber auch der Gender Care Gap herangezogen werden – also die geschlechtsspezifische Lücke zwischen dem Aufwand für unbezahlte Sorgearbeit und dem Gender Pension Gap, der die Unterschiede zwischen den Altersrenten beziffert.

Eine Vier-Tage-Woche, in der Männer und Frauen sich bezahlte und unbezahlte Arbeit gleichberechtigt aufteilen, könnte solche Lücken schließen. Diese ist jedoch nur sinnvoll, wenn zugleich die Lohnstrukturen für vergleichbare Berufe angepasst werden. Auch sollte die Verhandlungsposition von Frauen gestärkt werden, indem das Entgelttransparenzgesetz von 2017 auf kleinere Betriebe ausgeweitet wird. Zusätzlich sollte das Ehegattensplitting umgebaut

werden in ein Familiensplitting. Vorbild könnte hierfür das Vorgehen in Österreich seit 2009 sein. Die absolute Steuererleichterung ist hier umso höher, je mehr Kinder und je mehr Einkommensbezieher eine Familie hat. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, die kurzfristig für mehr Einkommen sorgen, aber nicht rentenversichert sind, sollten abgeschafft werden.

Zudem könnten Instrumente wie mehr Frauenquoten für Führungspositionen in Politik und Wirtschaft ein starkes Signal für Gleichstellung in viele Bereiche ausstrahlen. Die Instrumente stehen für gleichen Lohn für vergleichbare Arbeit, für Anpassung der unbezahlten Care-Arbeit, für mehr Sichtbarkeit von Frauen und für Vorbilder.

buch | votum

Jutta Allmendinger liefert mit ihrer kurzweiligen und kenntnisreichen Streitschrift konkrete Konzepte, die etwa die Umverteilung von Care-Arbeit zwischen Frauen und Männern beschleunigen können. Viele der Vorschläge wie Frauenquoten, Umbau oder Abschaffung des Ehegattensplittings und eine Stärkung des Entgelttransparenzgesetzes werden bereits innerhalb der Sozialen Demokratie diskutiert oder umgesetzt; dennoch bietet das Buch neue Ideen und statistische Untermauerung der bestehenden Konzepte.

Insbesondere für politische Entscheidungsträger_innen oder für die politische Bildung finden sich Anregungen. Gerade in Zeiten, in denen ein Rollback in Sachen Geschlechtergerechtigkeit droht, ist das Buch ein wertvoller Debattenbeitrag.

Unsichtbare Frauen. Wie eine von Daten beherrschte Welt die Hälfte der Bevölkerung ignoriert. Von Caroline Criado-Perez.

Kernaussagen

Ob Medizin, Design oder Politik: Obwohl es uns im Alltag häufig nicht bewusst ist, werden viele Bereiche unseres Lebens durch den Einfluss wissenschaftlicher Daten geformt. In ihrem Buch *Unsichtbare Frauen* legt Caroline Criado-Perez die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Erhebung und Interpretation solcher Daten offen. Diese werden bis heute hauptsächlich von Männern und über Männer gesammelt.

Die hierdurch entstandene Wissenslücke, der sogenannte Gender Data Gap, wird und wurde zwar nicht bewusst erzeugt, führt aber zu einer strukturellen Benachteiligung von Frauen. Aus diesem Grund plädiert die Autorin für eine kritische Debatte und fordert einen Systemwandel. Sie zeigt, dass Bedürfnisse von Frauen besser berücksichtigt werden, wenn sie gleichberechtigt in Forschung, Wirtschaft und Politik vertreten sind.



* Paula Schweers ist Journalistin und Autorin. Sie studierte Literarisches Schreiben am Deutschen Literaturinstitut in Leipzig und Europäische Kulturgeschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Derzeit wird sie beim ARTE Magazin und an der FreeTech Academy of Journalism und Technology zur Redakteurin ausgebildet.

Von **Caroline Criado-Perez**, erschienen 2020 im **btb-Verlag, München. Kurzgefasst und eingeordnet von Paula Schweers***.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Die datenbasierte Analyse macht deutlich, wie sehr Diskriminierung aufgrund des Geschlechts auf vielfältige Weise in unser Leben und unsere Gesellschaft eingewoben ist. Dies zu verändern und individuelles wie gesellschaftliches Leben gleichberechtigt und vielfältig zu gestalten, ist ein zentraler Wert einer gerechten Gesellschaft und somit ein Kerninteresse der Sozialen Demokratie.

buch | autorin

Caroline Criado-Perez, 1984 geboren, ist Autorin und Rundfunkjournalistin. Sie publiziert unter anderem im *New Statesman* und *Guardian*. Ihr erstes Buch *Do it Like a Woman* erschien 2015. Sie zählt zu den international einflussreichsten feministischen Aktivistinnen der Gegenwart. Zu ihren bekanntesten Kampagnen gehören der erste Abdruck eines Frauenbildes auf britischen Banknoten und die Verpflichtung von Twitter, seinen Umgang mit sexuellem Missbrauch zu ändern. 2013 wurde Caroline Criado-Perez zum *Human Rights Campaigner of the Year* ernannt.

buch | inhalt

Der Gender Data Gap und die daraus entstandenen Annahmen über die Wirklichkeit haben Einfluss auf ganz unterschiedliche Bereiche des alltäglichen Lebens: Die Tendenz, Männlichkeit als Norm zu definieren, beeinflusst zum Beispiel Forschung, Sprache, Design, die Nutzung des öffentlichen Raums, Medizin, Krisen und Politik. Besonders brisant ist dies in einer digitalisierten Welt, in der Daten immer wichtiger werden. So ist beispielsweise auch künstliche Intelligenz nicht über menschliche Stereotypen erhaben. Stattdessen stecken in den Datensätzen, mit denen KI gefüttert wird, oft gesellschaftliche Vorurteile. Hieraus ergibt sich, dass sich der Gender Data Gap bei fortschreitender Digitalisierung sogar noch vergrößern kann, wenn solche Zusammenhänge nicht erkannt werden.



Forschung: Stereotypen statt Fortschritt

Das Beispiel der Forschungsdisziplin Anthropologie zeigt, wie Voreingenommenheit in Bezug auf Geschlechterstereotype die Arbeitsergebnisse von Wissenschaftler_innen verzerren kann. Archäolog_innen, die 1889 in Schweden ein gepanzertes Wikingerskelett entdeckten, das zusammen mit Jagdwaffen begraben worden war, gingen ganz selbstverständlich davon aus, die Knochen eines männlichen Kriegers vor sich zu haben – obwohl der gefundene Beckenknochen eindeutig weiblich war. Der Fehler blieb unentdeckt, verlangsamte den weiteren Erkenntnisfortschritt und wurde erst 2017 durch Tests eindeutig widerlegt. Dennoch gab es weiterhin kontroverse Diskussionen um den Fund, da manche Wissenschaftler_innen die Existenz von kämpfenden Wikingerfrauen nach wie vor für unwahrscheinlich hielten.

Die feministische Anthropologin Sally Slovic kritisierte bereits 1957 die Art, wie spärliche Daten auf der Basis von Vorannahmen interpretiert werden und somit eine möglichst objektive Erhebung von Erkenntnissen unmöglich machen. Sie veröffentlichte diese Kritik in ihrem berühmten Artikel *Woman the Gatherer: Male Bias in Anthropology*. In dem Aufsatz stellte sie auch fest, dass die Verwendung des generischen Maskulinums in wissenschaftlichen Texten zusätzlich der Unvoreingenommenheit von Forschenden entgegenstehen kann.

Sprache: Mehr als nur Worte

Studien über die Verwendung des generischen Maskulinums zeigen, dass sich Menschen dabei eher an berühmte Männer als an berühmte Frauen erinnern, dass sie glauben, dass bestimmte Berufsgruppen von Männern dominiert seien und eher männliche Bewerber für Posten oder politische Ämter vorgeschlagen werden. Woran liegt das?

Dass Sprache unsere Gedanken und somit auch unsere Wirklichkeit formen kann, ist eine bekannte These, die aus der Linguistik stammt. Weiterführende Erkenntnisse aus der Forschung in zahlreichen Disziplinen, wie zum Beispiel Kognitionspsychologie oder Erziehungswissenschaften, belegen zudem, dass eine explizite sprachliche Repräsentation direkt mit kognitiver Repräsentation korreliert. Für Debatten über gesellschaftliche Teilhabe bedeutet diese Annahme: Menschen, die sprachlich unterrepräsentiert sind, über deren Belange wenig gesprochen wird, oder die kaum gehört werden, wie zum Beispiel Minderheiten, geraten aus dem Blick und rücken auch gesellschaftlich in den Hintergrund.

Dies hat sogar messbare Auswirkungen: Eine Analyse des Weltwirtschaftsforums von 2012 weist nach, dass tendenziell in jenen Ländern die geringste Geschlechtergerechtigkeit herrscht, deren Sprachen nach Geschlecht gebeugt werden und deutliche Vorstellungen von männlich und weiblich transportieren. Im Umkehrschluss bedeuten diese Erkenntnisse jedoch auch, dass eine veränderte Sprache, die Frauen

gleichberechtigt repräsentiert, auch dazu beitragen kann unsere soziale Wirklichkeit zu verändern und gerechter zu machen.

Design: Gerechte Gegenstände

Gutes Design unterliegt dem Anspruch, funktional und ästhetisch zu sein. Aber wer genauer hinsieht, stellt fest, dass Gebrauchsgegenstände auch benachteiligen können. So sind Klaviertastaturen oder Bohrmaschinen für Männerhände geformt, Spracherkennungssoftware reagiert häufig nicht auf die Frequenzen weiblicher Stimmen. Ein Großteil der Geräte und Werkzeuge, die wir tagtäglich benutzen, sind für Männer gemacht. Ein Beispiel hierfür ist das Smartphone. Vorgeblich sind Mobiltelefone extra für die Bedienung mit einer Hand konstruiert. Aber gilt das für alle Nutzer_innen? Im Jahr 2018 betrug die Durchschnittsgröße eines Smartphones 14 Zentimeter. Für eine durchschnittlich große Frauenhand ist das ziemlich unpraktisch. Damit ist das Geschlecht des hypothetischen Smartphone-Nutzers ziemlich eindeutig männlich.

Neue Forschung zeigt, dass die Standardbreite von Smartphones bei Nutzerinnen sogar zu Erkrankungen des Bewegungsapparats führen könnte. Die meisten Studien zu diesem Thema unterscheiden allerdings weiterhin nicht nach Geschlecht und auch eine Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse in der Entwicklung der Produkte wird bisher zumeist nicht vorgenommen. Genderblinde Gestaltungspraxis kann ihre Wurzeln somit auch in der zugrunde

liegenden Datenlage suchen, die Bedürfnisse und Verhaltensweisen nicht nach Geschlecht differenziert.

Öffentlicher Raum Eine Stadt für alle

Bereits in den späten 1970ern kritisierten Stadtplanerinnen, Architektinnen und Stadtsoziologinnen in Deutschland, dass die Perspektiven von Frauen in der Stadtplanung fehlten. Ihre These: Frauen nutzen den öffentlichen Raum anders, weil sie neben der Erwerbsarbeit einen Großteil der unbezahlten Hausarbeit und Kindererziehung erledigen und weniger mit dem Auto, sondern häufiger zu Fuß unterwegs sind oder öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Zugleich arbeiten Männer prozentual öfter in Vollzeit als Frauen, was zu unterschiedlichen Fortbewegungsmustern führt. Auch aktuelle internationale Studien kommen mehrheitlich zu diesem Ergebnis.

Dennoch orientiert sich städtische Verkehrsplanung zumeist trotzdem an diesen männlichen Mustern und konzentriert sich auf die Mobilität von Vollzeitbeschäftigten, wie eine EU-weite Studie aus dem Jahr 2012 belegt. Das Ergebnis ist ein Transportsystem, das auf die Hauptreisezeiten dieser Gruppe ausgelegt ist. Der Gender Data Gap führt somit dazu, dass Nutzerinnen des öffentlichen Nahverkehrs durch ihre Fahrgewohnheiten benachteiligt werden. Zudem ist die Infrastruktur von Städten in der Regel noch immer darauf ausgelegt, dass Autofahrer_innen gegenüber Fußgänger_innen im Vorteil sind. Enge Gehwege,

schlechte Beleuchtung oder steile Treppen benachteiligen Frauen, die mit größerer Wahrscheinlichkeit als Männer diese Wege mit Kinderwagen oder Einkäufen zurücklegen, zusätzlich.

Diese Erkenntnisse machen deutlich, dass die Erhebung von Mobilitätsdaten und die anschließende Interpretation und Umsetzung, solche unterschiedlichen Fortbewegungsmuster deutlich stärker berücksichtigen muss, damit Männer und Frauen gleichermaßen profitieren.

Medizin: Kein kleiner Unterschied

Der männliche Körper wird in der medizinischen Forschung noch immer meist als Standard angesehen, auch die Ausbildung von Ärzt_innen orientierte sich jahrelang an dieser Norm. Eine 2008 durchgeführte Analyse medizinischer Lehrbücher, die von renommierten Universitäten in Europa, den USA und Kanada verwendet werden, ergab, dass Abbildungen von Körperteilen dreimal mehr männliche als weibliche Gliedmaßen zeigten. Dabei belegen zahlreiche Studien, dass sich männliche und weibliche Körper nicht nur anatomisch, sondern auch auf organischer und sogar zellulärer Ebene unterscheiden. Eine verbesserte Datenlage über weibliche Körper ist daher von entscheidender Bedeutung, um eine wirksamere medizinische Versorgung für Frauen herstellen zu können. Dennoch sind Frauen in medizinischen Studien systematisch unterrepräsentiert – selbst

Tierversuche werden weiterhin zu 70% an männlichen Tieren vorgenommen. Das bedeutet unter anderem, dass Medikamente oder andere medizinische Produkte auf den Markt kommen, ohne dass sie ausreichend an Frauen getestet wurden.

Ein solches Ungleichgewicht wirkt sich natürlich auf die Behandlung von Patientinnen aus: Die Stellung von Diagnosen, die Gabe von Medikamenten oder die Behandlungspläne sind häufig nicht ausreichend auf sie abgestimmt. In der medizinischen Lehre und Forschung ist die geschlechtsbezogene Datenlücke somit besonders gefährlich.

Krisen und Politik: Die Hälfte vom Kuchen

Die Datenlücken, die Frauen bereits im Alltag häufig benachteiligen, vergrößern und vervielfältigen sich in Krisen wie bei Naturkatastrophen, Kriegen und Pandemien weiter. So werden Frauen bei Hilfsaktionen nach Naturkatastrophen häufig nicht einbezogen. Ein Beispiel sind die Arbeiten zum Wiederaufbau nach dem Hurrikan Andrew 1992 in den USA. Das Gremium, das die Entscheidungen traf, bestand aus 56 Männern und nur elf Frauen. Es wollte zwar Wolkenkratzer und Einkaufszentren neu errichten, die Bedeutung von Kindertagesstätten oder Gesundheitszentren wurde jedoch übersehen. Dies führte zwar zu wütenden Protesten von Frauenrechtler_innen, jedoch nicht zu einer Anpassung für künftige Katastrophen. Bisher gibt es auch kein internationales Gesetz, das die Einbeziehung

von Frauen in Wiederaufbaupläne nach Katastrophen vorschreibt.

Des Weiteren sind Frauen in der Politik und somit unter den gestaltenden Entscheidungsträger_innen, massiv unterrepräsentiert. So waren im Jahr 2017 weltweit gerade einmal 23,4% aller Politiker weiblich. Hinzu kommt, dass es Frauen, die in die Politik gehen, nicht leicht gemacht wird. Studien der University of Berkeley in Kalifornien zeigen, dass Frauen, die in männlich dominierten Kontexten das Wort ergreifen, negativer beurteilt werden als Männer, die exakt dasselbe sagen. Sie werden schnell als aggressiv wahrgenommen, Männer hingegen als durchsetzungsstark. Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass Politikerinnen häufiger geschlechtsbezogene Beleidigungen erfahren als Politiker. Eine Umfrage der Interparlamentarischen Union von 2018 unter weiblichen Abgeordneten und Mitarbeiterinnen in nationalen Parlamenten in der Europäischen Union ergab, dass bereits 67,9% von ihnen sexistischen Äußerungen ausgesetzt waren.

Dabei zeigen Studien, dass Politikerinnen eher bereit sind, den Gender Gap zu überwinden und Themen wie Familienpolitik, Bildung und soziale Infrastruktur auf die Agenda zu setzen. Eine Analyse des Einflusses von Politikerinnen aus 19 OECD-Ländern zwischen 1960 und 2005 ergab, dass Frauen sich mit höherer Wahrscheinlichkeit mit Themen befassen, die Frauen betreffen. Eine indische Studie von 2004 bestätigt dies: Als ein Drittel der Sitze in den Gemeinderäten mit Frauen besetzt

war, erhöhten sich die Investitionen in für Frauen wichtige Infrastruktur. Wenn Frauen in politischen Ämtern besser repräsentiert sind, betreiben sie also aktiv eine Politik, die die Bedürfnisse von Frauen anerkennt und berücksichtigt.

buch | votum

Criado-Perez Analyse ist kritisch, akribisch recherchiert und eine Fundgrube für Zahlen und Statistiken. Durch ihre Vermessung der Welt zeigt die Autorin anschaulich auf, in wie vielen Lebensbereichen Frauen aufgrund des Gender Data Gaps Benachteiligungen erfahren, aber auch, wie eine Veränderung dieser Situation möglich wäre. Aus Sicht der Sozialen Demokratie knüpft das Buch hiermit an die vielfältigen Debatten über Gleichstellung an, die gesellschaftlich und auch parteiintern geführt werden. Criado-Perez untermauert die Diskussion, auch gegenüber populistischen Argumenten, mit Zahlen und Fakten. Insbesondere der Lösungsansatz, für den sich die Autorin stark macht, ist hierbei für künftige Handlungsempfehlungen interessant: nämlich die Repräsentation von Frauen in politischen Ämtern und in der Forschung zu erhöhen, um den Gender Data Gap und seine Auswirkungen zu überwinden.

06

—

Europa

Weniger Markt, mehr Politik. Europa rehabilitieren. Von Björn Hacker.



Kernaussagen

Eine einseitige Marktgläubigkeit hat soziale Schief lagen und politischen Unmut produziert, die den Hintergrund der europäischen Krisen (Eurokrise, soziale Spaltung, Migrationskrise) bilden und sie verstärken. Die EU hat nur halbherzige Antworten darauf gefunden, während sich die zentrifugalen Tendenzen verstärkt haben. Allein eine stärkere politische Einhegung der Märkte kann Europa erneuern und neuen Wohlstand und Zukunftsvertrauen sichern.

Von Björn Hacker, erschienen 2018 im Dietz Verlag Bonn. Kurzgefasst und eingeordnet von Michael Dauderstädt*.

buch | essenz

Bewertung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Die neoliberale Wende, Globalisierung und die einseitige Marktintegration in Europa gefährden wichtige Ziele der Sozialen Demokratie. Europa ist ein entscheidender Ansatzpunkt für einen Politikwechsel, der sozialen Ausgleich wieder in den Mittelpunkt stellt. Dafür liefert Hacker konkrete und realistische Vorschläge.

buch | autor

Prof. Dr. Björn Hacker ist ein deutscher Politik- und Wirtschaftswissenschaftler. Nach seiner Promotion 2010

zum Europäischen Sozialmodell arbeitete er zunächst bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. Seit 2014 ist er Professor für europäische Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin. Er forscht zur wirtschaftlichen und politischen Integration Europas.

buch | inhalt

Der Siegeszug der Märkte

Mitte der 1970er-Jahre ging eine Epoche zu Ende, die jahrzehntelang durch regulierte Märkte und blühende Wohlfahrtsstaaten Wachstum, Vollbeschäftigung und sozialen Ausgleich erzielt hatte. Das Ende der seit 1944 gültigen Weltwährungsordnung, steigende Inflation und Krisen schafften die Bedingungen für eine neoliberale Wende in der Wirtschaftspolitik, die den Staat und Gewerkschaften schwächen und die Märkte deregulieren wollte.

Zunächst in den USA und Großbritannien, später auch in Kontinentaleuropa dominierten Parteien und Regierungen, die versuchten, diese marktfreundliche Agenda durchzusetzen. In Deutschland wurde diese Wende zunächst zögerlich von der Regierung Kohl und schließlich unter Schröder mit der Agenda 2010 umgesetzt. Steuern wurden gesenkt, soziale Risiken wie Arbeitslosigkeit oder Alter stärker individualisiert und die Arbeitsmärkte liberalisiert.

Triebener und Begründung der Marktstärkung war die Globalisierung. Sie veränderte die Kräfteverhältnisse zwischen der mehr



ortsgebundenen Arbeit und dem Staat einerseits und dem international mobilen Kapital andererseits. Niedriglohnkonkurrenz und Steuerwettbewerb erleichterten die Umverteilung zugunsten der Profite. Mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme in Europa und Chinas kapitalistischer Öffnung beschleunigte sich der Triumphzug der Marktwirtschaft und der Wettbewerbsdruck.

Im Ergebnis nahmen die Ungleichheit und soziale Unsicherheit zu. Das Aufstiegsversprechen, das die Nachkriegsgeneration inspiriert hatte, wich Abstiegsängsten. Die erfolgreiche Expansion der höheren Bildung konnte stabile und angemessen bezahlte Arbeitsplätze nicht mehr garantieren.

Auch die Demokratie litt unter den Legitimationsverlusten der traditionellen Politik und Parteien. Das TINA-Prinzip (There is no alternative – es ist alternativlos) hinterließ ein Gefühl der Ohnmacht, gegen die sich viele Menschen mit einer Radikalisierung zu wehren versuchten, meist nach rechts, gelegentlich auch nach links.

Halbherzige Reformversuche der EU

Europa fiel gefühlt im internationalen Konkurrenzkampf zurück. Es antwortete darauf, dem Zeitgeist folgend, mit einer Stärkung der Marktintegration. Das Binnenmarktprojekt sollte die letzten Handelshemmnisse im Gemeinsamen Markt beseitigen und auch als Vorstufe zur Währungsunion dienen, die mit dem Vertrag von Maastricht 1992 beschlossen wor-

den war. Begleitende marktregulierende und soziale Politiken wie die Grundrechtecharta und der soziale Pfeiler blieben dagegen unverbindlich und /oder ohne Biss oder scheiterten in Referenden (wie die Verfassung von 2004).

Zusammen bewirkte diese Vertiefung der Integration eine Schwächung der nationalen Schutzmöglichkeiten wie Produkt-, Umwelt- und Sozialstandards bzw. der Abwertungsoption für eine eigene Währung. Der Stabilitätspakt legte Obergrenzen für Haushaltsdefizite und Staatsverschuldung fest, die die fiskalpolitischen Spielräume der Regierungen einengten. Die unabhängige Zentralbank sollte mit ihrer Geldpolitik die Inflation und nur in zweiter Linie Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche bekämpfen.

Neben dieser Vertiefung trieb die EU auch noch die Erweiterung voran – ausgelöst durch den Zusammenbruch des Ostblocks. Zuerst traten vormals neutrale Länder wie Schweden, Österreich und Finnland bei. Dann folgte die gigantische Osterweiterung mit zehn Neumitgliedern 2004 und drei weiteren 2007 und 2013. Der Eintritt von Ländern mit deutlich niedrigerem Einkommens- und Lohnniveau in einen weiter nivellierten gemeinsamen Markt verschärfte den Wettbewerbsdruck.

Die Finanzmarktkrise von 2008 gefährdete das kreditabhängige Wachstumsmodell der Südperipherie der EU und löste eine Staatsschuldenpanik aus. Nun zeigten sich die Konstruktionsmängel der Währungsunion. Die EU reagierte mit

Rettungsschirmen verbunden mit harten Sparauflagen für die Krisenländer, die die Krise nur weiter verschlimmerten. Erst verspätet, 2012, entschärfte EZB-Präsident Draghi mit der Ankündigung massiver Anleihekäufe die Krise.

Über diese schon krisengeschüttelte und sozial gespaltene EU brach 2015 die nächste Krise in Gestalt eines plötzlichen Zustroms an Geflüchteten herein. Deutschland hatte durch eine humanitär berechnete, aber unilaterale Entscheidung den Ansturm ausgelöst. Der Versuch der EU, auch nur einen Teil der Geflüchteten nach einem Schlüssel zu verteilen, scheiterte am Widerstand mehrerer Mitgliedstaaten.

Die Sackgasse der Desintegration

Viele Menschen richteten ihre Wut und Enttäuschung angesichts von Krisen und sozialer Ungleichheit gegen die EU und Brüssel. Die politische und akademische Kritik formierte sich sowohl im rechtspopulistischen als auch im konservativen und linken Lager.

Der Rechtspopulismus steht in einer – nur mühsam sprachlich verschleierte – Tradition des Faschismus. Er will Europa oder eher das Abendland vor Überfremdung schützen und setzt verstärkt auf den Nationalstaat und das Volk. Seinen größten Erfolg konnte er in Großbritannien mit dem Brexit feiern.

Der Aufstieg des Rechtspopulismus hat auch konservative Parteien nach rechts ge-

drängt – vor allem in der Migrationspolitik. In Österreich koalierte die konservative ÖVP mit der rechten FPÖ. In Deutschland griff die CSU die Migrationspolitik der Großen Koalition offen an.

Linke euroskeptische Parteien erlebten vor allem im von der Austeritätspolitik geschädigten Süden einen Aufschwung. In Griechenland kam Syriza an die Macht, in Italien eine Koalition aus Lega und 5 Stelle. Aber auch sozialdemokratische Parteien wie die dänische übernahmen nationalzentrierte und migrationskritische Positionen.

Selbst in der deutschen Sozialdemokratie finden sich Befürworter für eine – zumindest partielle – Desintegration. Sie kritisieren den Demokratieverlust in der Eurozone und empfehlen den Südländern einen Ausstieg. Angesichts von Globalisierung und Marktintegration fordern sie eine Renaissance des Nationalstaats mit einer starken Schutzfunktion für die sozial Schwachen.

Ein Labyrinth von Konflikten

Die Auseinandersetzung um die Zukunft der EU ist von zahlreichen, sich kreuzenden Konfliktlinien geprägt, an denen sich fundamentale Positionen und Interessen gegenüberstehen:

Kompetenzverteilung: Während die einen mehr Kompetenzen beim Nationalstaat haben wollen, streben die anderen nach einem europäischen Bundesstaat. Dabei kann eine pragmatische Kompetenzverteilung wechselnden Herausforderungen besser begegnen.

Legitimation: Kleine Länder haben hier andere Interessen als große Länder.

Repräsentation: Menschen sind als Bürger eines Mitgliedstaats und als Unionsbürger vertreten.

Demokratie: Volkssouveränität und Einbindung in eine globalisierte und europäisch integrierte Wirtschaft und Vertragsordnung reiben sich.

Ökonomie: Die bekannten ideologischen Grundpositionen von mehr Markt oder mehr Politik prägen alle Reformdiskurse.

Eurozone: Zur Reform der krisenanfälligen Währungsunion setzen die einen auf striktere Einhaltung der Stabilitätsregeln, die anderen auf eine Ergänzung durch eine Fiskalunion und wirtschaftspolitische Koordinierung bis hin zu einer europäischen Wirtschaftsregierung.

Sozialunion: Während Marktliberale auf den Wettbewerb zwischen Sozialwrdnungen und auf Strukturreformen setzen, streben die wegen der sozialen Spaltung Besorgten eine Konvergenz der Standards und Niveaus an.

Migration: Nicht nur Abschottung versus Öffnung, auch die Verteilung der Geflüchteten und die Methoden zu deren Integration sind umstritten.

Europa politisch neu gestalten

Viele Kritiker der Brüsseler Politik neigen zu extremen Lösungen. Mal wollen sie die supranationalen Institutionen und Kompetenzen radikal beschneiden und sie in die nationale Politik zurücknehmen oder gleich der Macht der globalen Märkte überlassen. Andere träumen von einer Republik Europa, in der die Nationalstaaten nahezu verschwunden sind. Solche Vorschläge sind unrealistisch und verlängern nur die Problemlagen. Wirklicher Fortschritt kann nur durch mehr Politik erzielt werden, die auf pragmatische, aber spürbare und mutige Reformen setzt.

In der Währungsunion muss die staatliche wirtschaftspolitische Kompetenz gestärkt werden. Dabei könnten folgende Reformen helfen: Ein europäisches Rückversicherungssystem für die Arbeitslosenversicherung, die stark belastete nationale Systeme entlastet; eine Konjunkturausgleichsrücklage nach dem Modell des deutschen Stabilitätsgesetzes von 1967, die antizyklisch Mittel für Investitionen bereitstellt; eine Gemeinschaftsanleihe, mit der Eurobonds ausgegeben werden; die Vollendung der Bankenunion durch eine europäische Einlagenversicherung; ein Koordinierungsgremium für die Wirtschaftspolitik.

Um das Europäische Sozialmodell abzusichern, bräuchte man ein Europäisches Sozialprotokoll, das die sozialen Rechte vertraglich den Marktfreiheiten gleichstellt. Die EU sollte soziale Mindeststandards (z.B. Mindestlöhne, Sozialausgabenniveau, Korridore für Unternehmenssteuersätze)

festlegen und durch einen sozialen Stabilitätspakt verankern.

Eine gemeinsame Einwanderungspolitik sollte nicht versuchen, Mitgliedstaaten zur Aufnahme von Geflüchteten zu zwingen, sondern zunächst Asylregelungen vereinheitlichen. Die EU braucht ein System für legale Zuwanderung. Länder, die viele Zugewanderter integrieren müssen oder wollen, könnte die EU durch Zuweisung von Mitteln für Infrastrukturinvestitionen unterstützen.

Zukünftige Herausforderungen

Um den Politikwechsel in der EU zu beschleunigen, könnte eine Koalition der willigen Mitgliedstaaten vorangehen, wie es die Verträge auch vorsehen und es in einigen Politikfeldern schon erfolgte. Eine solche Avantgarde sollte aber nur temporär sein. Besser wäre ein Konsens aller Mitgliedstaaten nach dem Motto:

„So viel Koordinierung wie möglich, so viel Harmonisierung wie nötig.“

Die Sozialpartner sollten in den Dialog einbezogen werden.

Eine politikstarke EU erlaubt es auch den Nationalstaaten, besser mit den Herausforderungen der Globalisierung umzugehen. Europäische Regeln, etwa für Finanzmärkte, könnten globale Maßstäbe setzen. Ein Europa, das glaubhaft gesellschaftliche Ziele politisch gegen Märkte durchsetzt, wäre sowohl im Inneren attraktiv und besser legi-

timiert als auch ein Leuchtturm für andere internationale Organisationen und die Welt.

Deutschland spielt bei der Reorientierung Europas eine wichtige Rolle. Es sollte dazu vor allem auch die eigene Wirtschafts- und Sozialpolitik umgestalten und mehr auf sozialen Ausgleich, Kontrolle von Marktmacht und effektivere Integration setzen. In der Europapolitik sollte Deutschland aufhören Reformen zu bremsen (z.B. Bankenunion oder Eurobonds) und stattdessen Vorreiter für die oben vorgeschlagenen Reformen sein.

buch | votum

Hackers Buch ist vor allem für eine Leserschaft aus dem Umkreis der Sozialen Demokratie besonders ergiebig, da seine politischen Werte und Ziele mit den ihren übereinstimmen und er realistische Wege aufzeigt, um sie zu erreichen. Dabei vermeidet er die Pauschalkritik an der EU, wie sie von rechts, aber auch von links geäußert wird, ebenso wie scheinbar attraktive, aber utopische Politikvorschläge. Er will Europa rehabilitieren, indem er versucht, entfesselte und unterregulierte Märkte wieder unter politische Kontrolle zu bringen. Dazu schlägt er konkrete Maßnahmen vor, deren Angemessenheit auch darin sichtbar wird, dass einige von ihnen (z.B. eine gemeinsame europäische Verschuldung für ein Investitionsprogramm) in jüngster Zeit umgesetzt wurden – wenn auch nur unter dem Druck der Coronakrise, die erst eineinhalb Jahre nach Erscheinen des Buches ausbrach.

07

—

Migration

Flucht – Eine Menschheitsgeschichte. Von Andreas Kossert.

Kernaussagen

Flüchtlinge haben ein Gesicht, einen Namen und eine persönliche Geschichte. In der Alltagswahrnehmung vieler Menschen der aufnehmenden Gesellschaften überwiegt dennoch die Wahrnehmung des Flüchtlings als „Repräsentant eines anonymen Kollektivs“, mit dem man selbst nichts zu tun haben will.

In seinem Band *Flucht – Eine Menschheitsgeschichte* zeichnet Andreas Kossert anhand von vielen biografischen Schilderungen ein großes Panorama von Fluchtschicksalen des 20. und frühen 21. Jahrhunderts. Der Verlust von Heimat und die daraus entstehenden seelischen Verwundungen sind für Kossert neben der meist abweisenden Haltung der Aufnahmegesellschaften ein zentraler Faktor für die Schwierigkeiten vieler Flüchtlinge, sich eine neue Heimat zu schaffen.



von Andreas Kossert, erschienen im Jahr 2020 im Siedler Verlag, München. Kurzgefasst und eingeordnet von Thilo Scholle*.

buch | autor

Andreas Kossert wurde 1970 in München geboren. Seit 2010 arbeitet der promovierte Historiker für die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin. Mit *Kalte Heimat: die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945* legte er im Jahr 2008 einen breit rezipierten Band zu den Fluchtgeschichten Vertriebener nach 1945 und der weitgehend fehlenden Aufnahmebereitschaft der deutschen Gesellschaft vor.

buch | essenz

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Flucht und Vertreibung sind Themen, die die Globalgeschichte unserer Zeit prägen. Nach den Monaten der „Willkommenskultur“ der zweiten Jahreshälfte 2015 ist der gesellschaftliche Diskurs in Deutschland seitdem skeptischer geworden. Die Gewährleistung von Schutz und die Aufnahme von Flüchtlingen ist wichtiger Bestandteil einer Politik der Sozialen Demokratie. Der vorliegende Band bietet wichtige Anknüpfungspunkte für öffentliche Positionierungen, die sich Flüchtlingen und Fluchtschicksalen mit Empathie und Solidarität nähern möchten.

buch | inhalt

Gegliedert ist das Buch in die beiden Abschnitte „Jeder kann morgen ein Flüchtling sein“ und „Heimat. Von den Ambivalenzen eines Gefühls“ sowie das kurze Schlusskapitel „Was war, endet nicht“. Dabei geht es nicht um die Darstellung und Aufarbeitung der historischen Hintergründe oder Verläufe von Fluchtbewegungen. Im Mittelpunkt steht die Beobachtung, wie Flüchtlinge selbst ihre Situation wahrnehmen und verarbeiten – und auf welche Reaktionen sie im Zielland ihrer Flucht treffen. Das Buch enthält eine Fülle von Selbstzeugnissen von Flüchtlingen sowie literarische Texte und Gedichte.

Als Einstieg in die Darstellung skizziert Kossert eindrücklich die Fluchtgeschichte des Bauern Friedrich Biella, der im Januar 1945 seinen Hof in Masuren verlassen muss und im März 1945 im holsteinischen Herzogtum Lauenburg landet. In seinem Notizbuch notiert Biella in knappen Sätzen



* Thilo Scholle ist Jurist und arbeitet als Referent in der Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

den Stand der Dinge. Wöchentlich besucht er die britische Militäradministration und erkundigt sich nach der Möglichkeit der Rückkehr. Am Ende kann er doch nur vermerken: „Mit der Rückfahrt noch warten“. Eine Zusammenkunft mit der nun an mehreren Orten verstreut lebenden Familie ist nicht möglich, einzig gelegentlicher Briefkontakt gelingt. Im Jahr 1947 stirbt Friedrich Biella im Alter von 73 Jahren – der Einschätzung Kosserts zufolge an Heimweh:

„In der Weltchronik über das Fliehen steht seine Geschichte für Abermillionen ähnlicher Schicksale.“

Mit diesem Einstieg ist das Grundscheema des weiteren Gangs der Darstellung gelegt: Die Schilderung konkreter Lebenswege erfolgt eng verwoben mit allgemeineren Einordnungen und Anmerkungen; mit Beispielen aus dem deutschen Sprachraum, aber auch aus dem Gebiet des ehemaligen osmanischen Reichs sowie aus Asien. Unabhängig von den konkreten Ursachen, die Menschen zur Flucht bewegen, ähneln sich die konkreten Erfahrungen:

„Jeder muss entscheiden: Was nehme ich mit auf die Flucht? Wie viel kann ich tragen, wenn ich zu Fuß unterwegs bin? Soll ich Wertsachen, Fotos, Schmuck und Dokumente einpacken oder besser Verpflegung für die kommenden Tage?“

Jeder kann morgen ein Flüchtling sein

Wichtig ist Kossert, dass es „den“ Flüchtling nicht gibt. Individuelle Geschichten unterscheiden sich und sollen auch jeweils für sich ernst genommen werden. Neben dem persönlichen Respekt hat dies auch eine politische Dimension. „Die“ Flüchtlinge als vermeintlich gesichtslose Masse erwecken kein Mitgefühl. Im Gegenteil: In Kombinationen mit weiteren Begriffen, die sonst eher der Beschreibung von Naturphänomenen dienen wie etwa „Flut, Lawine, Welle oder Strom“, führen sie zur Wahrnehmung von flüchtenden Menschen als einer Art Naturkatastrophe, gegen die man sich nur durch den Bau ausreichend hoher Dämme schützen kann.

Flucht bedeutet zugleich eine Zäsur, den Bruch der andauernden Kontinuität mit den Vorfahren. Über Generationen weitergegebene und weiterentwickelte Investitionen, Grund und Boden, immaterieller Besitz – im Falle der Flucht bleibt alles zurück. Hinzu kommt der Verlust von Nachbarn_innen und Freunden_innen, von den Orten des eigenen Lebens und selbst von den Friedhöfen der toten Ahnen_innen. Zugleich kann diese Erfahrung von Verlust für diejenigen, die nicht fliehen mussten, völlig unverständlich bleiben.

Kossert illustriert dies beispielsweise mit einem Briefwechsel zwischen dem 1933 aus Deutschland vertriebenen jüdischen Verleger Kurt Wolff und seiner in Deutschland gebliebenen Tochter aus erster Ehe Maria im Jahr 1946. Die Tochter beklagt vor

allem mit Blick auf die Härten die Krieges die „Bitternis der letzten 12 Jahre“, während der Vater versucht, Verständnis sowohl für das Schicksal der Flucht wie auch Anerkenntnis des in denselben Jahren von Deutschen massenhaft verursachten Leides zu erreichen.

Eingangs des Bandes trifft Kossert einige begriffliche Festlegungen. So benutzt er in der Darstellung konsequent den Begriff „Flüchtling“. Die in den öffentlichen Debatten mittlerweile eher geläufige Bezeichnung „Geflüchtete“ lehnt er ausdrücklich ab. Der Begriff wirkt verharmlosend, die Erfahrungen von Gewalt, Willkür und Schutzlosigkeit lassen sich so nicht erfassen. Darüber hinaus legt der Begriff nahe, dass der Prozess der Flucht bereits abgeschlossen ist – ein Trugschluss:

„Flüchtlinge dagegen müssen erfahren, dass sich das Thema für sie nie erledigt.“

Ihre Heimat verlieren Flüchtlinge meistens für immer, gerettet wird oft nur das eigene Leben, während vieles andere zurückbleibt.

Ausgewählt wurden Schicksale von Menschen, die entsprechend der in der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 definierten Kategorien fliehen mussten: Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugungen. Kossert plädiert dafür, diese Definition um Verfolgung wegen sexueller Orientierung zu erweitern.

Angedeutet wird zudem die Frage, ob auch Opfer von Naturkatastrophen und dauerhaften klimatischen Veränderungen erfasst werden sollten. Nicht weiter ausgeführt wird die Feststellung, der Genfer Konvention liege noch eine „weitgehend eurozentristische und vor allem weiße Weltsicht zugrunde“, deren Aktualisierung dringend erforderlich sei. Insbesondere im Zusammenhang mit Schicksalen aus dem bosnischen Bürgerkrieg geht Kossert auf das Schicksal von Frauen und die Verfolgung mit sexualisierter Gewalt ein.

Mit einem Gedicht von Bertolt Brecht wird die Abgrenzung zwischen Flucht und Auswanderung illustriert. Flucht in diesem Sinne ist nicht die Suche nach einem besseren Leben, sondern das von Dritten durch Verfolgung erzwungene Verlassen der Heimat. Thema des Buches sind ausschließlich jene, die fliehen, weil ihr Leben bedroht ist, nicht diejenigen, die ihre Heimat auf eigenen Entschluss verlassen. Nicht alle, die unter Lebensgefahr über das Mittelmeer kommen, sind in diesem Verständnis Flüchtlinge, „wobei die Übergänge zwischen Flüchtlingen und Migranten_innen fließend sein können“. Eine Rangordnung zwischen Flüchtlingen und Migranten_innen soll diese Unterscheidung bei der Festlegung des Fokus dieses Buches nicht bedeuten.

Die endlose Geschichte der Flucht

Die Geschichte der Flucht beginnt mit einem kursorischen historischen Teil: Flucht im Alten und Neuen Testament,

die Vertreibung der Juden und Jüdinnen aus Spanien, die Versklavung von Menschen aus Afrika nach Amerika sowie die Vertreibung der amerikanischen Ureinwohner_innen. Die ethnisch und religiös motivierten Vertreibungen des 19. Jahrhunderts markieren eine geschichtliche Wende hin zu Konzepten „ethnischer Reinheit“, gewissermaßen als „dunkle Seite der Moderne“.

Die Darstellung von „Heimatlosen in der Neuzeit“ beginnt mit Vertreibungen innerhalb des Zarenreichs, etwa mit der heute weitgehend vergessenen Vertreibung und Ermordung der Tscherkessen_innen gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Angesprochen werden zudem die Pogrome und Vertreibungen von Juden aus dem Zarenreich im 19. Jahrhundert.

Breiten Raum nehmen Schilderungen der Vertreibungen aus und in Osteuropa über das ganze 20. Jahrhundert hinweg ein. Immer wieder stehen dabei Vertreibungen von Polen_innen im Mittelpunkt, etwa mit Beginn des deutschen Überfalls im Jahr 1939 und in der Folge die Umsiedlung und Verschiebung ethnischer Deutscher in besetzte Gebiete oder in der Sowjetunion. Dies geschah alles weitgehend ohne oder sogar gegen den Willen der Betroffenen und war stets begleitet von Gefühlen des Heimatverlustes.

Dies betrifft auch die Deportationswellen weiterer ethnischer Minderheiten innerhalb der Sowjetunion. Geschildert wird anhand persönlicher Beispiele etwa die Vertreibung der Karelner_innen aus der So-

wjetunion nach Finnland – ein bis heute weitgehend vergessener Vorgang. Ausgesprochen eindrücklich sind zudem die Schilderungen von Fremdheit und Verlust in der Folge des „Bevölkerungsaustausches“ zwischen Griechenland und der Türkei seit dem Ende des Ersten Weltkriegs.

Wichtig ist in diesen Beispielen immer wieder die Erkenntnis: Die Vorstellung, mit erzwungenem Austausch ethnisch „reine“ und zugleich gesellschaftlich harmonische Situationen zu erreichen, ist ein Trugschluss. Deutlich wird im Gegenteil vielmehr: Bei denen, die sich auf den Weg machen mussten, überwiegt der Verlust der alten Heimat, während ihnen in der vermeintlich ethnisch passenderen neuen Umgebung Abneigung bis hin zu Hass entgegenschlägt. Vergleichbare Erfahrungen schildert Kossert auch mit Blick auf die Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten in Deutschland nach 1945.

Der kurze Blick auf mögliche politische Reaktionen zur Verhinderung von Flucht und Vertreibung fällt ernüchternd aus:

„Die internationale Gemeinschaft steht vor dem Dilemma, dass weder Intervention noch Abstinenz zu brauchbaren Lösungen führen, und so verfolgt sie förmlich wie gelähmt die Tragödie in Syrien, die Millionen zu Flüchtlingen und Vertriebenen macht und damit zu Opfern dieses Krieges.“

Heimat. Von den Ambivalenzen eines Gefühls

Im zweiten Hauptteil des Bandes rückt der Fokus auf das Thema Heimat, entsprechend der Abfolge von Flucht oder Vertreibung unterteilt in die Kapitel „Weggehen“, „Ankommen“, „Weiterleben“, „Erinnern“. Der Abschnitt schließt mit der Frage „Wann ist man angekommen?“ Letztlich eine rhetorische Frage, da Flüchtlinge Heimat nicht einfach abschütteln können. Während andere sie wie selbstverständlich haben, ist sie für Flüchtlinge unerreichbar und in ihrer Vorstellung ständig präsent.

„Wer sich seiner Heimat sicher ist, stellt keine Fragen nach der eigenen Identität, wer sie verloren hat, muss sie ständig stellen. Erzwungener Heimatverlust bringt Gewissheiten ins Wanken.“

Der Verlust dieser Gewissheiten, die Einsamkeit – kann bis zum Tod führen; sei es durch Selbstmord oder an der emotionalen Erschöpfung des erzwungenen Exils, wie dies etwa an den Beispielen des Schriftstellers Stefan Zweig und des Verlegers Bruno Cassierer deutlich wird.

Was war, endet nicht

Im letzten Abschnitt des Bandes fasst Kossert einige Stichpunkte zum politischen Umgang zusammen. Dabei besteht er auf der Beschränkung des Begriffs „Flüchtling“ im Sinne der Genfer

Konvention und grenzt ihn nochmals gegen das Verlassen des Herkunftslandes aus wirtschaftlichen Gründen ab. Wer diese Grenze verwischt, hilft Menschen in Notlagen nicht. Denn es ist zu befürchten, dass die Bereitschaft zur Hilfe und Schutz nachlässt.

Wenn Flüchtlinge vorübergehend Aufnahme finden, müssen klare Regeln gelten und eingehalten werden. Nötig sind zügige und transparente Anerkennungsverfahren sowie bei Ablehnung die schnelle Durchsetzung von Ausreise oder Ausweisung.

„So würde die Handlungsfähigkeit des Staates demonstriert und zugleich in einer weltoffenen Gesellschaft mehr Akzeptanz für Flüchtlinge geschaffen werden.“

Abzuwägen ist zwischen „berechtigten Bedürfnissen der aufnehmenden Gesellschaften“ und der „notwendigen Solidarität für Flüchtlinge“.

buch | votum

Andreas Kossert gelingt ein beeindruckendes und sehr empathisches Buch zum Schicksal von Flüchtlingen und er hält damit auch die Erinnerung an den Schmerz von Flucht und Heimatverlust wach.

Analytisch ergibt die vorgenommene Beschränkung des Bandes auf Flüchtlinge Sinn. Zugleich lässt sich – wie vom Autor mitunter angedeutet – diese Einteilung in der konkreten Betrachtung nicht immer konsequent treffen. Jenseits der unmittelbaren Vertreibung mit der Waffe besteht ein breites Feld von Nuancen. Mit dem Verweis auf Klimawandel und Naturkatastrophen deutet Kossert selbst an, dass neben den bislang in der Genfer Konvention kodifizierten Fluchtgründen weitere denkbar sein können. Die beschriebenen Gefühle von Verlust und Entwurzelung dürften zudem auch bei Menschen, die aus ökonomischen Gründen migrieren oder als Kinder oder Alte auf diesem Weg mitgenommen werden, ähnlich sein.

So ist die Unterscheidung von Fluchtgründen, bei denen es unmittelbar um den Schutz von Leib und Leben geht oder „nur“ um wirtschaftliche Faktoren, grundsätzlich legitim. Die Unterscheidung ist zugleich eine der politisch und humanitär schwierigsten Gestaltungsfragen bei der Entwicklung einer solidarischen Migrationspolitik. Darüber hinaus zeigt Kossert am Umgang mit den Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland, dass das reale Bestehen von Vertreibung und Verfolgung keineswegs automatisch

zu einer hohen Akzeptanz von Flüchtlingen führen muss.

Andreas Kossert macht deutlich, dass Flucht ein schwerer Lebenseinschnitt ist. Und dass das Verlassen der Heimat, die Aufgabe seines bisherigen Lebens und die Ankunft und das Zurechtfinden an einem Ort, an dem man eigentlich gar nicht sein wollte, eine große Herausforderung ist. Ohne Solidarität und das Verständnis für diese Situation seitens der Aufnahmegeellschaften kann diese Herausforderung nicht bewältigt werden.

Impressum

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

E-Mail: info@fes.de

Registernr.:

VR2392
Vereinsregister Bonn
Amtsgericht Bonn

Vorsitzender:

Martin Schulz

Geschäftsführendes

Vorstandsmitglied:

Dr. Sabine Fandrych

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion:

Dr. Heinz Bongartz,
Abteilung Politische Bildung und Dialog

Kontakt / Bestellung:

soziale.demokratie@fes.de

Gestaltung und Satz:

Agentur rubbeldiekatz GmbH, Köln

Druck:

 Brandt GmbH, Bonn

Die in dieser Publikation zum Ausdruck
gebrachten Ansichten sind nicht not-
wendigerweise die der Friedrich-Ebert-
Stiftung e.V. Eine gewerbliche Nutzung
der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
herausgegebenen Medien ist ohne
schriftliche Zustimmung durch die FES
nicht gestattet. Publikationen der
Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für
Wahlkampfzwecke verwendet werden.

ISBN: 978-3-98628-234-9

© 2022